

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2019



Karlsruhe

**HIER IST
ZUKUNFT
ZUHAUSE.**

Am 26. Mai **Grün** wählen!

Zukunft beginnt heute.
Zukunft beginnt hier.
Gestalten wir sie miteinander.

**HIER IST
ZUKUNFT
ZUHAUSE.**

Liebe Karlsruher*innen,

am 26. Mai können Sie Ihre Stimme für die Ortschaftsräte, den Gemeinderat und für das Europäische Parlament abgeben. Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben, haben wir eine Bitte an Sie: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Für uns GRÜNE sind dabei der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten der Klimakrise und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft die zentralen Themen. Wir wollen eine bessere Lebensqualität für alle - unabhängig von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung, Geschlecht sowie sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität.

Die schmutzige Energie aus Kohle und Öl zerstört auf Dauer die Natur, erhitzt das Klima und gefährdet damit unsere Lebensgrundlagen. Die Natur bietet uns unerschöpfliche Quellen: In weniger als 30 Minuten strahlt die Sonne mehr Energie auf die Erde als die Menschheit in einem Jahr verbraucht. Wir haben auch in Karlsruhe enorme Potenziale für eine saubere, günstige und zuverlässige Energieversorgung, die unsere Luft, unsere Böden und unser Wasser schont. Wir geben der klimafreundlichen Mobilität den Vorrang und fordern mehr Infrastruktur für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen.

Eine moderne Kommune gestaltet die Stadt gemeinsam mit den Bürger*innen in einem lebendigen Dialog. Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine innovative Verwaltung nutzen. In der Stadtentwicklung stellen wir durch die „Stadt der kurzen Wege“ die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt. Wir fordern, dass alle Bürger*innen mitmachen können und Bildung, kulturelles Leben und Sportangebote allen offenstehen.

Karlsruhe ist eine Stadt für alle Generationen. Wir GRÜNE stehen für ein solidarisches und wertschätzendes Miteinander von jungen und alten Menschen, von Familien in ihrer ganzen Vielfalt, Alleinstehenden, Kindern, Jugendlichen und Senior*innen. Alle sind Teil der großen bunten Mischung unserer Stadtgesellschaft. Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei vielen Kindern der Lebensweg schon von Geburt an vorbestimmt ist und in Karlsruhe rund 5 000 Kinder von Armut betroffen sind. Wir fordern, dass jedes Kind, egal in welcher Umgebung es aufwächst, eine Chance auf ein gutes Leben bekommt. Eine vielfältige Stadt setzt natürlich voraus, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Dafür werden wir uns einsetzen.

Wir haben zu unseren Schwerpunkten gutes Klima, Chancen und Vielfalt, Familien und Verantwortung jeweils am Ende des Kapitels unsere Ideen und Forderungen für das Karlsruhe von morgen zusammengefasst. Das möchten wir mit Ihnen erreichen. Darum freuen wir uns über Ihre Stimme am 26. Mai!

Inhalt

1	Hier ist gutes Klima zuhause	4
1.1	Klimaschutz und Energiewende jetzt	5
1.2	Naturschutz ist Schutz unserer Lebensgrundlagen	9
1.3	Umweltschutz schafft Lebensqualität	12
1.4	Umweltfreundlich mobil	15
1.5	Gemeinsam mit Tieren leben	19
1.6	Die Stadt von morgen planen	21
1.7	Karlsruhe kauft ökologisch und fair	25
1.8	Hier ist gutes Klima zuhause: Forderungen und Ideen	27
2	Hier sind Chancen und Vielfalt zuhause	28
2.1	Hier wird Wohnen bezahlbar	29
2.2	Mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft	31
2.3	Wir bringen Menschen in Arbeit	32
2.4	Gesundheit geht uns alle an	33
2.5	Bewegung und Sport	36
2.6	Bürger*innenbeteiligung - Partizipation im Wandel	37
2.7	Wir streiten für Akzeptanz, Vielfalt und Selbstbestimmung	39
2.8	Miteinander in einer offenen Gesellschaft	42
2.9	Kulturelle Vielfalt für alle	45
2.10	Hier sind Chancen und Vielfalt zuhause: Forderungen und Ideen	50
3	Hier sind Familien zuhause	51
3.1	Wir wollen Kindergerechtigkeit	51
3.2	Wir fördern Familien	53
3.3	Senior*innen mittendrin	54
3.4	Kitas schaffen Perspektiven	55
3.5	Schulen sozial gerecht, inklusiv und leistungsstark	58
3.6	Schulen für morgen ausstatten	61
3.7	Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen unterstützen	62
3.8	Hier sind Familien zuhause: Forderungen und Ideen	64
4	Hier ist Verantwortung zuhause	65
4.1	Wirtschaft fördern – nachhaltig und fair	65
4.2	Karlsruhe als Wissenschaftsstadt	69
4.3	Kommunale Daseinsvorsorge für morgen	70
4.4	Grüne Haushaltspolitik: zukunftsfest wirtschaften	70
4.5	Moderne Verwaltung	72
4.6	Karlsruhe in der Region, in Europa und in der Welt	73
4.7	Hier ist Verantwortung zuhause: Forderungen und Ideen	75

Das Kommunalwahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karlsruhe am 13. Februar 2019 beschlossen.

1 Hier ist gutes Klima zuhause.

Energiewende schaffen, Umwelt erhalten. Wir GRÜNE stehen für eine ökologisch-soziale Gesellschaft, die den kommenden Generationen die Welt erhält. Die Klimakrise, die Vermüllung unseres Planeten und die Zerstörung unserer lebenserhaltenden Artenvielfalt sind die größten globalen und lokalen Herausforderungen unserer Zeit. Ihre Auswirkungen sind in unserer Region bereits bemerkbar, etwa durch extreme Hitze im Sommer.

Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser Klimaziele noch erreichen und die globale Temperaturerhöhung auf deutlich unter 2°C begrenzen. Die Stadt Karlsruhe soll hier mit gutem Beispiel vorangehen. Sie kann zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land müssen die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. Ökologische Stadt- und Verkehrsplanung, verantwortungsvoller Natur- und Tierschutz erhalten unsere Umwelt.

Ökologische Politik ist in vielen Bereichen dabei auch soziale Politik: An den lautesten Straßen und Verkehrsknotenpunkten, in der dreckigsten Luft, sind die Mieten niedriger, während sich Personen mit schwächerem Einkommen keine Wohnung in den ruhigeren Ecken Karlsruhes leisten können. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Karlsruhe die Verantwortung im Rahmen der „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, wahrnimmt.

Wir GRÜNE haben ambitionierte Ziele im Bereich Ökologie. Denn wenn wir nicht heute entschlossen handeln, kommt uns das morgen in jeder Hinsicht sehr teuer zu stehen.

1.1 Klimaschutz und Energiewende jetzt

Die globalen Auswirkungen der Klimakrise machen sich noch stärker bemerkbar als angenommen. In der Klimafolgenabschätzung rechnet man damit, dass insbesondere dicht besiedelte Städte wie Karlsruhe erheblich unter den Folgen des Klimawandels leiden werden. Mit einem Weiter-so verfehlen wir die Klimaschutzziele.

Um die Klimaveränderung so gering wie möglich zu halten, ist es unumgänglich, den CO₂-Ausstoß drastisch zu verringern. Deshalb möchten wir GRÜNE, dass Deutschland beim Klimaschutz konsequent das Pariser Abkommen umsetzt. Das geht nur, wenn auch die Kommunen ihren Teil dazu beitragen und die Emission von Treibhausgasen vor Ort verringern. Die Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf erneuerbare Energieträger spielt dabei eine entscheidende Rolle. Wir setzen zudem auf Energieeffizienz durch technische und bauliche Maßnahmen sowie Einsparungen durch sparsameren Verbrauch.

Für die Umsetzung der Karlsruher Klimaziele setzen wir neben der Einbindung der Bevölkerung auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen über Bauleitplanung und städtebauliche Verträge sowie den direkten Zugriff auf die kommunalen Liegenschaften. Die Stadtwerke sind dabei ein wichtiger Partner. Sie haben in den letzten Jahren bereits begonnen, den Anteil der erneuerbaren Energien in ihrem Angebot zu erhöhen und innovative klimafreundliche Dienstleistungen anzubieten. Damit sind sie auf dem richtigen Weg. Wir GRÜNE werden uns auch in den kommenden Jahren für einen weiteren umweltfreundlichen Ausbau der erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz einsetzen.

Den von uns mitinitiierten erfolgreichen Karlsruher Klimaschutzfonds werden wir ausbauen. Dank dieses Fonds stehen jährlich fast zwei Millionen Euro zusätzlich für Klimaschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden zur Verfügung.

Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Stadt Karlsruhe sollen weiterhin systematisch mit Hilfe des kommunalen Instruments des European Energy Awards (eea) evaluiert und ausgebaut werden. Das Karlsruher Klimaschutzkonzept muss mit ambitionierten Zielen, effizienten Maßnahmen und einem konkreten Zeitplan für die Umsetzung neu aufgelegt werden. Wir wollen erreichen, dass die Stadt Karlsruhe im Einklang mit den Pariser Klimaziele bis 2050 klimaneutral wird. Die grün geführte Landesregierung unterstützt dabei mit maßgeschneiderten kommunalen Förderprogrammen wie KlimaschutzPlus.

Energie effizient nutzen. Immer noch gilt: Die nicht verbrauchte Kilowattstunde ist die günstigste. Innovative Techniken können die Energieeffizienz steigern, so dass Kosten gespart und die negativen Folgen des Energieverbrauchs erheblich gemindert werden. Durch sparsamen Umgang mit Energie im gewerblichen wie im privaten Bereich, zum Beispiel durch Wärmedämmung und eine energieeffiziente Gebäudetechnik, gibt es keinen Komfortverlust. Energie effizient zu nutzen, ist angesichts der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für Strom und Heizung für viele Haushalte und Unternehmen sogar finanziell vorteilhaft geworden.

Die Stadt Karlsruhe soll verstärkt Beratung und finanzielle Hilfestellung bieten, um Potenziale in Karlsruhe zu nutzen und den Wandel sozialverträglich zu gestalten. Wir unterstützen den Energie-Check der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) und die weitere Förderung energiesparender Geräte durch die Stadt.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Jede erneuerbare Energiequelle hat ihre Vor- und Nachteile. Je nach Anforderungsprofil, Standort und Bedingungen müssen die regenerativen Energien in ihrer ganzen Bandbreite genutzt werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke ihr Angebot an Strom aus regenerativen Quellen stetig ausbauen. Die Nutzung der schwankenden Wind- und Sonnenenergie kann die Belastung der Netze erhöhen. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass Konzepte zur Laststeuerung gerade auf lokaler Ebene untersucht und gefördert werden. Daneben sind die Stadt und die städtischen Gesellschaften gefordert, über Energieeffizienzmaßnahmen hinaus ihren Beitrag zur Erzeugung und zur Nutzung regenerativer Energien zu leisten.

In Karlsruhe gibt es ein großes Potenzial für den Ausbau von Photovoltaik auf Dächern. Insbesondere soll bei Neubauten und Generalsanierungen grundsätzlich Photovoltaik mit eingeplant werden - sowohl bei städtischen wie auch privaten Gebäuden. Wir unterstützen außerdem den Bau von Freiflächensolaranlagen auf hierfür geeigneten Flächen.

An Standorten mit entsprechendem Windaufkommen kann die Errichtung von Windkraftanlagen in Karlsruhe sinnvoll sein - das wollen wir unterstützen. Für nicht genehmigungspflichtige Kleinwindkraftanlagen sollte es Beratung geben.

Die städtischen Liegenschaften werden aufgrund einer grünen Initiative mit Ökostrom betrieben. Das wollen wir auf alle städtischen Gesellschaften ausdehnen.

Abschied von der Kohle. Im Rheinhafen stehen zwei Kohlekraftwerke der EnBW, die erhebliche Mengen an Schadstoffen ausstoßen. Hier ist die bundesweite grüne Forderung nach einem Ausstieg aus der Kohleverbrennung bis 2030 dringend anzuwenden. Insbesondere der ältere Block, RDK 7, sollte schnell abgeschaltet werden.

Atomkraft ist keine Alternative. Bis heute stellt die Atomkraft ein unkalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt dar. Die grün geführte Landesregierung setzt den beschlossenen Atomausstieg in Baden-Württemberg konsequent um. Die weitere Produktion atomarer Abfälle, deren Endlagerung bis heute ein ungelöstes Problem ist, muss so schnell wie möglich beendet werden. Mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Philippsburg in diesem Jahr wird ein von uns GRÜNEN beharrlich erkämpftes Ziel erreicht. In der Region um Karlsruhe gibt es darüber hinaus viele Institutionen, die mit der Atomkraftnutzung verbunden sind. Dazu gehören die inzwischen stillgelegte Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe sowie das KIT und das Joint Research Centre Karlsruhe (ehemals Institut für Transurane), die im Bereich Atomkraftnutzung forschen. Die sichere Lagerung radioaktiver Substanzen dieser Institutionen und der Schutz der

Karlsruher Bevölkerung haben für uns höchste Priorität. Wir GRÜNE kritisieren Forschungspläne jeglicher Art, die eine mögliche Entwicklung von Reaktoren der vierten Generation betreffen. Eine Forschung, die ausschließlich der sicheren Endlagerung ohne Wiederaufbereitung dient, unterstützen wir.

Wärmeversorgung für morgen. Bei der Energiewende dürfen wir nicht nur an den Strom denken. Wir wollen die Wärmewende hin zum nachhaltigen Heizen in Karlsruhe voranbringen. Das Fernwärmenetz der Stadtwerke Karlsruhe ist dabei ein wichtiger Eckpfeiler. Es ermöglicht bereits heute durch die Nutzung von Abwärme, die vornehmlich aus der Erdölraffinerie MiRO stammt, eine effiziente Nutzung von Ressourcen. Darüber hinaus wollen wir frühzeitig Konzepte zu alternativen Betriebsquellen entwickeln lassen, wenn die Raffinerie perspektivisch außer Betrieb genommen wird. Auch für bislang nicht ans Fernwärmenetz angeschlossene Quartiere wollen wir den Aufbau von Wärmenetzen vorantreiben und dabei verstärkt erneuerbare Energien nutzen. In Karlsruhe gibt es ein hohes Potenzial für die Nutzung von Solarthermie, der Wärmeerzeugung durch Sonnenenergie. Wir fordern, dass die Stadt Karlsruhe bei öffentlichen Gebäuden eine Vorbildfunktion übernimmt. Städtische Schwimmbäder sind hierfür besonders geeignet, da sie einen enormen Warmwasserbedarf haben. Seit Langem fordern wir GRÜNE deshalb die Errichtung von solarthermischen Anlagen auf allen städtischen Schwimmbädern.

Abwärme muss besser genutzt werden. Gerade in Industriegebieten, wo einerseits viel Abwärme entsteht und andererseits viel Wärme benötigt wird, können Nahwärmenetze sinnvoll sein. Wir setzen uns dafür ein, die Wärmenutzung in Industriegebieten sinnvoller zu koordinieren und städtische Hilfestellung bei der Realisierung von Projekten zu leisten.

Energieoptimierte Gebäude und Quartiere. Es liegt in der Verantwortung der Kommune, beim Klimaschutz mit gutem Beispiel voranzugehen. Dafür müssen weit mehr Gebäude als bisher energetisch saniert werden. Außerdem wollen wir das Energiemanagement und die optimierte Energienutzung in den kommunalen Gebäuden ausbauen. Dafür soll die Stadt das Personal entsprechend schulen.

Wir fordern, dass in Karlsruhe zu Bebauungsplänen Energiekonzepte erstellt werden. Dieses Konzept muss in einem sehr frühen Planungsstadium erarbeitet werden. Die Festlegung von Gebäudeausrichtung und Dachneigung muss energetische Fragestellungen umfassend berücksichtigen. Darüber hinaus muss die Möglichkeit bestehen, in großem Umfang regenerative Energiequellen einzusetzen.

Schon heute werden alle Bauwilligen in der Stadt bei Bauanfragen und Bauanträgen über energiesparende Bauweisen bis hin zu Passivhäusern informiert. Wir möchten dieses Informations- und Beratungsangebot deutlich ausweiten und um die Errichtung städtisch geförderter Musterhäuser ergänzen.

Bei Neubau- und Ausbaumaßnahmen sollen verstärkt Baustoffe mit günstiger Klimabilanz eingesetzt werden, wie zum Beispiel Holz, das CO₂ speichert und als Baustoff

eine günstige Klimabilanz aufweist. Außerdem muss die Stadt mit gutem Beispiel vorgehen und dieselben strengen Maßstäbe bei allen städtischen Neubauten anlegen. Die Volkswohnung sollte für Neubauten mindestens die Passivhausbauweise zum Standard machen und mehr mit Holz bauen.

Wir GRÜNE fordern, dass die Stadt verstärkt Mittel einsetzt, um den enormen Sanierungsstau innerhalb der nächsten Jahre abzarbeiten. Eine ergänzende Option ist Energie-Contracting: Dabei bringt ein Dienstleister die notwendigen Investitionen in die Projekte ein und übernimmt die Verantwortung für das tatsächliche Erreichen der geplanten Energie-, Kosten- und Emissionseinsparungen.

Beim Verkauf von städtischem Bauland müssen Auflagen zu energiesparenden Bauweisen, Wärmenetzen und zum Einsatz von erneuerbaren Energien gemacht werden. Wir wollen ein Niedrigenergiequartier als Modellprojekt in Karlsruhe. Das beinhaltet umfassende Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist wirtschaftlicher und spart noch mehr Energie und Treibhausgase. Die Bürger*innen sollen die Planung des Quartiers und das Zusammenleben aktiv mitgestalten. Innovative Mobilitäts- und Baukonzepte schaffen offene Begegnungsräume, die die Menschen und das Miteinander in den Mittelpunkt stellen. So zeigen wir über Karlsruhe hinaus, was möglich ist, und machen die gesteigerte Lebensqualität eines klimagerechten Quartiers für die Karlsruher*innen erlebbar.

Klimaschutzziele für städtische Beteiligungen. Die Stadt Karlsruhe hat einen Teil ihrer Aufgaben auf eigenständige Unternehmen, Stiftungen, Eigenbetriebe und Zweckverbände übertragen. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere die energieintensiven Unternehmen ihren CO₂-Fußabdruck ermitteln, öffentlich machen und sich ambitionierte Klimaschutzziele setzen. Der Beteiligungsbericht der Stadt soll zukünftig Informationen zu den Zielen und Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes der Unternehmen und Betriebe enthalten.

Schutz vor den Folgen der Klimakrise. Trotz aller Anstrengungen zum Schutz des Klimas müssen wir uns auch in Karlsruhe gegen die Folgen der globalen Klimakrise wappnen. Bereits heute leiden viele Menschen im Sommer unter Schwüle und lang anhaltenden Hitze- und Trockenperioden. Nicht selten kommt es dabei insbesondere bei älteren oder durch Krankheit geschwächten Menschen zu massiven Herz- und Kreislaufbeschwerden.

Aktuellen Klimaprognosen zufolge wird die Anzahl an Hitzetagen noch weiter zunehmen. Darauf muss mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen reagiert werden. So müssen sich beispielsweise Alten- und Pflegeheime, aber auch Krankenhäuser auf die besonderen Anforderungen in Perioden mit großer Hitzebelastung noch besser vorbereiten. Wir wollen mit einer durchgängigen Begrünung des gesamten Stadtgebietes das Mikroklima verbessern. Dafür wollen wir verstärkt Öffentlichkeitsarbeit machen und mehr Zuschüsse für Dach- und Fassadenbegrünung und die Entsiegelung von Flächen bereitstellen. Vorgeschriebene Begrünungen müssen umgesetzt werden.

Darüber hinaus muss eine vorausschauende Siedlungsplanung gewährleisten, dass Kaltluft-Entstehungsgebiete und Frischluft-Schneisen von Bebauung freigehalten werden.

Klimaschutz - Gemeinsam aktiv werden. Die Eindämmung der Klimakrise erreichen wir nur, wenn neben Staat, Land, Kommunen und Wirtschaft auch die Bevölkerung ihren Teil dazu beiträgt: Grüne Gärten statt Steinflächen, Solaranlagen auf dem eigenen Hausdach und der Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter sind nur ein Auszug an Möglichkeiten, die jede*r Einzelne von uns hat. Nutzen wir sie - gemeinsam! Wir GRÜNE werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass von städtischer Seite das Beratungs- und Informationsangebot ausgebaut und die Vernetzung bestehender Initiativen gefördert wird.

1.2 Naturschutz ist Schutz unserer Lebensgrundlagen

Der Schutz der Natur hat für uns GRÜNE und bei den Bürger*innen von Karlsruhe einen hohen Stellenwert. Artenvielfalt, der Erhalt der Wälder, Wiesen und Grünflächen sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind für die Lebensqualität und ein gesundes Leben wichtig.

Wir erleben einen dramatischen Rückgang der Biodiversität. Hauptursachen dafür sind die Zerstörung und Zerschneidung von Lebensräumen, die intensive Flächennutzung in der Landwirtschaft und die Anwendung insektenvernichtender Pestizide sowie Abgase aus Verkehr und Industrie. Vor allem der Verlust von Wildbienen, Hummeln und Schmetterlingen und in der Folge auch seltener Vogel- und Reptilienarten hat dadurch bedrohliche Ausmaße angenommen.

Ziel grüner Naturschutzpolitik ist es, durch vielfältige Maßnahmen die Biodiversität zu verbessern. Wir stärken damit gleichzeitig die Schönheit der Natur, ihren Erholungswert und den Klimaschutz. Wir brauchen deshalb wesentlich mehr Mittel für den Natur- und Artenschutz in Karlsruhe.

Biotope vernetzen. Rund 40 Prozent unseres Stadtgebiets sind geschützte Flächen. Sie umfassen 19 Landschaftsschutzgebiete, sechs Naturschutzgebiete und einige Naturdenkmale. Europaweit geschützt sind die Natura 2000-Gebiete. Zu ihnen gehören die Rheinniederung, der Hardtwald, der Oberwald, der Alte Flugplatz und die Alb.

Wir setzen uns für die Ausweisung weiterer Landschaftsschutzgebiete sowie für die Ausweitung der Natura 2000-Flächen ein. Wir wollen mehr Personal einstellen, um die Einhaltung des Schutzzwecks sicherzustellen und gegen unzulässige Bauten zeitnah vorzugehen. Der Einsatz von Ranger*innen in ökologisch wertvollen Naturgebieten hat sich bewährt und soll auf andere Schutzgebiete ausgeweitet werden. Außerdem sollen Konzepte zur Regulierung des starken Besucher*innenandrangs entwickelt werden, um die wertvolle Flora und Fauna zu schützen.

Wir wollen möglichst viele grüne Flächen im Innenbereich erhalten und stehen für den Stopp des Flächenverbrauchs im Außenbereich. Wir fordern, dass die Lebensräume für Tiere und Pflanzen von Grötzingen über die Höhenstadtteile bis an den Rhein zu einem Biotopverbundnetz verbunden werden. Extensiv gepflegte Grünflächen, Bäume, Sträucher, begrünte Fassaden und Dächer sowie naturnahe Kleingärten tragen zur Biotopvernetzung bei. Wir wollen das Förderprogramm für die Dach-, Fassaden- und Hinterhofbegrünung auf alle Stadtteile ausdehnen. Die Vorgaben in den Bebauungsplänen zur Dachbegrünung müssen ausnahmslos umgesetzt werden. Wir möchten die Anzahl standorttypischer sowie klimaresistenter Stadtbäume als Teil des Biotopverbundsystems erhöhen. Bei allen Planungen zur Innenverdichtung müssen Artenschutzaspekte, Klimaeffekte und Ausgleichsmaßnahmen unter Einbeziehung der Naturschutzbeauftragten sowie der Naturschutzverbände umfassend berücksichtigt werden. Die Ausgleichsmaßnahmen der letzten Jahre wollen wir evaluieren und gegebenenfalls nachbessern. Dafür braucht die Verwaltung auch mehr Personal.

Artenvielfalt schützen. Die größte Herausforderung für den Naturschutz ist der dramatische Artenrückgang in Flora und Fauna. Der von uns GRÜNEN beantragte Masterplan für Biodiversität zum Erhalt der Artenvielfalt in Karlsruhe wird aktuell erarbeitet und wird einen detaillierten Maßnahmenkatalog enthalten.

Bereits bei den letzten Beratungen für den Kommunalhaushalt haben wir uns für die Stärkung der Biodiversität eingesetzt und erste Erfolge dabei erzielt. Künftig wollen wir diese Bemühungen noch verstärken. Eine insektenfreundliche Mahd öffentlicher Grünflächen steigert die Artenvielfalt erheblich. Dabei wird nur ein- bis zweimal gemäht und das Mähgut abgefahren. Bislang werden nur noch 10 Prozent der Flächen auf diese ökologische Weise gepflegt. Für die zügige Ausweitung sind erhebliche Sachmittel sowie Personalstellen für die Planung erforderlich. Mehr Geld ist auch für die ökologische Pflege der Streuobstwiesen, für Baumschnitte sowie für Neupflanzungen ökologisch wertvoller Obstbaumhochstämme für die Streuobstwiesen nötig. Zusammen mit den Stadtteilen wollen wir Konzepte für eine bessere Nutzung des Streuobstes entwickeln. Wir unterstützen dabei Streuobst-Patenschaften mit Familien, Schulen und Vereinen.

Wir GRÜNE haben die Weiterentwicklung unseres Zoologischen Stadtgartens zu einem Artenschutzzentrum unterstützt. Wir haben erreicht, dass für den Schutz und den Erhalt der natürlichen Lebensräume unserer in der Natur bedrohten Zootiere ein freiwilliger Artenschutz-Euro erhoben wird. Damit stehen größere Summen für Artenschutzprojekte zur Sicherung der Biodiversität in Asien, Südamerika und Afrika zur Verfügung. Die neue Artenschutz-Stiftung des Zoos hat bereits mit der Umsetzung von Projekten begonnen.

Durch die Klimakrise wird es mehr extreme Hitzetage in Kombination mit extremer Trockenheit geben, diese setzen unseren Stadtbäumen stark zu. Im Herbst 2018 konnte die Stadt nicht einmal alle Jungbäume mit Wasser versorgen. Rund 200 Stadtbäume mussten aufgrund der extremen Hitze gefällt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass

ausreichend Personal für die Baumpflege zur Verfügung steht. Wir unterstützen zudem feste Baumpatenschaften von Interessierten für die Bewässerung der Bäume und die Pflege der Baumscheiben. Für die Beratung und Unterstützung der Baumpat*innen wollen wir Mittel bereitstellen.

Landwirtschaft ohne Ackergifte. Wir wollen die gewachsene Kulturlandschaft mit Bauernhöfen auf der Gemarkung von Karlsruhe erhalten. Dies ermöglicht auch eine wohnortnahe, regionale und saisonale Versorgung mit Lebensmitteln. Auf unsere Initiative hin ist Karlsruhe dem Biostädtenetzwerk beigetreten. Dadurch hat sich die Stadt verpflichtet, die ökologische Landwirtschaft zu fördern und in ihren Kantinen und Mensen Bioprodukte zu verwenden.

Von den rund vierzig im Haupt- und Nebenerwerbsbetrieb tätigen Landwirt*innen arbeiten bislang nur wenige nach ökologischen Standards. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, schrittweise alle Landwirt*innen für eine naturnahe und ökologische Landwirtschaft zu gewinnen. Wir wollen endlich erreichen, dass die Stadt bei ihren eigenen verpachteten Flächen den Ausstieg aus insektentötenden Ackergiften durchsetzt. In den künftigen Pachtverträgen soll die Stadt deshalb verbindlich den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden untersagen und das Gebot der ökologisch ausgerichteten Bewirtschaftung aufnehmen.

Wir haben erreicht, dass die Stadtverwaltung einen Arbeitskreis mit allen Landwirt*innen für die Entwicklung eines Reduktions- und Ausstiegsplans für insektentötende Pestizide eingerichtet hat. Dabei sollen auch erste Maßnahmen wie Lerchenfenster oder Ackerrandstreifen mit Wildblüten vereinbart werden. Wir setzen uns weiterhin für ein kommunales Anreizsystem für die Umstellung auf naturnahe und ökologische Bewirtschaftung ein.

Wälder als Schutzräume der Natur. Der Wald erfüllt für die Stadtgesellschaft wichtige Funktionen wie Naturschutz, Klimaschutz, Naherholung und Boden- und Gewässerschutz. Es hat für uns oberste Priorität, diese Funktionen zu fördern. Die städtischen Waldflächen werden nach den Grundsätzen der naturnahen Waldwirtschaft bewirtschaftet. Wir GRÜNE unterstützen die standorttypische Baumartenzusammensetzung und natürliche Waldverjüngung sowie das Alt- und Totholzkonzept zur Stärkung der Artenvielfalt.

Eine besondere Herausforderung für den Erhalt der Biodiversität im Wald ist der Klimawandel. Er bringt massive Veränderungen wie invasive Arten (Neophyten), neue Krankheiten bei den Pflanzen und Wetterextreme mit langen Trockenperioden mit sich. Die Entwicklung von speziellen Biotopformen kann diese Bedrohungen eindämmen. Das beinhaltet die Pflege und den Erhalt von Altbäumen, insbesondere Eichen (Heldbock) und Pappeln als Habitatsbäume (Biotope für Fledermäuse und seltene Vögel). Dazu sind Sachmittel für die Pflege und eine personelle Verstärkung für Schwerpunkt-Maßnahmen notwendig. Mit ihnen können die unterschiedlichen Lebensräume seltener Arten erhalten bleiben. Wir legen auch Wert darauf, die Forstarbeit und

insbesondere die Holzernte bodenschonend zu gestalten.

Leider beendet die geplante Landesforstreform die bewährte gemeinsame Bewirtschaftung der städtischen und staatlichen Waldflächen in einem Einheitsforstamt und führt separate Forstämter ein. Wir wollen nach Einrichtung der neuen staatlichen Verwaltungsstruktur Kooperationsvereinbarungen in Karlsruhe ermöglichen. Denn in Karlsruhe sind Kommunalwald und Staatswald besonders eng verflochten.

Flächenhafte Naturdenkmale sind schon länger geplant - wir wollen sie umsetzen.

Ökologische Gewässerentwicklung. Wir möchten die Karlsruher Gewässer weiter naturnah entwickeln und pflegen. Die Alb ist ein europäisch geschütztes Natur- und Vogelschutzgebiet und ein wichtiges Naherholungsgebiet. Wir unterstützen ihre umfassende Renaturierung. Sie fördert die Artenvielfalt der Fische und Vögel, wie zum Beispiel Eisvogel, Wasseramsel und Gebirgsstelze, sowie die angrenzende Flora. Die Fischtreppe an der Appenmühle entspricht nicht mehr den Anforderungen für den Fischeaufstieg und muss umfassend modernisiert werden. Baden und Angeln sowie das Befahren mit Booten und Kanus müssen, besonders wo Schutzgebiete berührt sind, auf ein naturverträgliches Ausmaß beschränkt bleiben.

Beim geplanten Hochwasser-Rückhalteraum im Bereich Bellenkopf/Rappenwört soll es weiterhin möglichst wenige Eingriffe in die Natur geben. Dazu gehören beispielsweise die naturschonende Gestaltung der Hermann-Schneider-Allee ohne massive Rodungen, keine Spundwände am Parkplatz des Rheinstrandbads sowie der Verzicht auf den Entwässerungsgraben im Wald. Damit kann verhindert werden, dass die wertvollen Eichenbestände im Auenwald austrocknen und absterben. Ungesteuerte ökologische Flutungen sollen die Lebensgemeinschaften des Rheinstroms und der Auwälder wieder bestmöglich verbinden. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt bis 2027 vor, dass alle Fließ- und Stillgewässer in einen „ökologisch guten Zustand“ versetzt werden müssen. Das schließt ehemalige Baggerseen, die heute Naturrefugien sind, sowie Fließgewässer wie die Pfingst und weitere kleinere Gewässer auf unserem Stadtgebiet mit ein. Wir werden die Umsetzung der geplanten Maßnahmen im Blick behalten und gezielt unterstützen.

1.3 Umweltschutz schafft Lebensqualität

Umweltschutz dient nicht nur dem Erhalt der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Luft und Boden. Umweltschutz trägt auch wesentlich dazu bei, Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen. Umweltschutz ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: An Hauptverkehrsstraßen wohnen vor allem diejenigen, die sich keine andere Wohnung leisten können. Aber auch sie wollen wir vor Lärm und Abgasen schützen. Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen machen nicht an kommunalen und nationalen Grenzen halt. Daher muss die kommunale Umweltpolitik sowohl die Interessen der Stadt Karlsruhe als auch regionale Zusammenhänge berücksichtigen.

Saubere Luft ist gesund. Wir werden uns zur Verbesserung der Lebensqualität weiterhin konsequent für saubere Luft in Karlsruhe einsetzen. Dazu muss auch die ortsansässige Industrie ihren Beitrag leisten, denn eine Ursache für die Luftverschmutzung in der gesamten Region ist die hohe Zahl an Großemittenten mit Schwerpunkt in den westlichen Stadtteilen.

Auch der motorisierte Verkehr trägt massiv zur Luftbelastung in der Innenstadt bei. Hinzu kommt die Lage im Rheintal, die Inversionswetterlagen begünstigt und den Luftaustausch an vielen Tagen behindert.

Der Luftreinhalte-Aktionsplan hat mit der Umweltzone Wirkung gezeigt, ebenso wie die zwar langsamen, aber stetigen EU-weiten Verbesserungen bei den Abgasen der Kraftfahrzeuge. Die Feinstaubbelastungen in Karlsruhe unterschreiten inzwischen den EU-Grenzwert, sind jedoch entlang der stark befahrenen Straßen im Stadtgebiet immer noch zu hoch. Bei den Stickoxiden lag Karlsruhe in den letzten Jahren nur ganz knapp unter dem Grenzwert für den Jahresdurchschnitt. Wir fordern deshalb die Reduzierung des motorisierten innerstädtischen Verkehrs.

Stille ist kostbar. In Karlsruhe sind viele Menschen hohen Lärmbelastungen ausgesetzt. Dabei sind die Hauptverursacher meist der PKW- und LKW-, aber auch der Schienenverkehr. Nächtlicher Lärm stört die Erholung im Schlaf und macht auf Dauer krank. Das gilt selbst dann, wenn die Betroffenen sich scheinbar daran gewöhnt haben. Wir wollen zügiger als bisher Maßnahmen ergreifen, um Lärm zu reduzieren. Aktive (zum Beispiel Lärmschutzwände oder Flüsterasphalt) und passive (zum Beispiel Schallschutzfenster) Lärmschutzmaßnahmen können diese Situation nur punktuell verbessern.

In der Fläche hilft nur eine Stadt- und Regionalplanung, die auf weniger motorisierten Individualverkehr in der Stadt abzielt und das Fahrradfahren noch attraktiver macht. Geschwindigkeitsreduzierungen und verkehrsberuhigte Zonen machen den Verkehr leiser und sicherer - und Karlsruhe damit lebenswerter. Solche Maßnahmen müssen aber durch wirksame Verkehrskontrollen begleitet werden. Sie dürfen auch nicht dazu führen, dass der Lärm bloß in andere Gebiete verlagert wird. Wir wollen die auf Landesebene verbesserten Möglichkeiten nutzen, Geschwindigkeitsbegrenzungen aus Lärmschutzgründen deutlich auszuweiten.

Mit dem Lärmaktionsplan besteht ein gutes Instrument, um unter Einbindung der Bevölkerung den Lärm in Karlsruhe wirksam zu bekämpfen. Die bisher im Lärmaktionsplan festgelegten Ziele sind uns nicht ambitioniert genug - die Schwelle für Eingriffe muss schrittweise gesenkt werden. Auch die Deutsche Bahn ist in die Pflicht zu nehmen. Die in den letzten Jahren umgesetzten Lärmschutzwände sind ein wichtiger Schritt. Bei zunehmendem Zugverkehr durch den Ausbau der Rheintalbahn muss aber auch der Lärmschutz verbessert werden.

Müll vermeiden. Die Stadt muss alle Anstrengungen unternehmen, das Müllaufkommen weiter zu reduzieren: Alle sollten sich daran beteiligen, dass möglichst wenig

Müll anfällt, egal ob Restmüll, Wertstoffe, Papier oder Biomüll. Der tatsächlich anfallende Müll sollte möglichst gut sortiert werden, um die Wiederverwertung möglich zu machen. Das Amt für Abfallwirtschaft muss weiter intensiv für die enormen Vorteile von Müllvermeidung und Mülltrennung werben.

Es gibt bereits viele erfolgreiche Konzepte, mit denen sich auch in Karlsruhe das Müllaufkommen verringern ließe. Wir wollen in Karlsruhe ein intelligentes Ressourcenmanagement einführen, bei dem möglichst viele Rohstoffe in den Kreislauf zurückgeführt werden. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen haben hier Beratungsbedarf, der durch eine lokale Effizienzagentur gedeckt werden könnte.

Der Müll, der trotzdem anfällt, muss verlässlich eingesammelt werden. Das halten wir bei allen Müllarten für eine originär städtische Aufgabe, die nicht an private Unternehmen ausgelagert werden sollte. Nur wenn die Kommune die Müllsammlung selbst durchführt, sind die Mengen bekannt und kann sowohl Trennung als auch Verwertung gesteuert werden. Auch sind Änderungen leichter umsetzbar, weil die Stadt Karlsruhe so nicht an einen langjährigen Vertrag gebunden ist.

Wir setzen uns für ökologische Vorgaben bei der Ausschreibung der Müllverwertung ein. Ziel ist es, den Recyclinganteil unseres Müllaufkommens zu vergrößern. Wo das Recycling von Wertstoffen nicht möglich ist, wollen wir den Müll möglichst effizient und emissionsarm energetisch verwerten.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung die Altpapier-Sammlung der Vereine beibehalten möchte. Wir wollen aber vermeiden, dass sich Unternehmen mit der Aufstellung von Blauen Tonnen gegenüber den Vereinen Vorteile verschaffen. Solche Aktivitäten schaden unter anderem den Vereinen, die Altpapier sammeln, um ihre Vereinskasse aufzubessern. Sie schaden aber auch den Gebührenzahler*innen, da der Stadt bei gleichbleibenden Müllentsorgungskosten Einnahmen aus dem Verkauf des Altpapiers entgehen.

Der Sperrmüll wird derzeit auf Abruf sowie durch jährliche Sammlungen an festen Terminen abgeholt. Wir wollen beides beibehalten, damit die Bevölkerung sich aus den am Sperrmülltag herausgestellten Dingen bedienen kann. Das könnte nur bedingt durch den Online-Verschenkmart und die Ausweitung des städtischen Second-Hand-Möbellagers ausgeglichen werden. Bei der Sammlung und Wiederverwertung von Elektroschrott, Kleingeräten wie Föhn, CD-Player, Rasierapparat u.ä. gibt es inzwischen immerhin die Möglichkeit, kleinere Teile beim Sperrmüll auf Abruf mit abzugeben. Trotzdem landen noch zu viele Altgeräte in der Restmülltonne. Wir wollen eine optimale Erfassung und Wiederverwertung von Altgeräten ermöglichen.

Boden schützen, Altlasten sanieren. Der sparsame Umgang mit Grund und Boden ist eine wichtige Leitlinie grüner Politik. Flächensparende Bauweisen, stadtklimaverträgliche Innenentwicklung und Verzicht auf flächenintensive Straßenbau- und Infrastruktur-Maßnahmen tragen zum Bodenschutz bei. Einmal versiegelte Flächen gehen dem Naturhaushalt meist unwiederbringlich verloren. Bei der Bodenbewirtschaftung treten wir für eine schonende und umweltverträgliche Land- und Waldwirtschaft ein. Wir

möchten saubere Böden ohne Schadstoffeinträge. Wir wollen die natürlichen Funktionen und die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten und fördern. Humusanreicherung ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Auch deshalb ist uns der Schutz der noch vorhandenen Moorböden im Stadtgebiet (zum Beispiel das Weingartener Moor, die Moorflächen bei Neureut, der Elfmorgenbruch) ein wichtiges Anliegen.

Der Problematik gesundheits- und umweltgefährdender Altlasten muss in Karlsruhe verstärkt Rechnung getragen werden. Wir GRÜNE fordern seit Langem, beispielsweise Kleingartenanlagen konsequent von Altlasten zu befreien und damit Gesundheitsgefährdungen auszuschließen.

Bürger*innen mitnehmen. Neben konkreten Maßnahmen in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz hat eine Kommune auch die Aufgabe, die Eigenverantwortung der Bürger*innen zu stärken und sie über die aktuelle Umweltsituation sowie allgemein über Umweltthemen und Handlungsmöglichkeiten umfassend zu informieren. Bezüglich des Klimaschutzes setzen wir GRÜNE uns zum Beispiel dafür ein, dass die persönliche CO₂-Bilanz als hilfreiche Orientierung beworben wird. Darüber hinaus zeigen Informationen und konkrete Mitmachangebote zukunftsorientierte Möglichkeiten, wie im Haushalt, bei der Gebäudesanierung, beim Konsum sowie bei der Freizeit- und Urlaubsgestaltung Energie gespart werden kann.

Ehrenamtlichen Umweltschutz stärken. In Fragen des Umweltschutzes, der Umweltinformation und auch der Verbraucher*innenberatung leisten viele Umweltgruppen und -verbände in Karlsruhe unverzichtbare Arbeit. Wir wollen, dass die Stadt für die im Umweltschutz überwiegend ehrenamtlich tätigen Gruppierungen ihre finanzielle und materielle Unterstützung aufstockt. Wie auch im Klimaschutz setzen wir uns für den Austausch und die Vernetzung der lokalen Verbände und Initiativen ein.

1.4 Umweltfreundlich mobil

Mobilität ist häufig eine Notwendigkeit, sei es aus privaten, beruflichen oder sonstigen Gründen, und manchmal auch ein Bedürfnis. Doch besonders die Fortbewegung mittels individueller motorisierter Fahrzeuge hat viele negative Nebenwirkungen. Hierbei sind insbesondere die Klimaschädlichkeit, Luftverschmutzung, Lärm, Flächenverbrauch und Verkehrsunfälle zu nennen. Wir möchten daher alles dafür tun, Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr so attraktiv zu gestalten, dass das Auto möglichst selten genutzt wird. Karlsruhe ist in vielerlei Hinsicht auf einem guten Weg, doch noch immer gibt es viel zu tun. Wir setzen uns dafür ein, dass Fahrradfahren noch sicherer und komfortabler wird. Bahnen und Busse sollen zuverlässiger fahren, das Netz ausgeweitet werden.

Weiter radeln. Dank der Umsetzung des Radverkehrskonzepts kommt man mittlerweile immer besser mit dem Fahrrad durch die Stadt. Nicht von ungefähr ist Karlsruhe ganz vorne im Fahrradklimaindex des ADFC und vom Land Baden-Württemberg

als Fahrradfreundliche Kommune zertifiziert. Wir begrüßen, dass der Fahrradverleih Fächerrad jetzt als KVV.nextbike fortgeführt und ausgebaut wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Zugang zu den Leihfahrrädern möglichst einfach ist. Wir freuen uns auch über die neue Radstation am Hauptbahnhof. Doch fehlen an vielen anderen Stellen gute und sichere Abstellmöglichkeiten. Wir fordern, dass die Stadt mehr Gelder dafür einsetzt und zunächst ein schlüssiges Abstellkonzept für die Innenstadt entwickelt. Dabei sind geeignete Abstellmöglichkeiten für Lastenräder zu berücksichtigen. Wir möchten, dass Karlsruhe flächendeckend über sichere und ausreichend überdachte Abstellmöglichkeiten verfügt, auch in den Wohngebieten und an den Haltestellen des ÖPNV. Neue Abstellanlagen dürfen dabei nicht zu Lasten der Fußwege angelegt werden, dafür dürfen auch Parkplätze reduziert werden.

Wir setzen uns weiter für innerstädtische Radrouten ein, die gut ausgebaut, eindeutig markiert und klar beschildert sind. Besonders Gehwegradwege sind oft nicht gut zu erkennen. Wir begrüßen die großzügige Ausweisung von Fahrradstraßen, in denen Radfahrer*innen Vorrechte genießen. Nicht alle Verkehrsteilnehmer*innen sind mit dieser relativ neuen Möglichkeit der Straßenwidmung vertraut. Wir fordern daher unmissverständliche, großflächige Markierungen sowie begleitende Informationskampagnen. Nur so können die Vorteile der Fahrradstraßen zum Tragen kommen. Zugeparkte Radwege sind nicht nur ärgerlich, sondern auch gefährlich für Radfahrer*innen. Wir wollen deshalb, dass die Verwaltung bei Parkverstößen konsequenter handelt. Im Herbst und im Winter müssen Laub, Äste und Schnee zuverlässig und schnell beseitigt werden. Außerdem wollen wir an den wichtigen Radrouten für mehr Licht sorgen. Die angedachten Radschnellwege sollen bald umgesetzt werden. Dabei ist die Naturverträglichkeit zu beachten, vor allem beim Flächenverbrauch und der Beleuchtung. Wir fordern zudem eine bessere Beschilderung mit auffälligeren, größeren und generell mehr Schildern, mit denen sich die Radfahrer*innen vergleichbar dem Autoverkehr gut zurechtfinden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung personell noch besser ausgestattet wird und im städtischen Haushalt mehr Mittel für den Radverkehr vorgesehen werden. Ein*e Fahrradbeauftragte*r sollte Ansprechperson für Vorschläge aus der Bevölkerung sein und Firmen in Sachen Fahrradförderung beraten.

Damit die Stadt Karlsruhe weiterhin eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet des Radverkehrs einnimmt, brauchen wir für die zuständigen Beschäftigten in der Verwaltung Zeit für regelmäßige Fortbildungen. So können wir von den Fortschritten in der Wissenschaft und den Erfahrungen anderer Städte profitieren und erfolgreiche Ideen übernehmen.

Zu Fuß weit kommen. Fast jede*r ist im Laufe des Tages zu Fuß unterwegs. Gute und sichere Fußwege kommen also allen zugute. Wir GRÜNE werden uns weiterhin dafür einsetzen.

Häufig sind Kreuzungen noch zu unübersichtlich gestaltet: Fahrbahnen sind so breit, dass der Autoverkehr zu schnell unterwegs ist, das große Verkehrsaufkommen macht

es oft schwer möglich, eine Fahrbahn zu überqueren. Gehwege werden als Abstellfläche für Lieferwagen und Fahrräder benutzt. Der Umbau von Straßenräumen ist komplex und Änderungen aufwendig. Doch an manchen Stellen sind keine baulichen Veränderungen nötig, um Verbesserungen für Fußgänger*innen zu erzielen. Wir GRÜNE möchten eine Fußverkehrsstrategie entwickeln. Sie soll systematisch Probleme des Fußverkehrs erfassen und kurz- sowie langfristige Lösungsmöglichkeiten unter Beteiligung der Bevölkerung (möglicherweise als Fortführung des Projekts „GO Karlsruhe“) aufzeigen. Erste Maßnahmen sind weitere Geschwindigkeitsreduktionen besonders in Wohngebieten, die Einengung von Fahrbahnen, der Einsatz von „Gehwegnasen“, Mittelinseln und Zebrastreifen sowie die Veränderung von Ampelschaltungen. Konsequenter als heute sollte das Parken in Halteverbotsbereichen geahndet werden, um eine bessere Übersicht an Kreuzungen zu gewährleisten.

Wir wollen mehr „Spielzonen“, die zu bestimmten Zeiten von Autos freigehalten werden. Schließlich möchten wir innovativere Formen von einfach umsetzbaren Straßengestaltungen, wie Parklets und Pocket Parks. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht nur jede Schule gut per Rad und zu Fuß zu erreichen ist, sondern alle Wege, die Kinder in ihren Wohnvierteln zurücklegen, sicher sind. Das reduziert nicht nur den Ausstoß von Treibhausgasen, sondern fördert auch die individuelle Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Zuverlässiger ÖPNV. Hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind wir in Karlsruhe gut ausgestattet, das Stadtbahnnetz erschließt die größten Teile der Stadt und des Umlands. Bald werden die ersten Stadtbahnen unter der Kaiserstraße fahren. Die Folgekosten dieses Projektes sind gigantisch. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zum Ausgleich weder beim ÖPNV-Angebot noch im Sozialbereich gekürzt wird. Die Kriegsstraße bekommt endlich eine Stadtbahntrasse. Wir freuen uns, dass der Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) moderne Wege geht und sich als Mobilitätsverbund verstehen möchte. Dennoch gibt es weiterhin Schwachstellen im „Kerngeschäft“ des ÖPNV-Angebots: Die Zuverlässigkeit, gerade bei den Zügen der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG), muss besser werden. Wohn- und Gewerbegebiete sowie Sport- und Freizeitanlagen sollten noch besser durch Stadtbahn- und Buslinien angebunden werden. Neue Wohngebiete müssen schnellstmöglich an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden – nicht erst, wenn sich die Anwohner*innen bereits an ein Leben ohne ÖPNV gewöhnt haben (Beispiele Knielingen 2.0, Südstadt-Ost).

Neue Tarifmodelle, die eine Absenkung des Preisniveaus und eine Vereinfachung der Tarifstruktur für die Nutzer*innen mit sich bringen, begrüßen wir ausdrücklich. Die Scool-Card wollen wir weiterentwickeln und Ungerechtigkeiten abbauen: Für Schüler*innen, die nur im Stadtgebiet unterwegs sind, soll es ein passendes Angebot geben. Der ÖPNV muss für alle unkompliziert nutzbar sein. Besonders an großen und unübersichtlichen Haltestellen mit vielen Bahnsteigen an unterschiedlichen Orten wie dem Durlacher Tor, dem Europaplatz und dem Bahnhof Durlach, aber auch an allen anderen Haltestellen, sollten übersichtliche Umgebungspläne und eine klare Beschilderung vorhanden sein.

Das Auto klimaschonend nutzen. Der CO₂-Ausstoß von Kraftfahrzeugen ist in Baden-Württemberg für etwa 30 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verantwortlich. Die Abgase verschlechtern die Luftqualität, der Lärm beeinträchtigt Passant*innen und Anwohner*innen. Autos verbrauchen viel Platz und führen auch innerstädtisch immer wieder zu Unfällen mit Verletzten und Toten.

Elektrisch angetriebene Fahrzeuge reduzieren manche dieser Probleme. In den nächsten Jahren ist zu erwarten, dass E-Fahrzeuge populärer werden. Deshalb werden in Tiefgaragen, an Supermärkten und an privaten Parkplätzen Lademöglichkeiten nötig. Wir denken jedoch nicht, dass eine 1:1-Umstellung von Verbrennungsmotoren auf E-Autos die Lösung ist. Elektrofahrzeuge sind vielmehr ein Baustein von vielen auf dem Weg in eine klima- und umweltverträgliche Mobilität.

Parkende Autos benötigen viel Platz in der Stadt, wo mittlerweile um jeden Quadratmeter gerungen wird. Wir möchten das Parken im öffentlichen Straßenraum reduzieren, um Platz für andere Nutzungen und auch Freiräume zu schaffen - mittels Anwohnerparken in Wohngebieten, Ausweitung und Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt und der Reduktion von Parkständen. Wir möchten bei Neuplanungen die Zahl der vorgeschriebenen Stellplätze pro Wohnung reduzieren. Wenn weniger Kfz-Stellplätze geschaffen werden müssen, sinken auch die Baukosten.

Eine weitere Herausforderung ist der stark gewachsene Lieferverkehr. Wir wollen, dass die Stadt Karlsruhe zusammen mit Unternehmensverbänden ein Konzept für eine abgasfreie Citylogistik erarbeitet. Eine Möglichkeit wäre, an jedem Straßenabschnitt zwei Plätze für kurzzeitiges Parken zu reservieren, die nachts auch von Anwohner*innen genutzt werden können.

Die Stadt unterstützt Carsharing-Anbieter durch reservierte Stellplätze im öffentlichen Raum, insbesondere mit Ladesäule für E-Carsharing. Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen sollten so weit wie möglich elektrische Fahrzeuge einsetzen, sofern sie nicht auf noch umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie Lastenfahräder umsteigen können. Das gilt auch für den KVV, zum Beispiel durch den Einsatz von Elektro- oder Wasserstoffbussen.

Wir wollen bei allen neuen Baugebieten ein Mobilitätsmanagement einsetzen, das eine Anbindung an den ÖPNV, hochwertige Fahrradabstellmöglichkeiten, Carsharing und fuß- und radverkehrsfreundliche Verbindungen beinhaltet.

Keine zweite Rheinbrücke. Der geplante Bau einer zusätzlichen Rheinbrücke läuft den Zielen einer modernen Mobilität zuwider, weil dadurch zusätzlicher Autoverkehr in die Stadt gebracht wird. Da hilft auch nicht die geplante Verbindung zur B36, weil diese zusätzlich wertvollen Naturraum versiegelt und zerschneidet und nur wenig Entlastung bringt. Stattdessen fordern wir GRÜNE, dass der öffentliche Verkehr über den Rhein ausgebaut wird.

1.5 Gemeinsam mit Tieren leben

Wir GRÜNE stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Tieren und einen starken Tierschutz. Die kommunale Ebene bietet sich hierbei für konkrete, leicht vermittelbare Tierschutzarbeit besonders gut an, denn das Verständnis für einen fairen Umgang mit Tieren entsteht vor allem in der unmittelbaren Umgebung der Menschen. Um Vereine und Gruppierungen, die sich in Karlsruhe für den Tierschutz einsetzen, zu vernetzen, setzen wir GRÜNE uns auch künftig für den Erhalt des „Runden Tisches Tierschutz“ in Karlsruhe ein. Wir wollen zudem eine Stelle für eine*n Tierschutzbeauftragte*n bei der Stadt einrichten. Als zentrale Anlaufstelle soll die Tierschutzarbeit in Karlsruhe so unterstützt werden.

Gute Haltungsbedingungen im Zoo. Der Karlsruher Zoo wird in vielerlei Hinsicht nicht den Anforderungen an eine art- und tierschutzgerechte Tierhaltung gerecht. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass künftige Zoo-Erweiterungen in vollem Umfang genutzt werden, um die Haltungsbedingungen der Tiere zu verbessern. Weniger ist mehr. Den aufgrund der knappen Fläche in den letzten Jahren reduzierten Bestand an exotischen Großtierarten sehen wir als richtigen Schritt an. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, alle Gehege tiergerechter zu gestalten. Die im Rahmen des Zookonzepts angeordnete Orang-Utan-Zucht lehnen wir ab. Wir sind gegen Menschenaffen im Zoo.

Ein zukunftsfähiges Zookonzept setzt verstärkt auf Bildung, Artenschutz und Tierschutz. Eine reine Zurschaustellung von Tieren, die einen abwertenden Umgang mit Tieren vermittelt, halten wir für den falschen Weg. Stattdessen sollte die Haltung von selten gewordenen Haustierrassen sowie einheimischen Wildtierarten, die an unsere klimatischen Bedingungen gewöhnt sind, im Zoo weiter ausgebaut werden.

Wir wollen auch künftig die Etablierung von Tierschutzprojekten im Zoo unterstützen. Ein Beispiel hierfür ist das „Altersheim“ für alte Zirkuselefanten. Dieses bietet Tieren mit teilweise schweren Leidensgeschichten in der Vergangenheit einen ruhigen Lebensabend. Zudem ist es durch solche Projekte möglich, die Bürger*innen für einen respektvollen Umgang mit Tieren in unserer Gesellschaft zu sensibilisieren.

Wir haben den Ausbau der Zoopädagogik in den letzten Jahren unterstützt und möchten das zoopädagogische Angebot noch weiter ausbauen.

Tierschutz bei Zirkussen einfordern. Bei kommunalen Platzüberlassungsverträgen mit Zirkussen wird der Tierschutz miteinbezogen - ein Verdienst grüner Initiative. Zirkusbetriebe, mobile Tiershows oder Jahrmarktattraktionen mit Tieren haben in der Regel keine Möglichkeiten, Tieren ein artgerechtes Leben zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass künftig auf kommunalen Flächen nur Verträge mit Zirkussen abgeschlossen werden, die keine Wildtiere mit sich führen. Grundsätzlich sollen beim Mitführen von Tieren strenge tierschutzrechtliche Maßstäbe anlegt werden.

Stadttaubenkonzept. Wir GRÜNE wollen eine tierschutzgerechte Regulierung der Stadttaubenpopulation. Darum setzen wir uns dafür ein, dass das Stadttaubenkonzept anhand erfolgreicher Vorbilder weiterentwickelt wird. An geeigneten Stellen sollen Taubentürme und Taubenschläge errichtet werden, an denen die Gelege ausgetauscht werden können. Das städtische Taubenkonzept soll auf der aktuellen Grundlage überarbeitet und seine Umsetzung regelmäßig überprüft werden. Auch die Einbeziehung von Bürger*inneninitiativen, die sich in Karlsruhe um Tauben kümmern, ist uns wichtig.

Konzept für Wildtiere. In waldnahen Gebieten kann es aufgrund von wachsenden Wildschwein- und Dachspopulationen zu Konflikten kommen. Wir setzen uns hier für tierschutzgerechte Managementpläne ein. Dazu gehören auch Zäune und die Förderung einer naturnahen Landwirtschaft mit einer deutlichen Verminderung von Maismonokulturen. Oft werden im Raum Karlsruhe angefahrene oder verunglückte Wildtiere sowie verwaiste Jungtiere entdeckt. Wir begrüßen deshalb die Gründung der Wildtierauffangstation (WiTAS) e.V. und setzen uns für ihre Unterstützung durch die Stadt ein, unter anderem auch bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.

Gutes Leben für Haus- und Heimtiere. Es ist uns wichtig, dass Haustiere in unserer Stadt tiergerecht gehalten werden. Auch auf kommunaler Ebene kann dieses Ziel unterstützt werden. Unsere zuständigen kommunalen Institutionen, unter anderem das Veterinäramt, können dabei Aufklärungsarbeit leisten. Dies ist vor allem bei der Haltung von Hunden wichtig. Wir setzen uns dafür ein, dass aktiv für den Erwerb eines zertifizierten „Hundeführerscheins“ geworben wird. Der Tierschutzverein sowie anerkannte Hundeschulen bieten diese Fortbildung an.

Wir wollen mit einer Reduktion der Hundesteuer beim Erwerb des zertifizierten „Hundeführerscheins“ einen Anreiz schaffen, dass Hundehalter*innen vor der Anschaffung eines Hundes sich intensiver damit auseinandersetzen, welche Anforderungen für eine tiergerechte Haltung erfüllt sein müssen. Wenn Halter*innen mit einer umfassenden Ausbildung für die Haltung anspruchsvoller Hunde einen schwer vermittelbaren Hund adoptieren, wollen wir ihnen die Hundesteuer erlassen.

Um sichere Auslaufflächen für Hunde im Stadtgebiet zu garantieren, setzen wir uns für die Einrichtung einer ersten umzäunten Hunde-Grünfläche in Karlsruhe ein.

Der ehrenamtlich organisierte Karlsruher Tierschutzverein mit seinem Tierheim spielt als städtischer Kooperationspartner eine herausragende Rolle im Tierschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass die bewährte Kooperation beibehalten und das Tierheim weiter angemessen von der Stadt finanziell unterstützt wird.

In gleicher Weise leisten die vielen kleineren Vereine, die Fundtiere aufnehmen und Tierauffangstationen betreiben, einen unverzichtbaren Beitrag zur Tierschutzarbeit in Karlsruhe. Die Kommune soll auch diese finanziell unterstützen. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für die Einrichtung eines kommunalen Tierschutzfonds eingesetzt. Dadurch ist es möglich, Tierschutzvereine, Gnadenhöfe und auch private Auffangstationen für Wildtiere zu fördern. Tierhalter*innen in finanziell schwierigen

Lebenssituationen, die nicht mehr für die tiermedizinische Versorgung ihrer Tiere aufkommen können, haben so ebenfalls die Möglichkeit, finanziell entlastet zu werden. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, diesen Tierschutzfonds in den kommenden Jahren bedarfsgerecht aufzustocken.

Tierschutz in Städtekooperationen. Es ist ein grüner Erfolg, dass die Städtepartnerschaft mit Temeswar, der rumänischen Partnerstadt von Karlsruhe, um den Punkt Tierschutz erweitert wurde. Wir GRÜNE setzen uns dabei für verbesserte Haftungsbedingungen im Tierpark Temeswar ein. Auch weitere Städtepartnerschaften sollen den Tierschutz einbeziehen.

Bewusste Ernährung den Tieren zuliebe. Der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten hat Auswirkungen auf das Klima, die Natur und den Tierschutz. Dies betrifft vor allem Fleischprodukte, die aus industrieller Tierhaltung stammen. Eine Kommune, die sich dem Tierschutz verpflichtet fühlt, unterstützt eine bewusste Ernährung, die hilft, Tierleid zu verringern. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und Fleisch sowie andere tierische Produkte aus artgerechter Tierhaltung in den städtischen Kantinen, Schulmensen, bei städtischen Veranstaltungen sowie Festen anbietet. Ein Wahlmenü aus veganer und vegetarischer Vollwertkost muss zum Angebot jeder Kantine und Mensa gehören und günstiger sein als das Fleischgericht.

1.6 Die Stadt von morgen planen

Karlsruhe ist eine Stadt mit hoher Attraktivität. Damit Karlsruhe weiter ein guter Ort zum Leben für jedes Alter bleibt, müssen wir in der Stadtentwicklung noch stärker die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Es gilt, die „Stadt der kurzen Wege“ voranzutreiben und einen Schwerpunkt auf Geschosswohnungsbau mit höheren und klimaangepassten Bauweisen zu setzen. Nur so können wir ausreichend geförderten Mietwohnungsbau realisieren, die Freibereiche hochwertig begrünen sowie innovative Konzepte für die verkehrliche Erschließung und Energieversorgung umsetzen. Kurze Wege sind auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Arbeiten, Wohnen und Freizeitgestaltung werden zukünftig wieder öfter im gleichen Quartier stattfinden. In Gebieten mit überwiegend gewerblicher Nutzung wollen wir auch dichter und höher bauen.

Örtlich und regional gut planen. Gute Stadtplanung muss viele Aspekte berücksichtigen. Bebauungspläne und quartiersbezogene Planungen sind häufig erst die letzten Schritte. Wichtiger ist es, bereits bei der Regional- und Flächennutzungsplanung entscheidende Weichen zu stellen. Zusammen mit unseren Partnern aus der Region wollen wir die Siedlungsentwicklung entlang der bestehenden Verkehrswege, insbesondere entlang der ÖPNV-Strecken, konzentrieren. So können wir Wohn- und Gewerbeflächen schaffen und trotzdem die Ressource Boden schonen. So erhalten und

stärken wir die wichtigen Natur- und Erholungsräume, die mitentscheidend für eine hohe Lebensqualität sind. Mit Hilfe von Dichtevorgaben werden wir eine höhere Bebauung und damit einen geringeren Flächenverbrauch erreichen. Zusätzlich ermöglichen wir in diesen Quartieren eine gute Nahversorgung.

Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch im Nachbarschaftsverband insgesamt zu reduzieren. Wir setzen uns daher für eine interkommunale Gewerbegebietsentwicklung ein. Mittels Flächenpools können wir gemeinsam mit den Nachbarkommunen Ausgleichsflächen für echten Naturschutz freihalten. Gleichzeitig ermöglichen wir Betrieben, auch über Stadtgrenzen hinaus passende Grundstücke zu finden. Dadurch vermeiden wir überflüssige Neuausweisungen von Gewerbegebieten. Über neue Formate der Bürger*innenbeteiligung möchten wir die Öffentlichkeit bereits bei den vorbereiteten Planungsprozessen einbinden.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen ist seit Jahren hoch. Um ihr nachzukommen und die Freiflächen zu schonen, werden wir weiter die Priorität auf die Innenentwicklung setzen. Die Stadt soll stärker als zuvor Flächen erwerben, um der großen Nachfrage nach Wohnbauflächen nachzukommen, aber auch den notwendigen Ausgleich für Natur und Umwelt leisten zu können. Wir wollen ein nachhaltiges Konzept für eine Bodenbevorratung durch die Stadt Karlsruhe umsetzen. Wir möchten Baulücken nutzen und die Erneuerung des Gebäudebestandes ermöglichen. Qualitätvolle und verträgliche Nachverdichtung ist nicht einfach und muss sich häufig mit vielen Bedenken auseinandersetzen. Dessen sind wir uns bewusst. Zusammen mit der Stadtgesellschaft wollen wir an innovativen Konzepten für die bestmögliche Weiterentwicklung von bestehenden Quartieren arbeiten. Wir setzen uns dafür ein, die Bewohner*innen und die Eigentümer*innen der Bestandsgebäude frühzeitig und effektiv einzubeziehen. Wir wollen mehr Höhe wagen statt zusätzlicher Flächenversiegelung. Der Sommer 2018 hat wieder bewiesen, dass klimaanangepasste Stadtplanung unabdingbar ist. In einigen besonders verdichteten Quartieren sehen wir die Belastungsgrenze bereits erreicht. Nicht jedes Projekt kann umgesetzt werden, wenn wir auch in diesen Quartieren eine gute Lebensqualität erhalten wollen. Es muss jeder Einzelfall intensiv auf Verträglichkeit geprüft werden.

Bauen und Planen mit Verantwortung. Wir werden verstärkt Vorgaben zum Wohl und Schutz der Menschen im Quartier, aber auch der Umwelt einfordern. Wo zum Beispiel Wohnprojekte gesundheitsgefährdendem Verkehrslärm ausgesetzt sind, werden wir durch Vorgaben, wie einer lärmindernden Grundrissorientierung oder höherwertigen Schallschutzfenstern mit Lüftungssystem, reagieren. Wir setzen uns für eine Grünsetzung ein, die dafür sorgt, dass auch private Freiflächen, wie zum Beispiel Vorgärten, in der Regel bepflanzt und nicht versiegelt sind. Die zunehmende Anzahl von zum Beispiel Kies- und Schottergärten, die zur starken Erhitzung im Sommer beitragen, wollen wir zurückdrängen. Das Stadtgrün, also etwa Grünstreifen und begrünte Verkehrsinseln, wollen wir vor Versiegelung schützen. Die Baumschutzsatzung wollen wir

weiterentwickeln, um mehr Bäume zu erhalten. So können bei Bauvorhaben in Gebieten ohne qualifizierten Bebauungsplan wichtige Rahmen gesetzt werden. Im Geschosswohnungsneubau mit flachen Dächern muss die intensive Dachbegrünung oder das Retentionsdach Standard werden. Wir wollen prüfen, wie die Pflanzgebote für Dach- oder Fassadenbegrünung weiterentwickelt werden können, um einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten. Wo zukünftig noch reine Gewerbegebiete notwendig sind, weil Wohnen dort kaum verträglich ist, werden wir uns an den Ergebnissen des Forschungsprojektes REGEKO für eine zukunftsfähige innerstädtische Gewerbeentwicklung orientieren. Dies bedeutet, Gebiete mit einer höheren Dichte und gleichzeitigen Verbesserung der Qualität der öffentlichen Räume sowie einer geringeren Flächenversiegelung zu entwickeln.

Hohe Aufenthaltsqualität in den Zentren. Der öffentliche Raum mit zahlreichen Plätzen muss ansprechend gestaltet sein. Das schafft Lebensqualität und ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung ist, dass lärm- und schadstoffarme Verkehrsarten wie Zufußgehen und Radfahren den notwendigen und berechtigten Raum bekommen. Bestehende Fußgängerzonen wollen wir konsequent frei von Autoverkehr halten, weitere müssen im Rahmen der Innenstadtentwicklung ausgewiesen werden. Um eine Aufenthaltsqualität zu schaffen, brauchen wir eine Stadtmöblierung, die zum Verweilen einlädt. Die Sitzbänke müssen den Anforderungen jedes Alters gerecht werden. Die Weiterentwicklung der Innenstadt nach Süden unterstützen wir. Dafür muss die Trennwirkung der Kriegsstraße weitgehend aufgehoben werden. Die Fußgängerzone wollen wir nach Westen über die nördliche Karlstraße zum Europaplatz erweitern. Auch die öffentlichen Plätze müssen an die Auswirkungen des Klimawandels angepasst werden. Pflanzen und Wasser sind dabei die zentralen Elemente, auch wenn uns die vielen Leitungen im Boden Grenzen setzen und Kreativität erfordern. Eine gute Ausstattung mit Trinkwasserbrunnen gehört für uns dazu. In den letzten Jahren wurden sehr erfolgreich an vielen Stellen, häufig in Stadtteilzentren, Sanierungsgebiete festgesetzt und mit umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit gute Lösungen für vorhandene Probleme gefunden. So konnten viele Bereiche in Stadtvierteln, wie zum Beispiel in Mühlburg oder Rintheim, aufgewertet und ansprechend gestaltet werden. Dieses Vorgehen hat sich bewährt und wird von uns weiter unterstützt.

Städtische Grünentwicklung. Der Erhalt und die Weiterentwicklung städtischer Grünflächen ist für uns gerade auch im Hinblick auf den Klimawandel besonders wichtig. Ein Gutachten des Nachbarschaftsverbands Karlsruhe zeigt beeindruckend die Bedeutung dieser Flächen für ein gesundes Stadtklima auf. Grünflächen wie zum Beispiel der Alte Flugplatz, das Albrün mit dem Beiertheimer Feld und der Schlosspark, aber auch Kleingärten und Friedhofsanlagen tragen als Kaltluftentstehungsgebiete zu einem verträglichen Stadtklima bei. Der Temperaturunterschied gegenüber schlecht durchlüfteten Bereichen der Innenstadt kann in heißen Nächten bis zu sieben Grad betragen. Auch kleinere grüne Flächen und Baum-Inseln („pocket parks“) in dicht bebauten

Gebieten entfalten in ihrem Umfeld eine abkühlende Wirkung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen begrünte Freibereiche vorsieht und möglichst umfangreiche Baumpflanzungen und Gebäudebegrünungen einfordert. Wir schlagen vor, über ein zusammenhängendes System von Grünstreifen die großen städtischen Grünflächen weiter miteinander zu vernetzen. Bei Neugestaltungen breiter städtischer Verkehrsräume wünschen wir uns grüne Baumalleen und Rasengleise für die Straßenbahn. Städtische Plätze, wie zum Beispiel der Bahnhofsvorplatz, sollten auch grün gestaltet werden, um ihre Aufheizung an Sommertagen zu begrenzen und ihre Aufenthaltsqualität zu steigern. Flächenversiegelung, wie sie häufig bei Parkplätzen vorkommt, wollen wir durch Alternativen wie Rasengittersteine oder wassergebundene Materialien ersetzen.

Stadtteile bedarfsgerecht weiterentwickeln. Alle Karlsruher Stadtteile haben ihre eigene Charakteristik und Identität, die es zu bewahren und zu stärken gilt. Wir wollen die Quartiere durch öffentliche Räume stärken, die Austausch mit anderen sowie kreative Tätigkeiten ermöglichen. Wo Standorte gefunden werden können, die eine gute wohnortnahe Versorgung für zwei oder mehr Stadtteile leisten können, begrüßen wir dies. Kindertageseinrichtungen, Schulen und Jugendtreffs müssen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Karlsruher Höhenstadtteile, liebevoll „Bergdörfer“ genannt, zu richten. Der dörfliche Charakter ist erhaltenswert. Auch hier ist mehr Raum für Mietraumangebote im Geschosswohnungsbau notwendig, dies darf aber den dörflichen Charakter nicht überfordern. Für die weitere Entwicklung dieser Ortsteile orientieren wir uns am Rahmenplan Höhenstadtteile, der in einem intensiven Beteiligungsprozess erarbeitet wurde.

Vielfalt ermöglichen. Modernes Bauen und Wohnen muss sich an unterschiedlichsten Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Die Stadt soll Raum bieten für unterschiedlichste Formen des Zusammen- oder auch des Singlelebens. Ziel moderner Stadtplanung ist eine breite Angebotspalette für gemeinschaftliches Wohnen, die flexibel ausgebaut und umgestaltet werden kann. Wir benötigen Wohnungsangebote, die eine Alternative für Familien darstellen, gerade im Mietwohnungsbau. Familiengerechte Mehrraumwohnungen, möglichst variabel teilbar, bergen eine große Chance, die wir nutzen wollen. Um diese Vielfalt in der städtebaulichen Entwicklung Karlsruhes zu fördern, setzen wir verstärkt auf die Vergabe von Bauland nach Konzept. Die Konzeptvergabe ermöglicht vielfältige Wohn- und Lebensentwürfe, zum Beispiel Mehr-Generationen-Wohnen, integratives Wohnen, Wohnprojekte von Senior*innen oder zweckgebundene Baugemeinschaften. Leider ist auch das Wohnangebot für Studierende oder ähnliche Gruppen wie Auszubildende, die weit entfernt vom elterlichen Haushalt ihren Beruf erlernen, sehr knapp. Besonders deutlich wird dies jeweils zu Semesterbeginn. Deshalb wollen wir bedarfsgerecht einzelne Flächen festsetzen, auf denen nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf geeignet und bestimmt sind.

Geschichte wahren. Karlsruhe ist eine junge Stadt mit einzigartigem Stadtgrundriss. Der Erhalt des städtebaulichen und kulturellen Erbes ist uns ein wichtiges Anliegen. Städte wurden zu allen Zeiten um- und weitergebaut. Das unter öffentlicher Beteiligung erarbeitete „Räumliche Leitbild Karlsruhe“ wollen wir als orientierenden Maßstab beachten. Stadtbildprägende Baukörper bestehen nicht nur, sie entstehen auch neu. Bauliche Veränderungen müssen sich gut ins Stadtbild einpassen. Um bei stadtbildprägenden Neubauten Fehlentwicklungen zu vermeiden, setzen wir auf Fachberatung durch den Gestaltungsbeirat, Wettbewerbe und Mehrfachbeauftragungen, wo möglich mit vorbereitenden Planungsworkshops. Dies ermöglicht, aus einer Vielzahl von Ideen die besten und nachhaltigsten auszuwählen und umzusetzen. Die Kerne der Ortsteile haben häufig eine ältere Geschichte als die Kernstadt. Städtebaulich prägende Ortskerne wollen wir schützen, aber nicht erstarren lassen. Wir werden prüfen, ob Erhaltungssatzungen für diese Ortskerne möglich sind. Damit können Gebäude an den heutigen Wohnstandard angepasst werden, Überformungen werden aber verhindert. Wir setzen uns für den substanziellen Erhalt von Baudenkmälern ein. Nicht selten fallen erhaltenswerte oder gar denkmalgeschützte Bauten, meist aus finanziellen Gründen, dem Abriss anheim. Wo immer möglich, setzen wir uns für den Erhalt dieser Bauwerke ein. Gerade weil es in Karlsruhe einen Mangel an Räumen für kulturelle und öffentliche Nutzungen gibt, muss geprüft werden, ob ein Vorkaufsrecht durch die Stadt ausgeübt werden kann.

1.7 Karlsruhe kauft ökologisch und fair

Auch die Stadtverwaltung und die städtischen Beteiligungen kaufen Produkte für Büros und viele städtische Einrichtungen, Baumaterialien für den städtischen Hoch- und Tiefbau und vieles andere mehr. Damit ist der Konsum der Verwaltung ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor.

Regionale Produkte. Wir fordern, dass die Stadt und ihre Betriebe bei den Einkäufen mit gutem Beispiel vorangehen und umweltverträgliche Produkte und Waren aus der Region bevorzugen. Karlsruhe als Kundin soll auf Produkte verzichten, die den sozialen Standards nicht entsprechen, etwa weil sie in Kinderarbeit hergestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Karlsruhe weiterhin die Zertifizierung „Fairtrade-Stadt“ behält, die sie 2018 zum vierten Mal in Folge verliehen bekam. Kommunen tragen Verantwortung für den Klimaschutz. Für uns GRÜNE gehört es auch dazu, den Fuhrpark der Stadt und die Energieversorgung noch stärker emissionsarm, nachhaltig und ökologisch zu organisieren.

Faire Vergabekriterien. Das öffentliche Vergaberecht für Bau- und Dienstleistungen bietet gute Möglichkeiten, Aufträge nach nachhaltigen Kriterien zu vergeben. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass dieser Hebel in Karlsruhe zukünftig noch stärker genutzt wird. Ziel ist es, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ökologi-

sche und soziale Kriterien angewandt werden: eingesparte Treibhausgasemissionen, Ressourceneffizienz, Gewässerschutz, Verzicht auf gentechnische Produkte, die Einhaltung tariflicher Mindestlöhne, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, eine lange Produktlebensdauer, die Stärkung regionaler Wertschöpfung, fairer Wettbewerb.

1.8 Hier ist gutes Klima zuhause: Forderungen und Ideen

Wir GRÜNE werden uns in den kommenden fünf Jahren für ein klimafreundliches und lebenswertes Karlsruhe einsetzen:

Ein Karlsruhe, in dem...

- ...alle städtischen Gesellschaften Ökostrom beziehen,
- ...alle geeigneten städtischen Gebäude über Photovoltaik-Anlagen verfügen,
- ...beim Bauen und Sanieren die Energieeffizienz das wichtigste Kriterium ist,
- ...die Wärmeversorgung sukzessive auf erneuerbare Energien umgestellt wird,
- ...die Biotop von Grötzingen bis an den Rhein miteinander vernetzt sind,
- ...die Streuobstwiesen gepflegt und genutzt werden,
- ...Tierschutz gelebt wird,
- ...es Baumpatenschaften für eine zusätzliche Bewässerung der Stadtbäume gibt,
- ...Ackerland bevorzugt an ökologische Betriebe verpachtet wird,
- ...Temporeduzierung für bessere Luft, weniger Lärm und mehr Sicherheit sorgt,
- ...die Bürger*innen durch mehr Lärmschutz besser schlafen können,
- ...Radwege und Radrouten besser beschildert sind,
- ...Fahrräder flächendeckend sicher abgestellt werden können,
- ...die nördliche Karlstraße Fußgängerzone ist,
- ...autofreie Straßen und Plätze für eine hohe Aufenthaltsqualität sorgen,
- ...der ÖPNV attraktiv und für alle nutzbar ist,
- ...neue Wohngebiete an den ÖPNV angeschlossen sind,
- ...städtisches Bauland nach Konzept vergeben wird,
- ...das Klima durch mehr verbindliche Dach- und Fassadenbegrünung geschützt wird,
- ...eine Grünsatzung für die Bepflanzung von Schottergärten sorgt,
- ...die Stadt bei Neubauten mehr klimafreundliche Baustoffe wie Holz verwendet,
- ...die Stadt Aufträge nach ökologischen und sozialen Kriterien vergibt.

2 Hier sind Chancen und Vielfalt zuhause.

Zusammenhalt fördern, Offenheit leben. Wir GRÜNE streben ein gesellschaftliches Klima an, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Wir wollen Karlsruhe zu einer Stadt machen, in der niemand zurückbleibt und alle Menschen in gleichem Maße am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung sowie ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Deshalb setzen wir uns für mehr Chancengerechtigkeit und ein starkes soziales Miteinander ein. Voraussetzungen hierfür sind bürgerschaftliches Engagement, Verständnis füreinander, Selbstverantwortung und Solidarität, aber auch eine respektvoll gelebte Debattenkultur. Unterschiedliche Wertevorstellungen und Meinungen sollen nicht ignoriert, sondern in offenen und wertschätzenden Diskussionen angesprochen werden. Wir kämpfen für eine lebhafteste Demokratie sowie vielfältige Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung und unterstützen diejenigen, die sich für das Gemeinwohl und ihr persönliches Recht einsetzen.

Die Herausforderungen einer bunten Gesellschaft sehen wir als Chance an, denn so wie uns unsere Gemeinsamkeiten verbinden, so können uns auch unsere Unterschiede bereichern.

Die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte am gesellschaftlichen Leben in Karlsruhe ist für uns die einzig richtige Antwort auf jede Form von Rassismus. Diese Teilhabe wollen wir weiterhin fördern und unterstützen. Wir betrachten die zu uns kommenden Menschen als Chance für die Zukunft unserer Stadt. Mit jeder neuen Karlsruherin und jedem neuen Karlsruher wächst die Vielfalt an unterschiedlichsten Erfahrungen, Lebenswegen, Überzeugungen, Religionen und selbstverständlich auch die kulturelle Vielfalt.

Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Hetze lehnen wir entschieden ab – und treten solchen Strömungen auch auf kommunaler Ebene jederzeit entgegen.

Armutsbekämpfung ist ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik. Armut hindert Menschen an echter sozialer Teilhabe und grenzt sie aus. Der Karlsruher Pass und der Kinderpass stellen wirksame Instrumente unserer Stadt zur Armutsbekämpfung dar. Wir haben dafür gesorgt, dass die Leitlinien gegen Kinderarmut weiterentwickelt wurden. Jetzt müssen daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden, denn die Kinderarmut ist immer noch auf hohem Niveau. Auch in Jahren mit angespannter

Haushaltssituation sind Einschnitte in die sogenannten „freiwilligen“ Sozialleistungen der Stadt Karlsruhe kein geeigneter Lösungsweg. Hier können Kürzungen zur Preisgabe funktionierender Strukturen oder sozialer Einrichtungen führen oder deren Leistungsfähigkeit empfindlich einschränken.

Die Digitalisierung eröffnet große Chancen und neue Möglichkeiten. Zugleich stellt sie uns jedoch bei der Weiterentwicklung unserer Sozialsysteme vor gewaltige Herausforderungen. Wir wollen den digitalen Wandel in Karlsruhe sozial gestalten und dabei Vorreiter für Kommunen in ganz Deutschland werden. Dazu brauchen wir mutige Antworten. Deshalb möchten wir im Gemeinderat und bei der Landesregierung für einen Modellversuch für das bedingungslose Grundeinkommen in Karlsruhe werben. Besonderen Wert legen wir dabei auf die repräsentative Auswahl einer begrenzten Anzahl von Bürger*innen sowie eine kritische und ergebnisoffene Auswertung des Projektes. Beratungs- und Bildungsangebote sowie bedarfsabhängige Leistungen für besondere Lebenslagen sollen das System ergänzen.

Unsere Schwerpunkte in der folgenden Wahlperiode sind die chancengerechte Gestaltung unserer Stadt, die Integration und Teilhabe von Menschen aus aller Welt, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle, das (Er-)Leben einer Kultur der Vielfalt, die Förderung der Bürger*innenbeteiligung, die Bekämpfung von Armut, die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen und ein friedliches Miteinander aller Menschen auf der Basis von Respekt und Wertschätzung in einer Gesellschaft der Vielfalt.

2.1 Hier wird Wohnen bezahlbar

Wir rechnen mit weiterem Zuzug nach Karlsruhe und damit mit einem weiter steigenden Wohnraumbedarf. Wir wollen nicht nur zusätzlichen Wohnraum schaffen, sondern auch die Lebensqualität erhalten. Wir können aus ökologischen Gründen nicht im großen Umfang Wiesen und Grünflächen bebauen. Mit einer ökologischen Stadtplanung und verstärkter Nutzung innerstädtischer Potenziale wollen wir diesen Konflikt auflösen. In einigen besonders verdichteten Quartieren sehen wir die Belastungsgrenze bereits erreicht. Nicht jedes Projekt kann umgesetzt werden, wenn wir auch in diesen Quartieren eine gute Lebensqualität erhalten wollen. Es muss jeder Einzelfall intensiv auf Verträglichkeit geprüft werden. Wo bestehende Wohnungen leer stehen, wollen wir über finanzielle Förderung diese Wohnungen wieder dem Mietwohnungsmarkt zuführen. Wir unterstützen die Sanierung des Karlsruher Wohnungsbestandes. So können die Betriebskosten, wie die „zweite Miete“, gesenkt werden und gleichzeitig der Klimaschutz vorangetrieben werden. Wichtig ist es uns, keine Verdrängung durch „Luxussanierung“ zuzulassen. Wir behalten uns deshalb vor, über eine städtebauliche Milieuschutzsatzung, ein Instrument aus dem Baugesetzbuch, solchen Verdrängungseffekten entgegenzutreten.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, Flächen von Bund oder Land für geförderten Wohnungsbau zu erwerben. Wenn wir komplett neue Baugebiete entwickeln, muss unser Fokus auf angemessen dichtem Geschosswohnungsbau mit bezahlbarem Mietwohn-

raum liegen. Wir brauchen eine kommunale Wohnraumpolitik, die verschiedene Wohnformen und gutes Wohnen auch bei niedrigen Einkommen ermöglicht.

Gutes Wohnen: keine Frage des Einkommens. Menschen mit niedrigem Einkommen haben schlechte Chancen, eine gute Mietwohnung in Karlsruhe zu finden. Diese Entwicklung erreicht auch mittlere Einkommensschichten. Besonders prekär ist, dass die Zahl der Wohnungslosen, darunter auch Familien mit Kindern, steigt. Die Wohnungsfrage ist zur zentralen sozialen Herausforderung mit breiten Auswirkungen geworden. So fällt es zum Beispiel beiden Karlsruher Frauenhäusern immer schwerer, freie Plätze bereitzustellen. Denn Frauen, die bereits lange dort wohnen, finden keine Wohnung in der Stadt.

Wir GRÜNE setzen uns weiter für die Stärkung des Karlsruher Wohnraumförderprogramms ein, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dafür wollen wir die Haushaltsmittel deutlich aufstocken, aber auch die Förderrichtlinien kontinuierlich weiterentwickeln. Wir wollen prüfen, ob die Schaffung von neuen Wohnungen in Bestandsgebäuden durch Umbaumaßnahmen stärker städtisch gefördert werden kann. So können die schlummernden Potenziale im privaten Immobilienbesitz besser aktiviert werden. Wir schonen die endliche Ressource Boden und nutzen vorhandene Infrastrukturen. Wenn die nötige Infrastruktur vorhanden ist, sollen Wohnungen von der kostenintensiven Verpflichtung befreit werden, einen PKW-Stellplatz zu erstellen. Wir GRÜNE möchten das Programm Wohnraumakquise ausbauen. Dieses Programm vermittelte in den letzten Jahren erfolgreich Wohnungen für Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance hatten.

Die Volkswohnung. Wir werden mit allen Akteur*innen des Karlsruher Wohnungsmarkts gut zusammenarbeiten. Eine besondere Rolle nimmt dabei die Volkswohnung als kommunales Wohnbauunternehmen ein. Diese setzt ihren Fokus wieder auf Mietwohnungsbau. Wir GRÜNE werden die Volkswohnung darin weiter unterstützen und lehnen eine Gewinnabführung an die Stadt ab. Wir wollen, dass diese Gewinne bei der Volkswohnung verbleiben, in neue Mietbauvorhaben sowie die Sanierung im Bestand investiert und als soziale Rendite zur Mietpreisstabilisierung eingesetzt werden. Wir werden prüfen, ob wir die Volkswohnung auf eine breitere Basis stellen können. Dies kann beispielsweise durch Kooperationen mit kommunalen Wohnbauunternehmen der Region erreicht werden. Wir GRÜNE werden gerne mit der Volkswohnung und den Kommunen des Nachbarschaftsverbandes die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens beraten. Außerdem können wir uns einen Beteiligungsfonds für Bürger*innen zur Förderung von Mietwohnraumprojekten vorstellen. Dieser bietet eine attraktive Anlagemöglichkeit mit einer vernünftigen und nachhaltigen Rendite.

Unterschiedliche Wohnanforderungen. Wie Menschen zusammen wohnen wollen, ist einem ständigen Wandel unterworfen. Die Wohnangebote müssen versuchen, diese Vielfalt darzustellen. Wir setzen uns dafür ein, mehr barrierefreie Wohnungen zu

schaffen. Zu häufig finden die Menschen, die besonders auf barrierearmen Wohnraum angewiesen sind, keine geeignete Wohnung. Wir GRÜNE möchten das Auskunftssystem für barrierearme Wohnungen revitalisieren und dieses zusammen mit der Wohnungswirtschaft und privaten Vermieter*innen stärken.

Die Vielfalt der benötigten Wohnformen umfasst noch viel mehr. Wir benötigen gerade im Mietwohnungsbau Wohnungsangebote, die eine Alternative für Familien darstellen. Zentrales Problem für Familien ist es, erschwingliche Wohnungen zu finden, die groß genug für Familien sind. Dies gilt in besonderem Maße für kinderreiche Familien. Auch das Wohnumfeld und die Luftqualität sind für Kinder von hoher Bedeutung. Immer mehr Familien wünschen sich ein größeres Maß an Miteinander in ihrer Wohnumgebung, so wie in der MieterInneninitiative Karlsruhe (MiKa) und der Albsiedlung. Wir unterstützen Wohnprojekte, in denen alte Menschen und Familien selbstbestimmt zusammen wohnen. Diese Wohnformen bieten auch eine gute Grundlage, Familien zu entlasten und sich gegenseitig zu unterstützen. Hier setzen wir auf die Vergabe von Bauland nach Konzept. Die Konzeptvergabe fördert vielfältige Wohn- und Lebensentwürfe. Diese können als Wohnungseigentümergeinschaft oder genossenschaftlich organisiert werden, zum Beispiel als Mehrgenerationen-Wohnen, integratives Wohnen, Wohnprojekte von Senior*innen oder als zweckgebundene Baugemeinschaften.

In Karlsruhe leben über 40 000 Student*innen. Zu jedem Semesterstart lässt sich leider feststellen, dass sie enorme Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Gleiches gilt für viele Menschen in Ausbildung. Für diese und andere Gruppen, wie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, wollen wir die Möglichkeiten des Baugesetzbuches intensiver nutzen. So wollen wir bedarfsgerecht einzelne Flächen festsetzen, auf denen nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Menschen mit besonderem Wohnbedarf geeignet und bestimmt sind.

2.2 Mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft

Etwa 80 Prozent der Behinderungen treten in einem Alter von über 60 Jahren auf. Mit einem steigenden Altersdurchschnitt der Bevölkerung nimmt daher auch der Anteil der Menschen mit Behinderung zu. Für uns GRÜNE ist eine konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit auf kommunaler Ebene entscheidend, damit niemand zurückgelassen und ein selbständiges Leben möglich wird. Denn unser aller Alltag, egal ob jung oder alt, ob mit oder ohne Behinderung, spielt sich in der Stadt und den Ortsteilen ab. Kommunale Investitionen in barrierefreie Strukturen sind Teil einer zukunftsorientierten Daseinsvorsorge.

Wir GRÜNE fordern die Planung von gemeinschaftlichen Wohnformen von Menschen mit und ohne Behinderungen. Dadurch sind mehr Wohnungen für alle Bürger*innen nutzbar.

Barrierefrei leben. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Volkswohnung Quoten für barrierearme Sozialwohnungen zum Standard macht. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen und mit Pflegebedarf würdevoll, selbstbestimmt und sozial eingebunden leben können. Der erhebliche Mangel an Pflegeplätzen und qualifiziertem Pflegepersonal stellt diesen Personenkreis und ihre Angehörigen dabei vor große Aufgaben. Zu ihrer Entlastung brauchen wir in Karlsruhe am tatsächlichen Bedarf ausgerichtete stationäre und ambulante Pflege- und Unterstützungsangebote.

Damit alle Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mobil sein können, ist die Barrierefreiheit des ÖPNV eine zentrale Voraussetzung. Dabei muss die gesamte Reisekette von der Fahrkartenbeschaffung über den Zugang zu den Verkehrsstationen bis hin zu den Fahrzeugen selbst berücksichtigt werden.

Damit sich alle Bürger*innen mit Behinderung kommunalpolitisch informieren und beteiligen können, braucht es barrierefrei gestaltete Internetseiten und Sitzungsräume. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Texte in Leichter Sprache verfasst werden.

2.3 Wir bringen Menschen in Arbeit

Wir können vor Ort die Hartz-IV-Regelungen nicht außer Kraft setzen. Aber wir wollen den gesetzlichen Gestaltungsspielraum innerhalb des Jobcenters Stadt Karlsruhe so weit wie möglich dafür nutzen, die sozialen Bürger*innenrechte zu stärken. Wir GRÜNE fordern, dass die Leistungen zur Grundsicherung und Arbeitsmarktintegration den betroffenen Menschen gerecht werden. Eine unabhängige Arbeitslosenberatung ist eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit, damit die sozialen Bürgerrechte nicht im Behörden- und Paragraphenschlingel auf der Strecke bleiben. Für das Jobcenter Karlsruhe Stadt fordern wir eine vom Jobcenter finanzierte unabhängige Beratung, die bei Konflikten zwischen den Parteien vermittelt.

Wie kaum eine andere Entwicklung verändert die Digitalisierung unseren Alltag, unser Miteinander und auch unsere Arbeitswelt. Mit dem digitalen Wandel wachsen die Anforderungen im Berufsleben. Wir GRÜNE möchten Weiterbildungsangebote im digitalen Bereich im Jobcenter Stadt Karlsruhe und an der Volkshochschule ausbauen, damit die Beschäftigten von heute auch in der Arbeitswelt von morgen gerechte Chancen haben.

Sozialunternehmen. Wir wollen, dass die Stadt über das Jobcenter Karlsruhe Stadt eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung betreibt, um Langzeitarbeitslosen echte Bewährungs- und Eingliederungschancen und Zugänge zum regulären Arbeitsmarkt zu eröffnen. Um in Karlsruhe den Menschen zu helfen, die vom Aufschwung und neuen Arbeitsplätzen nicht profitieren, hat der im Gemeinderat 2013 mit GRÜNER Unterstützung das Gesamtkonzept Arbeit beschlossen. Da diese Maßnahmen nur einem Teil der ca. 2.000 langzeitarbeitslosen Menschen in Karlsruhe zugutekommen, wollen wir das Konzept weiterentwickeln und plädieren für die Ansiedlung bzw. Gründung von weiteren Sozialunternehmen in Karlsruhe. So werden Langzeitarbeits-

lose wieder in das Erwerbsleben integriert und ihr Wiedereinstieg in die Arbeitswelt gefördert.

Mit gutem Beispiel Inklusion fördern. Arbeitsplätze sollen an die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Dann verspricht eine Arbeit auf dem Arbeitsmarkt mehr Teilhabe als in einer Sondereinrichtung. Für die Stadt Karlsruhe bedeutet jede Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine finanzielle Entlastung. Darüber hinaus wollen wir mehr Integrationsunternehmen in der Stadt Karlsruhe ansiedeln sowie Anreize für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen fördern.

Die Stadt Karlsruhe und ihre kommunalen Tochtergesellschaften haben als öffentliche Arbeitgeber*innen bei der Beschäftigung von Arbeitnehmer*innen eine Vorbildfunktion. Gegenwärtig wird die gesetzlich festgelegte Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen von 5 Prozent in vereinzelt Tochtergesellschaften nicht oder nur knapp erreicht. Die Zahlung einer Ausgleichsabgabe darf nur eine Übergangssituation sein. Wir fordern, dass die städtischen Gesellschaften die gesetzliche Beschäftigungsquote erfüllen. Die Stadt Karlsruhe sollte die Möglichkeiten des Vergaberechts ausschöpfen, um regelmäßig Aufträge zum Zweck der Beschäftigung von benachteiligten Bürger*innen an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Inklusionsbetriebe und soziale Unternehmen zu vergeben.

2.4 Gesundheit geht uns alle an

Kommunalpolitik kann ein gesundes Leben in Selbstverantwortung unterstützen und gezielt Hilfe bieten. Wir GRÜNE setzen uns für eine Stadt ein, in der Bewegung Freude macht. Eine Stadt, in der die medizinische und pflegerische Versorgung den vielfältigen Ansprüchen gerecht werden kann. Die Aspekte wie saubere Luft, Lärminderung und die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt. Wir setzen uns für eine gute Hebammenversorgung, für eine Muttermilchbank für Frühchen und für ausreichende Pflege-, Hospiz- und Palliativplätze ein.

Gesunde Stadt – ein Qualitätsmerkmal. Wir wollen Gesundheitspolitik präventiv denken und engagiert umsetzen. Gesundheit darf nicht von der Wohnlage abhängen. Wir engagieren uns dafür, die Auswirkungen des Klimawandels stärker zu berücksichtigen, weil Hitzestress eine gesundheitliche Herausforderung ist. In einer grünen Stadt ist ein gesundes Leben besser möglich. Deshalb unterstützen wir das städtische Programm „Meine Grüne Stadt“. Mit einer wachsenden Stadt muss eine gute Ausstattung mit Naherholungsflächen einhergehen. Diese sollen Bewegungsangebote für jedes Alter bereitstellen. Durch innovative Verkehrspolitik betreiben wir engagierte Luftreinhaltung und Lärminderung, denn stark verkehrsbelastete Straßen greifen auch das Herz-Kreislauf-System an.

Gesundheitsberichterstattung fortschreiben. Wir GRÜNE fordern eine aussagekräftige Gesundheitsberichterstattung und daraus abgeleitete Maßnahmen. Mit dem Kindergesundheitsbericht ist Karlsruhe einen wichtigen Schritt gegangen. Wir wollen die Gesundheitsberichterstattung auf Senior*innen und weitere Bevölkerungsgruppen ausweiten. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesundheitswesen stärker die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern berücksichtigt.

Gesundheitsförderung geht alle an. Wir möchten die kommunale Gesundheitskonferenz wieder stärken. Für eine erfolgreiche kommunale Gesundheitsförderung ist die Arbeit von Initiativen und Selbsthilfegruppen sowie die Einbindung der Bevölkerung bei der Weiterentwicklung unverzichtbar. In diesem Konferenzformat sind viele Akteur*innen wie zum Beispiel Krankenkassen, Mediziner*innen, Pflegeeinrichtungen und die Bürger*innen beteiligt.

Das Thema multiresistente Erreger (MRE) ist weiter aktuell. Wir beobachten, welche Möglichkeiten sich durch die Forschung ergeben, effektiver die Entstehung multiresistenter Keime zu unterbinden und unterstützen die Arbeit des MRE-Netzwerks Karlsruhe. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen und anderer Gesundheitsfachberufe ist uns wichtig. Wir sind offen für Maßnahmen auf kommunaler Ebene, auch wenn hier die Bundesebene gefordert ist. So ist die Stärkung der Familienhebammen in Karlsruhe ein großer Erfolg. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Uns ist die Kinder- und Jugendgesundheit ein besonderes Anliegen. Zu viele Kinder leiden unter Bewegungsmangel. Wir fordern, dass die Stadt Karlsruhe genügend Räume für kreatives Spiel, gerade im Freien, zur Verfügung stellt. Die Arbeit des Stadtjugendausschusses ist dabei ein wichtiger Beitrag. Die Möglichkeit zum freien Spiel mit Gleichaltrigen ist eine Frage der sozialen Teilhabe und ein Beitrag zur Förderung der seelischen Gesundheit.

Gesundheitliche Prävention. Wo Vorsorgeuntersuchungen seltener in Anspruch genommen werden, gibt es häufiger Entwicklungsverzögerungen bei Kindern. Wir halten viel davon, nach dem Düsseldorfer Modell alle Kinder regelmäßig zu untersuchen und gezielt Beratung und Angebote zu machen. Auch die Bildungseinrichtungen haben hier einen wichtigen Auftrag. Gesundheitsbezogene, zielgruppengerechte Informationen rund um die Themen Ernährung, sexuelle Aufklärung, Suchtprävention und der Umgang mit digitalen Medien sind als Ergänzung der familiären Gesundheitsförderung wichtig.

Die Aufklärung Jugendlicher und junger Erwachsener über sexuell übertragbare Krankheiten und Verhütung muss gestärkt werden. Deshalb unterstützen wir GRÜNE weiterhin die Arbeit der Aidshilfe und der anderen Akteur*innen der gesundheitlichen Aufklärung.

Gesundheitssport ausbauen. Sport und Bewegung machen Spaß und unterstützen die Gesundheit. In einer älter werdenden Gesellschaft, in der zudem viele Tätigkeiten im Sitzen stattfinden, wird Sport immer wichtiger. Wir setzen uns dafür ein, dass sportli-

che Aktivität auch bei geringem Einkommen gut möglich ist. Damit mehr Menschen Freude an Bewegung erleben können, wollen wir die Angebote des Sports ausbauen. Wir wollen Anreize für die ganze Familie zur Bewegung in der Natur schaffen. Wir setzen uns für attraktive, naturnahe Familienwanderpfade in den Karlsruher Wäldern ein.

Leistungsstark für das Gemeinwohl. Karlsruhe und das Städtische Klinikum nehmen in der medizinischen Versorgung in der Region eine zentrale Rolle ein. Allen Überlegungen, dieses Krankenhaus im Ganzen oder in Teilen zu verkaufen, erteilen wir eine klare Absage. Wir unterstützen die gute Arbeit der Karlsruher Kliniken und Rettungsdienste, die täglich geleistet wird. Für das Städtische Klinikum hat die Stadt besondere Verantwortung. Wir GRÜNE treten für ein leistungsstarkes Klinikum für alle Patient*innen ein. Dabei fühlen wir uns verpflichtet, attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten, die zur Freude am Beruf beitragen und vor gefährlicher Überbelastung schützen. Wir unterstützen die Neubaumaßnahmen am Klinikum, weil sie für die Zukunftsfähigkeit wichtig sind. Doch auch der Altbaubestand muss weiter saniert werden. Mittelfristig werden Teile des Altbaubestandes für den Klinikbetrieb nicht mehr benötigt. Hier können wir uns eine medizinnahe Nachnutzung, zum Beispiel im Bereich der Rehabilitation, vorstellen. In der Psychiatrie setzen wir uns für zeitgemäße und flexible Versorgungs- und Behandlungsformen ein. Mit der Bereitstellung von Krisenbetten können akute Notfälle sofort versorgt werden. Home Treatment ermöglicht die Behandlung im eigenen Zuhause.

Sucht- und Drogenpolitik in Karlsruhe. Grüne Drogenpolitik beruht auf drei Säulen: Prävention, Regulierung und Schadensminderung. Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung ausbauen und damit Suchtrisiken und Gefahren minimieren. Niedrigschwellige Angebote wie drogenkonsum- und alkoholakzeptierende Aufenthaltsräume wirken der weiteren Verelendung schwer suchtkrank Menschen entgegen und helfen, weitere Schäden zu minimieren. Wir stehen für eine Drogenpolitik, die akzeptiert, dass Drogenkonsum und -abhängigkeit zu unserer Gesellschaft gehören. Es geht uns nun darum, für die Betroffenen die notwendige Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Die Cannabis-Drogenpolitik ist gescheitert. Die Regelungskompetenz liegt auf Bundesebene, die Auswirkungen der Politik spüren wir aber deutlich in der Kommunalpolitik. Die Konsument*innen werden einem unkontrollierbaren Markt überlassen, der immer schädlichere Substanzen produziert und verkauft. Wir müssen deshalb im Rahmen des kommunalpolitisch Möglichen neue Wege gehen. Aus diesem Grund unterstützen wir die Stadt Karlsruhe darin, zu prüfen, ob zusammen mit anderen Städten ein Modellversuch Cannabis installiert werden kann. Wissenschaftlich begleitet soll an eine begrenzte Anzahl erwachsener Menschen Cannabis aus geprüftem Anbau abgegeben werden. Darüber hinaus soll das Cannabis-Modellprojekt Prävention und Aufklärung stärken. Unverzichtbar ist für uns eine konsequente Einhaltung des Jugendschutzes.

2.5 Bewegung und Sport

Bewegung ist wichtig für Lebensfreude, Gesundheit, soziale Stabilisierung und stärkt die gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Deshalb wollen wir GRÜNEN den Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern. Wir unterstützen die Sportvereine mit ihren vielfältigen Angeboten und deren Kooperation mit Schulen und Kitas. Auch die offenen Sport- und Bewegungsangebote in unserer Stadt wollen wir weiter ausbauen. Kinder und Jugendliche werden wir hierbei besonders fördern.

Grüne Sportpolitik unterstützt Sportvereine. Die Karlsruher Vereine leisten in meist ehrenamtlicher Arbeit einen weitreichenden Beitrag zum Sportangebot in Karlsruhe. Wir wollen dieses ehrenamtliche Engagement in besonderer Weise fördern. Dazu gehört die Unterstützung der energetischen Sanierung von Sportstätten. Sie entlastet die Sportvereine finanziell und ist gut für Umwelt und Klima.

Teilhabe für alle an Sport und Bewegung. Wir setzen uns dafür ein, dass das Sport- und Bewegungsbedürfnis aller Bevölkerungsgruppen bei der kommunalen Sportentwicklungsplanung berücksichtigt wird. Wir wollen alle Möglichkeiten prüfen, mehr wohnortnahe Sport- und Bewegungsgelegenheiten zu schaffen, damit sie allen Menschen zugänglich sind. Wichtig sind dabei Angebote im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen, also in Kitas, Schulen, am Arbeitsplatz oder in Senior*innenheimen. Unser Fokus liegt ganz besonders auf den Kindern. Karlsruher Sportvereine haben erschreckende sportmotorische Defizite bei Kita- und Grundschulkindern festgestellt. Kinder aus armen und benachteiligten Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund haben einen hohen Förderbedarf. Wir wollen deshalb ergänzend zu den bestehenden Kooperationen von Schule und Sportvereinen erweiterte Kooperationsprojekte fördern, mit denen spezielle außerschulische Förderprojekte für diese Kindergruppen eingerichtet werden. Grundsätzlich sollen in der Ganztagschule auch vielfältige Bewegungs- und Sportangebote im Freien enthalten sein. Sie stärken ganz besonders die gesundheitliche Entwicklung von Kindern. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit gut schwimmen können.

Hallen für Schul- und Vereinssport. Uns GRÜNEN ist eine ausreichende Anzahl von Sporthallen ein wichtiges Anliegen. Die Sicherung für den Schul- und Vereinssport steht für uns dabei an erster Stelle. Seit Jahren haben wir deshalb den Bau von neuen Sporthallen gefordert, um den Mangel an Hallenkapazitäten zu beenden. Jetzt gibt es dank unseres Drängens endlich konkrete Planungen. Wir wollen erreichen, dass der geplante Bau von zwei Dreifeldhallen so schnell wie möglich umgesetzt wird. Eine der beiden Hallen muss ausreichend Besucher*innenplätze erhalten, damit die Voraussetzungen für den Profisport - aktuell im Basketball und Volleyball - erfüllt werden. Die Europahalle ist seit Jahren nur eingeschränkt nutzbar. Wir GRÜNE setzen uns weiter dafür ein, dass die Stadtverwaltung endlich die notwendigen Informationen liefert, damit eine sachgerechte Entscheidung über die weitere Nutzung gefällt werden kann.

Leistungs- und Profisport angemessen fördern. Am wichtigsten ist für uns GRÜNE die Förderung des Breiten- und Gesundheitssports in Karlsruhe. Als Sportstadt braucht Karlsruhe aber auch einen erfolgreichen Leistungs- und Profisport. Wichtig ist für uns, dass die herausragenden Sportler*innen dazu beitragen, das Bewusstsein bei Jugendlichen für Fairness, gute Teamarbeit und akzeptable Trainingsmethoden zu stärken. Junge leistungsstarke Sportler*innen, die diese Anforderungen erfüllen, wollen wir weiter unterstützen und besonders auszeichnen. Junge Leistungssportler*innen mit hohem Potenzial sollen auch weiterhin für ihren erhöhten Aufwand eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Wir GRÜNE haben uns für eine bedarfsgerechte Sanierung des Wildparkstadions für den Profifußball eingesetzt, damit die Ligatauglichkeit erhalten bleibt. Eine dreistellige Millionensumme für den Stadionneubau des KSC haben wir aus Kostengründen abgelehnt. Nachdem die Mehrheit des Gemeinderats dem Neubau zugestimmt hat, wollen wir die weitere Planung kritisch begleiten und uns für Kostentransparenz einsetzen.

2.6 Bürger*innenbeteiligung - Partizipation im Wandel

Bürger*innenbeteiligung erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Unser Leitbild ist eine Kommune, die eine Beteiligung an Entscheidungsprozessen aktiv fördert und unterstützt. Dies erfordert von städtischer Seite die Bereitschaft zu Kooperation und Anerkennung. Die Politik wird aufgefordert, nah bei den Menschen zu sein und die eigenen Ideen zu erklären. Denn demokratische Mitbestimmung beschränkt sich für uns GRÜNE nicht auf die Abgabe des Stimmzettels am Wahltag. Vielmehr interessiert uns auch zwischen den Wahlen, welche Ideen und Vorschläge die Karlsruher*innen haben. So können wir mit ihnen in einen Dialog treten und gemeinsame Projekte entwickeln. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die rechtlichen Möglichkeiten der Kommune bestmöglich zu Gunsten direkter Demokratie ausgeschöpft werden.

Zusätzlich wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und bereichert die Stadt. Wir begrüßen Formate für den Austausch und zur Vernetzung der Bürger*innen wie die Beratung von Entscheidungsträger*innen, die Zukunftswerkstätten und die Konsensus-Konferenzen. Wir wollen die Bürger*innen noch stärker als bisher bei den Haushaltsberatungen direkt einbinden und unterstützen daher die Entwicklung eines Bürger*innenhaushalts. Bei großen Projekten der Stadt wollen wir Begleitgremien einrichten, die durch repräsentativ ausgewählte Bürger*innen besetzt sind. So können den Bürger*innen komplexe Projekte nähergebracht werden und der Gemeinderat profitiert vom direkten Feedback aus der Bevölkerung. Kommunen müssen sicherstellen, dass alle Bevölkerungsgruppen an der Smart City teilhaben können. Sie haben die Aufgabe, Barrieren durch neue Technologien abzubauen, anwender*innenfreundlich und lokal spezifisch zu denken

sowie Datensicherheit zu gewährleisten. Das Bildungsangebot im Bereich Digitales muss, ebenso wie das E-Government und die Förderung innovativer Unternehmen, ausgebaut werden.

Transparenz erhöhen. Mitsprache setzt sachliche und umfassende Information voraus. Immer noch finden zu viele Beratungen in nicht-öffentlichen Ausschuss- oder Aufsichtsratssitzungen statt. Hier müssen alle vorhandenen Spielräume ausgenutzt werden, um der interessierten Öffentlichkeit Zugang zu verschaffen. Wir fordern dazu eine Liveübertragung der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats, unter Beachtung der Persönlichkeitsrechte der städtischen Angestellten. Auch bei der Aufstellung des kommunalen Haushalts fordern wir GRÜNE höhere Transparenz für die Bürger*innen von Karlsruhe.

Bürger*innen gestalten ihren Stadtteil. Das Miteinander in der Stadt und den Stadtteilen lebt vom bürgerschaftlichen Engagement. Viele Karlsruher*innen engagieren sich ehrenamtlich. In jedem Stadtteil gibt es zahlreiche Vereine, in denen Menschen Freizeit gemeinsam gestalten. Das Vereinsleben prägt damit die Stadtteile. Den Bürgervereinen kommt eine besondere Rolle zu, weil sie auch für die politische Willensbildung eine wichtige Rolle spielen. Zusammen mit den zahlreichen anderen Vereinen tragen sie zu einem vielfältigen Angebot für die Bürger*innen und zur Weiterentwicklung Karlsruhes bei. Wir wollen sie bei der Durchführung von Ideenwerkstätten und ähnlichen Beteiligungsformaten unterstützen.

Viele Bürger*innen wollen sich in konkreten Projekten engagieren, beispielsweise in verschiedenen Formen des gemeinschaftlich organisierten Wohnens für jüngere oder ältere Menschen oder auch bei der Anlage von Gemeinschaftsgärten („Urban Gardening“). Wir GRÜNE unterstützen insbesondere Projekte, die sich für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen (Kleidertausch, Reparaturcafés), Kreislaufwirtschaft und Umweltverträglichkeit einsetzen. Auch Genossenschaften, die neue Formen des gemeinsamen Wohnens und Arbeitens entwickeln, bereichern unsere Stadtentwicklung. In der Quartiersentwicklung, in der alle Akteur*innen miteinander vernetzt werden und stille Gruppen mobilisiert werden, sollte die Stadt selbstverwaltete Projekte unterstützen.

Junge Menschen engagieren sich. In Karlsruhe hat sich eine vielfältige Beteiligungskultur für Kinder und Jugendliche etabliert. Das Karlsruher Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche hat hierfür bereits eine gute Grundlage geschaffen. Wir begrüßen besonders die Weiterentwicklung der Karlsruher Jugendkonferenz, da sie Interesse an Politik weckt, demokratischen Abläufe verstehen und erleben lässt und zu einer eigenen Meinungsbildung beiträgt. Auf GRÜNEN Antrag hin hat die Jugendkonferenz ein eigenes Budget erhalten. Darüber hinaus fordern wir, dass die Jugendkonferenz ein Antragsrecht im Gemeinderat erhält. Nur so kann sie den Jugendlichen die ihnen qua Gemeindeordnung zustehende Beteiligung ermöglichen. Wir GRÜNE wollen, dass die politische Partizipation von Jugendlichen unter 16 Jahren weiter gestärkt wird. So

sollen sie beispielsweise über den Schülerrat in Ausschüssen wie dem Schulbeirat ein Antragsrecht erhalten.

Digitale Beteiligung. Wir setzen uns dafür ein, dass im Bürgerbeteiligungsportal Module Eingang finden, die einen interaktiven Überblick über alle Projekte der Stadtverwaltung und der Vereine vermitteln. Diese Module sollen eine Geolokalisierung, Online-Bewertung von Projekten und eine digitalen Ideenwerkstatt für alle Stadtviertel beinhalten. Wir wollen auch eine kommunale Crowdfunding-Plattform initiieren. Wir haben das Konzept zur systematischen Bürgerbeteiligung unterstützt, das von der Verwaltung in Karlsruhe erarbeitet wurde. Die Instrumente und Angebote wie die digital@KA-App und das Bürgerbeteiligungsportal sind nun vorhanden. Wir fordern eine bessere Bewerbung und möchten mehr Bürger*innen zur Teilhabe motivieren. Wir setzen uns auch für die qualitative Verbesserung der Tools insbesondere in Richtung „E-Partizipation“ ein. So können Bürger*innen den Gemeinderat bei der Entscheidungsfindung unterstützen. Online-Umfragen sowie die Einbindung der App KA-Feedback für alle kommunalen Dienste sehen wir als sinnvolle Erweiterungen im Bereich „E-Government“. Dies ermöglicht einen ständigen Dialog und eine konstruktive Debatte zwischen den Bürger*innen und der Verwaltung.

2.7 Wir streiten für Akzeptanz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Wir GRÜNE stehen für eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen sicher und selbstbestimmt leben und lieben können. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Hetze gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Meinungen lehnen wir entschieden ab – und treten solchen Strömungen auch auf kommunaler Ebene jederzeit entschieden entgegen.

Entschlossen gegen menschenverachtende Hetze. Wir müssen in Prävention investieren, Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen fortbilden und im richtigen Umgang mit rassistischen und menschenverachtenden Tendenzen unterstützen. Wir müssen erreichen, dass Familienangehörige und Freund*innen, die eine politische oder religiöse Radikalisierung beobachten oder befürchten, schnellen Zugang zu Hilfe erhalten und den Sicherheitsbehörden vertrauen können. Wir brauchen Programme für Aussteiger*innen. Inzwischen erfolgen viele Radikalisierungen im Internet. Rassismus, Homophobie, Antisemitismus finden im Web kaum zu kontrollierende Foren. Die stärkere Vermittlung von Medienkompetenz ist daher auch ein wichtiger Baustein im Kampf gegen extremistische Ideologien.

Für uns GRÜNE ist selbstverständlich, dass Religionsgemeinschaften für ihre Religionsausübung repräsentative Räume brauchen. Das vertreten wir auch beim Thema

Moscheeneubau in Karlsruhe. Wir stehen zum Recht der freien Religionsausübung auf dem Boden des Grundgesetzes. Konkret bedeutet dies für uns: Wenn Religionsgemeinschaften und -gruppen Frauenrechte oder Rechte von Minderheiten verletzen oder schwächen wollen, werden wir uns dem engagiert und entschieden entgegenstellen. Wir finden es wichtig, dass die deutsche Vergangenheit in einer lebendigen Erinnerungskultur präsent bleibt. Wir wollen, dass sich die Gesellschaft weiterhin mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzt, ebenso auch mit mutigem Widerstand. Wir setzen uns dafür ein, dass Gedenkorte erhalten und gepflegt werden. Orte, an denen wir uns daran erinnern, dass dort Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer politischen und religiösen Überzeugung oder ihrer Behinderung drangsaliert und getötet wurden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das kriegsverherrlichende Leibgrenadierdenkmal nicht mehr auf dem Europaplatz aufgestellt wird und durch ein Friedensdenkmal ersetzt wird. Außerdem fordern wir, dass die Stadt Karlsruhe weiterhin den Aufbau der nationalsozialistischen Gedenkstätte in Baden, den Lernort für Zivilcourage und Widerstand (LZW), unterstützt.

Gleiche Chancen für Frauen. Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Doch nach wie vor ist der Frauenanteil bei kommunalen Mandaten und in Führungspositionen niedrig. Wir GRÜNE lösen dies seit 39 Jahren auf unsere Art, mit Erfolg: Wir stellen unsere Wahllisten im Reißverschlussverfahren auf, also quotiert, mindestens 50 Prozent der Listenplätze gehen an Frauen. Wir sehen kommunale Verwaltungen in der Pflicht, Frauen und Männern selbstverständlich die gleichen Berufschancen zu bieten und bestehende Einstellungs- und Aufstiegshindernisse zu beseitigen. Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr Frauen in Führungspositionen städtischer Unternehmen gibt.

Mehr Budget für Gleichstellungsbeauftragte. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Karlsruhe soll darauf hinwirken, dass die Belange von allen Geschlechtern in der nach wie vor männlich dominierten Stadt nicht zu kurz kommen. Diese Arbeit wollen wir unterstützen und die Mittel für das Büro der Gleichstellungsbeauftragten erhöhen. Damit soll das Konzept für Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen ausgebaut, aber auch ein Fokus auf den Umgang der Stadt mit Intersexualität gelegt werden.

Sicherheitsgefühl stärken. Wir treten dafür ein, dass Karlsruhe eine Stadt ist, in der sich alle Menschen - Frauen wie Männer, Menschen mit sowie ohne Migrationshintergrund, Starke wie Schwache - überall und zu jeder Zeit sicher und frei bewegen können. Der öffentliche Raum in Karlsruhe gehört allen, alle müssen sich dort aufhalten können, selbstverständlich, frei und ohne Angst. Karlsruhe ist im Vergleich mit anderen Großstädten eine sichere Stadt - das zeigen die jährlichen Kriminalitätsstatistiken. Wir treten Darstellungen entschieden entgegen, die hier Fakten verdrehen und Menschen damit verunsichern möchten.

Wir stehen für innere Sicherheit mit Vernunft und Augenmaß. Dafür brauchen wir

intakte staatliche Institutionen, rechtsstaatliche Verfahren und die Wahrung der Bürger*innenrechte. Eine frühzeitige und umfassende Präventionsarbeit ist für uns entscheidend, um Kriminalität erfolgreich einzudämmen. Ansatzpunkte bieten Früherkennung, Bildungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen. Zur Gewaltprävention gehören auch der Opferschutz und die Resozialisierung von Straftäter*innen. Wir fördern Zivilcourage zur Verhinderung von Straftaten.

Sexualisierte Gewalt tolerieren wir in keiner Form. Wir schaffen tragfähige Strukturen, die Hate Speech, Belästigung, sexualisierter und häuslicher Gewalt entschieden entgegenwirken. Immer mehr gewaltbetroffene Frauen sowie Kinder und Jugendliche suchen Hilfe bei Beratungsstellen und in Frauenhäusern, deren personelle und finanzielle Situation prekär ist. Wir werden Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser finanziell ausreichend ausstatten, ihre Aufnahmekapazitäten erhöhen, Prävention und Beratung ausbauen und barrierearme Plätze einrichten. Wir wollen den Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Opfer von sexualisierter Gewalt, Stalking und Cybermobbing. Angebote für Opfer und Täter*innen müssen besser bekannt gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Integrationskurse regelmäßig Informationen über örtliche Beratungsstellen und Hilfe bei Gewalt gegen Frauen bieten.

Karlsruhe soll eine Stadt werden, in der alltäglicher Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen in jeder Form geächtet wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Unterstützungsangebote zur Prävention, Beratung und Intervention für Frauen aus allen Milieus und Lebenssituationen dauerhaft gesichert und verlässlich zur Verfügung gestellt werden. Der zunehmenden Präsenz von digitaler Gewalt und der besonderen Gefährdung von Frauen mit Behinderung und Sexarbeiter*innen werden wirksame Präventionsmaßnahmen und Unterstützungsangebote entgegengesetzt.

Gendergerechtigkeit verwirklichen. Es ist unser erklärtes Ziel, den Zwang zu Geschlechterrollen aufzulösen. „Geschlecht“ soll auch im kommunalen Zuständigkeitsbereich immer alle sozialen, kulturellen, politischen und biologischen Komponenten beinhalten. Wir fordern die systematische Berücksichtigung von „Gender“ auf allen Ebenen. Diese Geschlechtergerechtigkeit und -sensibilität soll bei allen Verwaltungsentscheidungen und Planungen berücksichtigt werden. Wir GRÜNE fordern die statistische Erhebung über die Verteilung und Wirkung der öffentlichen Mittel zur konsequenten Einführung einer gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung.

Gendergerechte Mitsprache. Wir möchten die städtischen Beteiligungsverfahren so weiterentwickeln, dass sie alle Geschlechter gezielt ansprechen. Die Beteiligungsverfahren nehmen großen Einfluss auf Planungen und Projekte, sind aber derzeit überwiegend von Männern besetzt. Wir wollen mehr Frauen für die Beteiligung gewinnen und werden prüfen, ob beispielsweise die paritätische Besetzung von Beteiligungsgremien dazu einen Beitrag leisten kann.

LGBTTIQ*-Rechte kommunal stärken. Unser Eintreten für die queeren Communities verstehen wir nicht als Absichtserklärung, sondern als einen Auftrag für konkretes politisches Handeln. Wie in den vergangenen Wahlperioden wollen wir Karlsruhe auch in den nächsten Jahren weiter vielfältig voranbringen. Lesbische, schwule, bisexuelle und Trans*Jugendliche wollen wir weiter in ihrem Umfeld stärken. Wir wollen in Schulen, Sportvereinen und Jugendhäusern ein Klima schaffen, in dem kein*e Jugendliche*r mehr wegen der sexuellen Orientierung gemobbt wird, Beleidigungen oder gar Gewalt ausgesetzt ist. Wir setzen uns für Fortbildungsprogramme ein, die Trainer*innen, Beschäftigte in Jugendeinrichtungen und Jugendleiter*innen im Umgang mit homo- und transphoben Überzeugungen, persönlichen Krisen und Ausgrenzung stärken. Lesbischen, schwulen, bisexuellen und Trans*Menschen, die in der Familie, dem Bekanntenkreis oder dem Arbeitsleben Ausgrenzung erfahren oder die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alters oder einer Behinderung, gilt unsere besondere Fürsorge.

Auch die Belange der älteren LGBTTIQ*-Menschen werden oft viel zu wenig beachtet. Wir fordern die Sensibilisierung von Pflegekräften sowie die Förderung spezieller Wohnprojekte. Es ist uns wichtig, dass alle auch im Alter ohne Diskriminierung offen leben können. Ein*e spezielle*r LGBTTIQ*-Beauftragte*r kann die Akzeptanz innerhalb der Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung erhöhen. Wichtig ist hier auch ein ausreichendes Budget für Veranstaltungen, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir wollen das Verwaltungspersonal schulen und sensibilisieren, um die Rechte von Trans*Menschen zu wahren, zum Beispiel durch eine höhere Akzeptanz des DGTI-Ergänzungsausweises als Zusatzdokument. Dieser gewährleistet, dass die Personalpapiere auch mit der eigenen geschlechtlichen Verortung übereinstimmen, solange die Namens- und/oder Personenstandsänderung noch nicht erreicht ist. Wir schaffen einen besseren, diskriminierungsfreien Zugang zu den notwendigen psychosozialen und psychologischen Beratungsangeboten für intersexuelle und Trans*Menschen. Relevante Personen und Einrichtungen klären wir über die besondere Situation intersexueller und Trans*Menschen auf.

Wir setzen uns dafür ein, dass Übergriffe gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität in einer eigenständigen Erhebung erfasst, dokumentiert und veröffentlicht werden.

2.8 Miteinander in einer offenen Gesellschaft

Wir GRÜNE stehen für ein friedliches Miteinander in einer weltoffenen Gesellschaft der Vielfalt. Die Herausforderungen einer bunten Gesellschaft - das gelingende Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung - sehen wir als Chance an. Wir setzen uns ein gegen Rassismus und für eine humane Flüchtlingspolitik, die das Grundrecht auf Asyl respektiert und es nicht aushöhlt. Um ein Zeichen der

Solidarität und der Menschlichkeit zu setzen, fordern wir, dass sich Karlsruhe gemeinsam mit 36 weiteren Städten zum „sicheren Hafen“ erklärt und sich damit für sichere und legale Wege des Ankommens einsetzt.

Mit den Menschen, die in unsere Stadt kommen, mit allen neuen Karlsruher*innen, wächst die Vielfalt an unterschiedlichsten Erfahrungen, Lebenswegen, Überzeugungen und Religionen. Vielfalt muss jedoch von strukturellen Rahmenbedingungen begleitet werden, damit sie als Bereicherung erlebt werden kann.

Teilhabe sicherstellen. Migrant*innen muss die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, damit sie sich zugehörig fühlen und eine gemeinsame Zukunft mitgestalten können und wollen. In der uneingeschränkten Teilhabe von Migrant*innen am politisch-gesellschaftlichen Leben in Karlsruhe sehen wir eine adäquate Antwort auf jede Form von Rassismus. Wir GRÜNE wollen Begegnungsräume als Möglichkeiten des kulturellen Austauschs und der interkulturellen Kommunikation unterstützen, um Missverständnisse, Ängste und Vorurteile auf allen Seiten zu reduzieren. Der Aufbau und die Pflege dauerhafter Gesprächsbeziehungen mit und zwischen den unterschiedlichen Communities und Religionsgemeinschaften ist für unser Verständnis von Integrationspolitik zentral. Integration ist eine Aufgabe für uns alle, sie gelingt nur gemeinsam.

Rechtliche Teilhabe von Migrant*innen. Integration ist maßgeblich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft abhängig. Wesentliche Teilhabechancen sind in erster Linie durch den rechtlichen Aufenthaltsstatus festgelegt. Wir GRÜNE setzen uns daher dafür ein, Menschen, die bei uns bleiben wollen, durch niedrigschwellige Verfahren beim Erwerb einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis zu unterstützen und zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu ermutigen. Die Ausländerbehörde soll insbesondere langjährig Geduldete proaktiv zu den Bleiberechtsmöglichkeiten beraten.

Gesetzliche Regelungen in der Verwaltungspraxis führen teilweise zu Unsicherheiten und uneinheitlicher Anwendung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene optimiert werden. Wir möchten die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte fördern. Die Stadt Karlsruhe soll ihren gesamten Handlungsspielraum in Hinblick auf die Umsetzung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen ausschöpfen. Ebenso muss die Transparenz der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht sowie der Zugang zu Unterstützungssystemen verbessert werden. Dringender denn je brauchen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Menschen, die zu uns kommen, möglichst früh zu integrieren. Jeder Euro, den wir jetzt in die Integration von Geflüchteten und Eingewanderten investieren, zahlt sich für uns alle aus.

Perspektiven für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus stärken. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden wollen wir pragmatische Lösungen finden, um die

Aufnahme- und Lebensbedingungen auch für diese Menschen humanitär zu gestalten und ihnen angemessene Integrationsperspektiven zu bieten. Perspektivisch soll daraus ein Runder Tisch entstehen, an dem die verschiedenen Akteur*innen wie Stadtverwaltung, Ausländerbehörde, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsvertreter*innen, engagierte Bürger*innen, Unternehmen, IHK und Handwerkskammer, Gewerkschaften und andere relevante Institutionen sich über Handlungsmöglichkeiten austauschen können. Zusammen mit den Unternehmen wollen wir dafür kämpfen, dass alle, die in Ausbildung oder Arbeit sind, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und vor Ausweisung geschützt werden.

Sprache und Bildung als Schlüssel zur Integration. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass jedes Kind - unabhängig von seinem Herkunftsland - das Recht auf eine seiner Begabung entsprechenden Bildung und Ausbildung erhält. Chancengleichheit im Bildungssystem ist leider noch immer nicht erreicht. Noch immer besuchen besonders Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem auch minderjährige Geflüchtete, die ohne ihre Eltern bei uns sind, seltener das Gymnasium. Aufgrund der ungünstigeren schulischen Voraussetzungen gelingt seltener der Übergang und der erfolgreiche Verbleib in einer Ausbildung.

Wir setzen uns dafür ein, im gesamten Bildungsbereich flächendeckend passgenaue Unterstützungsangebote insbesondere zum Spracherwerb zu schaffen sowie die Eltern von Anfang an gezielt im Rahmen einer verbesserten und koordinierten Beratungsstruktur als Unterstützer*innen anzusprechen und zu gewinnen.

Derzeit sind Geflüchtete über 19 Jahre von einem geregelten Schulbesuch ausgeschlossen. Damit wird ihnen eine solide Grundbildung, auch als Türöffner in eine Ausbildung, verwehrt. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Gruppe ebenfalls der Zugang zu Bildungsangeboten eröffnet wird. Wir fordern, dass die jungen Eingewanderten hinreichend auch auf eine theoretisch anspruchsvolle duale Ausbildung vorbereitet und qualifiziert werden.

Wir GRÜNE fordern, dass die Menschen, die mit uns in Karlsruhe leben, schulisch, sozial und beruflich unterstützt werden. Der Aufbau einer Lebensperspektive darf nicht vom Herkunftsland abhängig sein. Integrationsangebote sind möglichst inklusiv und unabhängig davon zu gestalten, wo jemand geboren ist und wie lange jemand bei uns bleiben kann. Wir wollen Zugangsvoraussetzungen vereinheitlichen. Dringend notwendig ist eine enge Verzahnung aller kommunalen Akteure, die ihre Strategien koordinieren und sich mit dem Ziel der größtmöglichen Transparenz austauschen.

Gesellschaftliche Teilhabe auch im Alter. Viele früher einmal Zugezogene sind in Karlsruhe älter geworden. Die Migrant*innen der ersten und zweiten Generation haben einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft geleistet. Viele von ihnen sind wegen unsicheren und gering entlohnten Arbeitsverhältnissen mit Altersarmut konfrontiert. Und viele von ihnen benötigen in komplizierten Rentenfragen, die oft mehrere Länder berühren, Hilfe durch weitere Beratungsangebote. Im

Seniorenbeirat ist diese Gruppe jedoch bislang viel zu wenig vertreten. Die Kommunalpolitik muss die Bedürfnisse von älteren Migrant*innen stärker berücksichtigen. Wir GRÜNE setzen uns daher dafür ein, Informationen über die Lebenssituation und die Bedürfnisse älterer Migrant*innen in Karlsruhe etwa im Hinblick auf ihre Wohnsituation, ihre Wünsche nach kultureller Teilhabe, ihre Gesundheitsversorgung, ihre Versorgung im Pflegefall zu erheben. Daraus wollen wir kommunalpolitische Maßnahmen ableiten, die den älteren Migrant*innen wirklich helfen.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss als Querschnittsaufgabe begriffen werden, die von allen Ämtern bei ihrer täglichen Arbeit berücksichtigt wird. Wir GRÜNE fordern die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, der sozialen Dienste und Beratungsstellen. Soziale und andere Einrichtungen müssen sich in ihrer Struktur und Arbeit auch den Bedürfnissen von Migrant*innen annehmen. Voraussetzung dafür ist die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Arbeitnehmer*innen in der Stadtverwaltung.

Diskriminierung entgegenzutreten. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt, um ein Klima der Gemeinsamkeit und Toleranz in Karlsruhe zu ermöglichen. Zusätzlich zu den Karlsruher Wochen gegen Rassismus muss eine klare und im Alltag sichtbare Positionierung als bunte und weltoffene Stadt erfolgen. Bei Imagefilmen, Plakaten und Flyern, zum Beispiel im Rahmen der Einbürgerungskampagnen oder Ausbildungsoffensiven, ist verstärkt darauf zu achten, dass die Vielfalt der Karlsruher Gesellschaft sichtbar ist.

2.9 Kulturelle Vielfalt für alle

Eine moderne zukunftsorientierte Stadt ist ohne Kultur nicht denkbar. Tanz, Musik, Theater, Literatur und Kunst machen das Leben in der Stadt bunt und attraktiv. Kultur setzt Impulse, regt gesellschaftliche Diskurse an, sie eckt an, bringt Menschen zusammen, entspannt und bereitet Freude. Sie unterstützt das Bedürfnis von uns Menschen, selbst gestalterisch aktiv zu werden und sich künstlerisch auszudrücken. Kunst und Kultur sind somit entscheidend für Selbstbestimmung und soziale Teilhabe.

Wir setzen uns für eine Kulturlandschaft ein, deren Einrichtungen barrierefrei und nachhaltig sind und die allen Menschen kulturelle Teilhabe ermöglicht. Wir legen Wert darauf, dass in unseren Kultureinrichtungen Migrant*innen als Kulturschaffende sowie als Publikum wertgeschätzt und angenommen werden.

Unsere Stadt verfügt über ein breit gefächertes kulturelles Angebot. Das Badische Staatstheater und das ZKM sind die beiden großen überregional bedeutenden Kultureinrichtungen in gemeinsamer Trägerschaft von Stadt und Land. Sie haben die meisten Besucher*innen. Genauso wichtig sind Museen, darunter die großen Landesinrichtungen, Theater, soziokulturelle Einrichtungen, Kinemathek, Film- und Kreativwirtschaft, Bibliotheken, Festivals, Kirchenmusik und Chöre, Kinder- und

Jugendkultur, Kulturvereine sowie die freien Künstler- und Musiker*innen und die Kunst- und Musikhochschule. Sie alle tragen zur kulturellen Vielfalt bei und ermöglichen Angebote für alle.

Wir GRÜNE begrüßen es deshalb, dass nach der Phase der Haushaltskonsolidierung die Kulturförderung im Haushalt 2019/20 wieder deutlich erhöht wurde. Vor allem die kleinen und größeren soziokulturellen Zentren und Kulturvereine profitieren davon. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Kulturförderung auch künftig einen hohen Stellenwert behält und genügend Mittel zur Verfügung stehen, sowohl für die institutionelle Förderung als auch für die Unterstützung von Projekten. Neue und bereits existierende Kulturprojekte und Einrichtungen in den Stadtteilen müssen die Chance erhalten, Angebote aufzubauen und sich zu Orten der Begegnung und des sozialen und kulturellen Austauschs zu entwickeln.

Kultur für alle erschwinglich. Der Karlsruher Pass und der Karlsruher Kinderpass müssen für alle Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen gültig sein. Wir streben freie Eintritte für alle Kinder unter 6 Jahren an. Das Pilotprojekt für freien Eintritt in die Museen in Stuttgart und der freie Eintritt im ZKM zu der Ausstellung „Open Codes“ haben gezeigt, dass die Anzahl der Besucher*innen deutlich zunimmt. Die Idee, dass in den Museen freier Eintritt gilt und nur für Sonderausstellungen Eintritt verlangt wird, findet unsere Unterstützung.

Kulturelle Infrastruktur erweitern. Kultur braucht verlässliche Strukturen und Räume. Es ist unsere Aufgabe, die Infrastruktur für die bestehende Kunst und Kultur und für neue soziokulturelle Ansätze zu sichern und zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass der Jazzclub endlich eine eigene Spielstätte im Gebäude der Kinemathek erhält. Von der Kombination Filmkunst und Jazz in einem gemeinsamen Kulturhaus werden beide Einrichtungen profitieren. Auch die Investitionsförderung für die Einrichtung der neuen Zirkus-Akademie des Tollhauses ist gut angelegtes Geld.

Wir haben dem Neubau, der Erweiterung und der Sanierung des Badischen Staatstheaters zugestimmt. Die Erweiterung ist notwendig, um für die über 700 Beschäftigten sichere und gesundheitsverträgliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aber auch aus künstlerischen Gründen sind eine zeitgemäße technische und räumliche Ausstattung unter anderem für Proben des Orchesters sowie ein modernes Schauspielhaus unverzichtbar. Wir GRÜNE werden ein wachsames Auge auf Kostentransparenz und die Einhaltung des Kostenrahmens haben.

Wir unterstützen die Idee, die beengte Stadtbibliothek an den Kronenplatz zu verlegen und mit der Kinder- und Jugendbibliothek zusammenzuführen.

Immer noch leiden viele Kultureinrichtungen und Vereine sowie freie Künstler*innen an Rummangel. Um diesen abzumildern, setzen wir uns dafür ein, dass bei Stadtentwicklungsplänen Möglichkeiten zur kulturellen Nutzung geprüft werden. Wir regen Gespräche mit Gewerbetreibenden und anderen Institutionen, u.a. auch Kirchengemeinden, an, um zu klären, ob freiwerdende Liegenschaften für kulturelle Zwecke

verpachtet oder im Einzelfall verkauft werden können. Weitere Areale bergen Potenzial für eine kulturelle Nutzung. Dazu gehören das Karlsruher Hafengebiet, das Areal des Bahnhofs West sowie Gewerbegebiete speziell für Band-Proberäume.

Interkulturelle Angebote fördern. Die Förderung der pluralistischen, bunten, weltoffenen und multireligiösen Gesellschaft auf der Basis des Grundgesetzes ist ein grünes Ziel. Verschiedene Kulturen prägen den Alltag in unserer Stadt durch Feste, Feiern, Traditionen und Rituale. Dazu gehören Diskussionsforen, Arbeitskreise und interkulturelle Projekte wie der Garten der Religionen. Ohne dieses breit gefächerte, interreligiöse und interkulturelle Angebot wäre Karlsruhe kulturell ärmer.

Stadt des Rechts. Wir GRÜNE unterstützen das von Bürger*innen in Karlsruhe gegründete „Forum Recht“. Es passt hervorragend zu unserer Stadt mit den zwei höchsten Gerichten Deutschlands, dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesgerichtshof. Das „Forum Recht“ initiiert und fördert gesellschaftliche Debatten über Vielfalt, Teilhabe, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit. Damit stärkt es Demokratie und Menschenrechte - bei uns und in Europa.

Vernetzung stärken. Ein gutes Beispiel für Vernetzung von Kultureinrichtungen, künstlerischem Handwerk und freischaffenden Kreativen ist die Entwicklung des Alten Schlachthofs zum Kreativpark. Hier finden Gründer*innen im Kreativbereich das nötige Umfeld für Innovationen. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterer Raum für die Kultur- und Kreativszene in Karlsruhe geschaffen wird.

Die Förderung von Frauen ist uns auch im Kulturbereich ein wichtiges Anliegen. Daher muss trotz der Zusammenführung des ursprünglich eigenständigen Festivals „Frauenperspektiven“ mit den Europäischen Kulturtagen weiterhin eine klare Schwerpunktsetzung der Frauenkultur erkennbar bleiben. Wir wollen für kleine regelmäßige Events wie Frauen-Musiktage, Frauen-Filmtage und Frauen-Ausstellungen eine Projektförderung erhalten.

Ein dichtes und starkes Netz der Kulturschaffenden mit den Bürgerprojekten in Karlsruhe ist ein Gewinn für alle Beteiligten. Die Nähe von Kultur, Bildung und Bürgerprojekten kann zu Synergien in den Stadtteilen genutzt werden. Gut gelungen ist dies beim Neubau der Stadtbibliothek in einem gemeinsamen Gebäude mit dem Bürgerzentrum Mühlburg. Die zentrale Lage und die gute Erschließung mit dem ÖPNV erhöht die Zugänglichkeit auch für Familien mit Kindern und Senior*innen im Stadtteil. Für uns GRÜNE ist dieses Modell ein Vorbild auch für andere Stadtteile.

Kunst im öffentlichen Raum ist grundsätzlich „Kultur für alle“. Wir werden uns hier weiterhin für Kunstwettbewerbe und Jurys einsetzen, damit über die künstlerische Gestaltung des öffentlichen Raums auf transparente und demokratische Weise entschieden wird.

Wir GRÜNE setzen uns für öffentliche Sitzungen des Gestaltungsbeirats ein. Das ermöglicht Bürger*innen, zusammen mit der örtlichen Fachwelt die gestalterischen Möglichkeiten auf baulicher Ebene zu diskutieren und gemeinsam zu beeinflussen.

Kinder- und Jugendkultur ausbauen. Wer sich als Kind künstlerisch betätigt, bleibt lebenslang in diesem Bereich aktiv oder kultur-interessiert. Kulturelle Bildung fördert ein Lernen mit allen Sinnen. Sie ermutigt Kinder, neue Welten zu entdecken und sich mit Neuem auseinanderzusetzen. Sie stärkt das Selbstbewusstsein, die Kreativität und die soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen.

Gute Angebote gibt es bereits. Dazu gehört das auf einem grünen Antrag basierende Programm „Schule und Kultur“. Die Kindermalwerkstatt bietet niederschwellige Angebote auch für benachteiligte Kinder an. Das Badische KONServatorium (KONS), die Jugendkunstschule (Juks), der Stadtjugendausschuss (stja) und weitere Träger machen exzellente Angebote, die durch den Kinderpass für alle erschwinglich sind.

Zugang und Teilhabe an kultureller Bildung hängen aber immer noch zu stark von der sozialen Herkunft ab. Wir setzen uns deshalb für die Erweiterung der kulturellen Angebote und neue Konzepte ein. Der Schwerpunkt soll dabei auf sozial gerechtem Zugang zu kultureller Bildung liegen.

Ansatzpunkte sehen wir in den Kinder- und Familienzentren, die schrittweise in allen Stadtteilen eingerichtet werden. Der Ausbau der Ganztagschulen erweitert die Möglichkeiten für die Einbeziehung kultureller Angebote. Die Einführung des Klassenmusizierens durch Lehrkräfte des KONS und durch freie Musiker*innen nützt vor allem benachteiligten Kindern und Jugendlichen.

Wir setzen uns für Sommerschulen zum Deutschlernen für Kinder mit Migrations- und Fluchterfahrungen ein. Sie sollen mit kulturellen Angeboten wie Theaterspielen, Musik- und Kunstprojekten kombiniert werden.

Die kulturelle Jugendbildung braucht mehr Kooperationsprojekte etwa im Bereich neuer digitaler Medien, moderner Tanz- Theaterprojekte sowie für Kunst- und Musikprojekte in Kooperation mit Künstler*innen und Musiker*innen. Wir wollen die Einführung eines großen Jugendkulturfestivals in Karlsruhe prüfen. Sein Programm soll alle Sparten der Jugendkultur umfassen und umfangreiche Partizipationsmöglichkeiten enthalten.

Nachhaltigkeit in der Kultur. Viele Kultureinrichtungen setzen sich kritisch mit gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander. Dazu gehört auch das Thema Nachhaltigkeit. Einige haben bereits Maßnahmen wie ein ÖPNV-Ticket im Eintrittspreis ergriffen. Wir wollen, dass die Stadt Leitlinien für „Nachhaltigkeit im Kulturbetrieb“ entwickelt und dazu Workshops mit Kultureinrichtungen anbietet. Sie sollen dabei unterstützt werden, konkrete Ziele zu formulieren und Umsetzungspläne zu entwickeln. Wichtige Themen sind dabei unter anderem Mobilität, Gastronomie, Energie- und Wasserverbrauch, Beschaffungswesen und Abfallmanagement.

Wir GRÜNE wollen erreichen, dass das Kulturamt in Kooperation mit dem Umweltamt eine „Kulturförderung plus“ für Nachhaltigkeit entwickelt. Kulturbetriebe, die in Nachhaltigkeit investieren, sollen dafür eine extra Förderung bekommen. Wir schlagen eine besondere Auszeichnung etwa eine „Grüne-Kultur-Pyramide“ für Kultureinrichtungen vor, die sich vorbildlich für Nachhaltigkeit engagieren.

Kultur ist mehr als Standortfaktor. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Attraktivität und Wirtschaftsentwicklung unserer Stadt und noch viel mehr. Eine vielfältige Kultur stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Sie ist im besten Sinne eine Stärkung der Toleranz und Akzeptanz für Vielfalt in unserer Gesellschaft. Sie fördert die Resistenz gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Rassismus. Deshalb ist die kulturelle Teilhabe aller Menschen wichtig für unsere Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte.

2.10 Hier sind Chancen und Vielfalt zuhause: Forderungen und Ideen

Wir GRÜNE werden uns in den kommenden fünf Jahren für ein vielfältiges und sozial gerechtes Karlsruhe einsetzen:

Ein Karlsruhe, in dem...

- ...es mehr neue Wohnungen durch Umbaumaßnahmen in Bestandsgebäuden gibt,
- ...durch einen Beteiligungsfonds bei der Volkswohnung zusätzliche Mittel im Wohnungsbau geschaffen werden,
- ...die Stadt mehr Aufträge an Inklusionsbetriebe vergibt,
- ...Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung gebracht werden,
- ...die kommunale Gesundheitskonferenz wiederbelebt wird,
- ...das Städtische Klinikum attraktive, vor Überlastung schützende, Arbeitsbedingungen bietet,
- ...Ausschusssitzungen des Gemeinderats öffentlich und Aufsichtsratssitzungen städtischer Gesellschaften transparent sind,
- ...Formate der politischen Beteiligung besser beworben werden,
- ...Urban Gardening und Reparaturcafés unterstützt werden,
- ...die Haushaltssteuerung gleichstellungsorientiert gestaltet ist,
- ...mehr Frauen in Führungspositionen anzutreffen sind,
- ...es Friedensdenkmäler statt Monumente für Krieg und Hass gibt,
- ...Jugendleiter*innen im Bereich LGBTTIQ* geschult werden,
- ...die Stadt eine*n LGBTTIQ*-Beauftragte*n erhält,
- ...für alle Einwander*innen Sprachförderung ermöglicht wird,
- ...alle Karlsruher*innen unabhängig von Herkunftsland und Bleibeperspektive Zugang zu Sprachförderungs- und Integrationsangeboten erhalten,
- ...es ein großes und vielfältiges Kulturangebot für alle gibt,
- ...in städtischen Museen freier Eintritt für Dauerausstellungen gilt,
- ...ein Modellversuch Bedingungsloses Grundeinkommen gestartet wird.

3 Hier sind Familien zuhause.

Karlsruhe ist eine Stadt für alle Generationen. Wir GRÜNE stehen für ein solidarisches und wertschätzendes Miteinander von jungen und alten Menschen, von Familien in ihrer ganzen Vielfalt, Alleinstehenden, Kindern, Jugendlichen und Senior*innen. Alle sind Teil der großen bunten Mischung unserer Stadtgesellschaft. Es sind Menschen mit unterschiedlicher sozialer, kultureller und religiöser Herkunft sowie unterschiedlichen Lebensstilen und Lebensgewohnheiten. Sie haben Bedürfnisse, Ziele und Vorstellungen über die Gestaltung ihres Lebens. Zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, das Lebensumfeld für alle Generationen so auszugestalten, dass sie ihren Platz in der Stadtgesellschaft haben, sich wohlfühlen und ihre Entwicklungspotenziale ausschöpfen können. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Karlsruhe am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können - unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft, ihrer sozialen Stellung, Bildungsstand oder Geschlecht. Kindergerechtigkeit, gutes Leben für Familien und alte Menschen sind Ziele, die uns GRÜNEN besonders am Herzen liegen. Familien müssen ihr Leben so gestalten können, dass Beruf und Familie gut vereinbar sind.

3.1 Wir wollen Kindergerechtigkeit

Wir GRÜNE wollen, dass die Rechte von Kindern ernst genommen werden und dass jedes Kind die bestmöglichen Entwicklungschancen erfährt. Da gibt es einiges zu tun.

Öffentlichen Raum für Kinder sicher gestalten. Wir GRÜNE werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Stadtentwicklung und Verkehrspolitik die Interessen von Kindern stärker berücksichtigt. Kinder sollen sich sicher auf den Straßen und in der Nähe der Straßen bewegen können und nicht von fahrenden und parkenden Autos verdrängt werden. Wir wollen, dass Freiräume zum Spielen und Bewegen bestehen. Wir wollen erreichen, dass Kinder nicht mit dem Auto in die Schule gebracht werden müssen, weil der Verkehr auf dem Schulweg zu gefährlich ist.

Kinder brauchen Freizeit. Die neuen digitalen Medien, Ganztagschulen und organisierte Freizeit- und Bildungsangebote haben einen großen Einfluss auf das Leben von Kindern und Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, dass sie genügend Freizeit haben, in der sie toben, klettern und spielen können. Sie brauchen vielfältige Angebote im

öffentlichen Raum, die ihren Bewegungs- und Übungsbedürfnissen Rechnung tragen, beispielsweise wohnortnahe Spielplätze, Bolzplätze, Basketballkörbe, Skateanlagen. Als „Nutzer*innen“ müssen sie eigene Ideen und Vorschläge in die Planungsprozesse einbringen können. Sowohl das Wohnumfeld als auch die Stadt als Ganzes müssen Anreize bieten, die Umgebung, versteckte und offene Räume sowie Flora und Fauna zu entdecken, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und sich ohne Aufsicht von Erwachsenen in der Auseinandersetzung mit der Umwelt zu entwickeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass solche öffentlichen Räume bei allen städtebaulichen Planungen mitgedacht werden.

Frühe Prävention weiterentwickeln. Unser Leben ist von der Erziehung in den ersten Wochen und Monaten wesentlich geprägt. Insbesondere sehr junge Mütter, Alleinerziehende, psychisch Kranke und suchtabhängige Eltern brauchen eine engmaschige Begleitung und ein flexibles Hilfesystem. Daher fordern wir GRÜNE, dass die Stadt mehr Mittel bereitstellt.

Leitlinien gegen Kinderarmut. Die Kinderarmut stagniert trotz der guten allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf hohem Niveau von ca. 5 000 Kindern in Karlsruhe. Daran werden wir uns nicht gewöhnen! Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen, haben schlechtere Chancen, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen. Sie sind weniger gesund als andere Kinder und nehmen insgesamt weniger am kulturellen und sportlichen Leben der Stadt teil. Für uns GRÜNE ist klar, dass Kinder in armen Familien viel zu früh mit krankmachendem Stress umgehen müssen. Sie erleben die Ängste ihrer Eltern, wie die Existenz bis zum Ende des Monats gesichert werden kann, und den Stress, wenn die Waschmaschine kaputt geht. Die Anzahl sogenannter „erschöpfter Jugendlicher“ steigt. Hier geht es um Jugendliche, die in armen, stressbelasteten Familien aufgewachsen sind und für sich selbst und die eigene Lebensplanung zu wenig Kraft haben. Wir fordern, die Leitlinien gegen Kinderarmut fortzuschreiben, die Anfang 2019 veröffentlicht werden sollten. Daraus werden sich weitere passgenaue Ideen ergeben, die wir aufgreifen werden. Ein wichtiges Instrument, um allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen, ist der Karlsruher Kinderpass. Ihn wollen wir weiter ausbauen.

Jugendarbeit verbessern. Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der 15. Jugendbericht der Bundesregierung sieht die Kinder- und Jugendarbeit mit neuen Spannungsfeldern und Herausforderungen konfrontiert. Benannt werden die Pluralisierung, Digitalisierung und Kommerzialisierung sowie die quantitative und qualitative Ausweitung des Schullebens. In Karlsruhe ist die Kinder- und Jugendarbeit von diesen Entwicklungen auch betroffen. Der Rückgang der ehrenamtlichen Arbeit und der Mangel an Räumen für die freie Jugendarbeit erschweren die Situation.

Wir setzen uns für eine starke Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Partizipation,

Bildung und Inklusion ein. Wir befürworten die Überprüfung vorhandener Angebote und Strukturen und fordern erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten. Sie sollen den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen und alle einbeziehen, auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Wir unterstützen den Stadtjugendausschuss dabei, diese Entwicklung in die Wege zu leiten.

3.2 Wir fördern Familien

Familien werden immer vielfältiger. Wir GRÜNE unterstützen alle Familien, ob mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder verpartnert. Familien leisten viel. Manche Familien sind mit Arbeit, Betreuung der Kinder, Pflege und den tagtäglichen Erledigungen überfordert. Sie benötigen aus unserer Sicht möglichst viel Unterstützung. Wir möchten Familienangehörige entlasten, damit sie mit ihren Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen liebevoll und entspannt leben können. Wir halten es für wichtig, dass Familienangehörigen genügend Zeit und Energie bleibt, unsere Stadtgesellschaft mitzugestalten, zum Beispiel als Elternvertretung in der Kindertagesstätte (Kita), in der Schule oder im Sportverein sowie als Fachkundige in Parteien, Umweltverbänden und Initiativen. Als besonders nachhaltige Unterstützung sehen wir die Beratungen und die aufsuchende Arbeit der „Frühen Hilfen“ sowie der Familienhebammen an. Wir werden darauf achten, dass beides ausgebaut wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ein unbürokratisches sozialpädagogisches Familienhilfeangebot für psychisch kranke oder belastete Mütter oder Eltern eingeführt wird.

Beratung verbessern. Die Informationen über den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass sind bereits gut angekommen. Insbesondere bei der Information für die einkommensschwache Bevölkerung und immigrierte Familien über die entlastenden Angebote besteht Verbesserungsbedarf. Wir setzen uns für den Ausbau der aufsuchenden Arbeit, zum Beispiel der Beratung auf Spielplätzen, ein. Darüber hinaus möchten wir das Wissen um kulturelle und sportliche Angebote verbessern.

Alleinerziehende unterstützen. Kinderarmut steht überwiegend in Zusammenhang mit der Situation von Alleinerziehenden. Die Stadt ist hier, zum Beispiel durch die Unterstützung von Teilzeitausbildung, schon länger aktiv. So können Alleinerziehende durch eine reduzierte Arbeits- und Berufsschulzeit ihre Ausbildung mit der Sorge für ihr Kind in Einklang bringen. Hier werden wir verstärkt darauf achten, ob die Alleinerziehenden, meistens Frauen, genügend Unterstützung im Alltag, zum Beispiel im Haushalt, haben, um die Ausbildung erfolgreich abschließen zu können und dabei genügend Zeit für ihre Kinder haben.

Auf unsere Initiative wird die Situation finanziell schwacher Alleinerziehender in den Armutsbericht der Stadt aufgenommen, der im Jahr 2019 fortgeschrieben und veröffentlicht wird. Daran anknüpfend werden wir passgenaue Forderungen stellen, um Alleinerziehende zu entlasten.

3.3 Senior*innen mittendrin

Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Viele Senior*innen erfreuen sich guter Gesundheit, sie sind in Kultur und Sport aktiv und bringen sich in unsere Stadtgesellschaft ein. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass die Angebote für Senior*innen weiter ausgebaut werden, damit sie so lange wie möglich selbstbestimmt leben können. Wir möchten allen alten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, auch den armen, kranken und bisher einsam lebenden. Wir werden die barrierefreie Gestaltung der Stadt kontinuierlich vorantreiben. Das betrifft Bus und Bahn, öffentliche Einrichtungen, Toiletten und Wohnungen. So fordern wir beispielsweise, dass der Bahnhofsvorplatz als zentraler Ort so schnell wie möglich barrierefrei umgebaut wird.

Wertvolle Lebenserfahrungen nutzen. Viele ältere Menschen bringen sich ehrenamtlich in unser gesellschaftliches Leben ein. Wir fordern, dass die Stadt verlässlich die zahlreichen Senior*innen-Initiativen weiterhin ausreichend fördert. Die Quartiersentwicklung sehen wir als wichtiges Element an, Senior*innen miteinander und mit jüngeren Menschen zu vernetzen. So kann es gelingen, einsam lebende Menschen zu erreichen und passende Angebote in der Nachbarschaft und für soziale Interaktion zu machen. Die Arbeit des Stadtseniorenrats werden wir weiter unterstützen.

Altersgemäßes Wohnumfeld schaffen. Ein selbstbestimmtes Leben ist lange möglich, wenn das Wohnumfeld entsprechend gestaltet ist. Einkaufs- und Dienstleistungsbetriebe müssen möglichst vor Ort gehalten werden, Ampelschaltungen dürfen nicht zu kurz sein, Übergänge müssen gefahrlos möglich sein. Immer noch haben wir in Karlsruhe einen riesigen Nachholbedarf beim Bau barrierearmer und barrierefreier Wohnungen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Menschen nicht deshalb vereinsamen, weil sie ihre Wohnung über die Treppe nicht mehr verlassen können. Neben barrierearmen Wohnungen möchten wir vielfältige Formen der ambulanten Unterstützung und Pflege deutlich ausbauen. Dazu zählen haushaltsentlastende Dienste, Begleitservice, ambulante Pflege, Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege. Bei Beratung, Vernetzung und Planung spielt das Seniorenbüro eine zentrale Rolle, das dafür kontinuierlich mit den benötigten Ressourcen ausgestattet werden muss.

Pflegeangebote ausbauen. Wir haben in den letzten Jahren mehrere Anträge zum dringenden Bau neuer Pflegeheime, zu ambulant betreuten Pflegewohngemeinschaften, zu Kurzzeitpflegeplätzen und zur Pflege besonderer Gruppen, wie zum Beispiel wohnungsloser Menschen, in den Gemeinderat eingebracht. Damit ist das Thema deutlich stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Stadt hat dafür ein verstärktes Engagement zugesagt. Wir GRÜNE werden weiter darauf drängen, dass die Stadtgesellschaft die Versorgungsprobleme ernst nimmt und die Augen vor der Zukunft nicht verschließt. Wir wollen eine vorausschauende menschenwürdige Pflege mit ausreichenden bedarfsgerechten Plätzen. Wir unterstützen flexible und innovative Modelle wie Pflegewohngemeinschaften und Demenzoasen.

Dafür muss die Stadt Flächen für den Bau von Pflegeeinrichtungen bereitstellen und ein ernsthaftes Konzept zur Gewinnung von Pflegekräften entwickeln. Für pflegende Angehörige soll die Stadt ihre Familienhilfe in Richtung eines Netzwerkes an Hilfestellungen ausbauen.

Altersarmut vermeiden und lindern. Die Altersarmut steigt und nimmt insbesondere bei Frauen bedrohliche Ausmaße an, gerade wenn sie durch Teilzeitarbeit oder schlecht bezahlte Arbeit eine geringe Rente beziehen, sie verwitwet oder alleinstehend sind. Dieser Entwicklung können wir nicht tatenlos zusehen. Altersarmut führt zur Vereinsamung und zu einem schlechteren Gesundheitszustand. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass den Empfänger*innen von Sozialleistungen der Karlsruher Pass noch mehr bekannt gemacht wird. Wichtig sind auch niederschwellige Angebote, wie zum Beispiel Mittagstische und gut erreichbare Angebote im Quartier. Wir fordern daher ein hauptamtliches Quartiersmanagement, das den Zusammenhalt der Menschen in der Stadt fördert.

3.4 Kitas schaffen Perspektiven

Wir GRÜNE setzen uns für ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungswesen ein. Wir haben das Ziel, dass alle Kinder und Jugendliche ermutigt, gefördert und gestärkt werden - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus. Die frühe Bildung ist der Schlüssel für eine chancengerechte Entwicklung.

Auf den Anfang kommt es an. Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren sehr viel Geld in die Qualitätsentwicklung der Kindertagesstätten (Kitas) investiert. Das hat sich ausgezahlt: Die Qualität der baden-württembergischen Kitas ist besonders hoch und nimmt den Spitzenplatz aller Bundesländer ein. Mit dem neuen „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ stellt das Land zusätzliche 80 Millionen Euro für die Qualitätsentwicklung zur Verfügung. Auch der Bund hat auf den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung und Erziehung reagiert und übernimmt mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ endlich seine Mitverantwortung. Auf Grundlage der Landes- und Bundesförderung streben wir GRÜNE umfassende Verbesserungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Karlsruhe an.

Gleiche Chancen für alle Kinder. Kinder sind unsere Zukunft. Bei der frühkindlichen Bildung darf es keine Versäumnisse geben, denn wir müssen allen Kindern die gleichen Startchancen bieten. Für uns GRÜNE hat deshalb die frühkindliche Bildung einen hohen Stellenwert. Wir setzen uns für die Gestaltung anregender und sicherer Lebensräume sowie für vielfältige kulturelle Angebote für Kinder ein. Kinder aus armen und benachteiligten Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund haben immer noch viel geringere Bildungschancen als Kinder aus Familien mit höherem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen. Wir GRÜNE setzen deshalb unsere Priorität auf

Gebührenfreiheit für Familien mit wenig Einkommen, den zügigen Ausbau der Kitas, die Gewinnung von pädagogischem Fachpersonal und auf Verbesserung der Qualitätsentwicklung und Chancengleichheit.

Beitragsfreiheit für Familien mit wenig Einkommen. Wir GRÜNE haben im Gemeinderat eine Mehrheit für einen Stufenplan für gebührenfreie Kitas erreicht. Ab 2019 werden die Kitabeiträge in Karlsruhe nicht mehr erhöht. Eine vollständige Beitragsfreiheit für alle Eltern kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen beim Ausbau der Kindertagesstätten und der rund 1 000 zusätzlich erforderlichen Kitaplätze müssen wir zunächst eine klare Priorität auf Qualitätsentwicklung setzen. Zur Qualitätsentwicklung gehören vor allem der Ausbau der Sprachförderung sowie die Umsetzung der Inklusion für eine bestmögliche Förderung der Kinder mit Handicap und mit besonderen Auffälligkeiten. Dazu sind bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Erzieher*innen und Leitungspersonal notwendig. Schon heute werden soziale Aspekte bei den Kitabeiträgen in Karlsruhe berücksichtigt. Durch die Geschwisterkindregelung müssen Eltern nur für das erste Kind Beiträge bezahlen. Jedes weitere Kind ist beitragsfrei. Familien, die Wohngeld oder andere Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts bekommen, oder Familien mit Karlsruher Pass sind von den Gebühren befreit. Wir GRÜNE setzen uns für eine deutliche Ausweitung der Beitragsfreiheit für Familien mit wenig Einkommen ein. Die Antragstellung muss unbürokratisch erfolgen. Dadurch wird auch der Verwaltungsaufwand verringert. Auf dem Weg zu einer generellen Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten halten wir eine Staffelung der Kitabeiträge nach dem Einkommen der Eltern, die nicht unter die Beitragsfreiheit fallen, für die sozial gerechteste Lösung. Mit dieser Vorgehensweise können die Kitabeiträge in Karlsruhe nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ausgestaltet werden.

Zügiger Ausbau der Kitaplätze. Die Kinderzahlen in Karlsruhe steigen erfreulicherweise weiter an. In den nächsten 10 Jahren werden weit über 1 000 zusätzliche Kitaplätze benötigt. Standorte für neue Kitas zu finden, ist eine riesige Herausforderung angesichts des ebenfalls großen Bedarfs an Wohnungen und Pflegeheimen. Wir GRÜNE haben erreicht, dass bei allen städtebaulichen Planungen von Anfang an auch Kitas einbezogen werden. Auf unsere Initiative wird die Stadt auch jeweils die Einrichtung oder Erweiterung von kommunalen Kitas prüfen. Aktuell gibt es über 40 freie Träger und nur noch 10 Prozent städtische Kindertagesstätten. Wir begrüßen diese Vielfalt, doch diese Quote der städtischen Träger darf nicht weiter sinken. So können kommunale Kitas weiterhin eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung pädagogischer Innovationen übernehmen.

Pädagogische Fachkräfte gewinnen. Die Qualität der frühkindlichen Bildung hängt im Wesentlichen von ausreichendem und gut ausgebildetem Personal ab. Der in Baden-Württemberg nominell günstige Betreuungsschlüssel kann oft nicht gehalten werden,

weil schon heute der Personalbedarf die Anzahl der ausgebildeten Fachkräfte übersteigt. Der Bedarf wird in Zukunft weiter stark anwachsen. Wir setzen uns für eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten ein. Dazu gehört auch die praxisintegrierte Ausbildung (PiA). Sie ermöglicht Quereinsteiger*innen, in den Erzieher*innenberuf zu wechseln. Wir GRÜNE haben mit unserem Antrag im Gemeinderat erreicht, dass die Stadt Karlsruhe die Anzahl der Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung auf 150 erhöht hat. Wir wollen erreichen, dass diese Zahl nach Bedarf weiter erhöht wird. Wir lehnen dabei eine Anrechnung auf den Personalschlüssel ab. So haben die Träger der Kitas auch weiterhin einen Anreiz, Ausbildungsplätze einzurichten. Außerdem setzen wir uns für neue Konzepte ein, mit denen Personal gewonnen, gefördert und im Beruf gehalten werden kann. Dazu gehören auch Auslandsanwerbungen und die Bereitstellung von befristeten Wohnmöglichkeiten für neu zuziehende Fachkräfte. Wir wollen ebenso eine Großstadtzulage prüfen, um Erzieher*innen in der Stadt mit ihren höheren Lebenshaltungskosten zu halten. Die vom Land künftig geförderte Erweiterung der Leitungszeit für Führungskräfte muss zügig umgesetzt werden. Auch sie trägt zur Qualitätsentwicklung sowie zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbilds bei.

Männer für den Erzieher*innenberuf. Nach wie vor sind in der frühkindlichen Bildungs- und Erziehungszeit überproportional viele Frauen beschäftigt. Wir wollen Kindern so früh wie möglich geschlechtersensible Erziehungs- und Bildungsangebote machen und setzen uns dafür ein, dass der Männeranteil in Kindergärten erhöht wird. Die Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung wirkt bereits heute in diese Richtung. Die gesellschaftliche Wertschätzung für diese anspruchsvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit, eine Verbesserung der Gehälter sowie gute Rahmenbedingungen tragen dazu bei. Für die Gehälter sind die Tarifparteien zuständig. Hier könnten sich die kommunalen Landesverbände durchaus flexibler zeigen.

Teilhabe und Inklusion in Kindertagesstätten. Im Sinne der Teilhabe aller Kinder und Familien setzen wir auf ein umfassendes Inklusionsverständnis. Kitas sind erste institutionelle Lernorte für Kinder. Unser Ziel ist eine bessere Ausstattung der Eingliederungshilfen für Kinder mit besonderem Förderbedarf, sowohl für ihren Assistenz-Bedarf als auch für die pädagogischen Hilfen. Wir haben dazu bereits eine erste Erhöhung der pädagogischen Hilfen erreicht, die ausgebaut werden muss. Wir wollen innovative Konzepte für inklusive Kindertageseinrichtungen entwickeln.

Die alltagsintegrierte Sprachförderung für Kinder mit einem zusätzlichen Bedarf hilft allen Kindern, vor allem aber Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sowie Kindern aus benachteiligten Familien. Wir setzen uns dafür ein, dass die alltagsintegrierte Sprachförderung auch nach Auslaufen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ fortgesetzt wird.

Besonders wichtig ist die Unterstützung für Kinder mit besonderem sozial-emotionalen Bedarf. Für diese Kinder gibt es noch keine strukturelle Unterstützung. Aus dem fehlenden Fördersystem resultiert eine sehr belastende Situation für die betroffenen

Kinder, ihre Eltern, die Erzieher*innen sowie die anderen Kinder der Einrichtung. Kitas mit einem höheren Bedarf an Unterstützung müssen deshalb durch Einbeziehung von speziell qualifiziertem Fachpersonal gestärkt und entlastet werden. Es liegen hierzu erste Erfahrungen an kirchlichen Kitas vor. Wir GRÜNE fordern die Einrichtung weiterer Projekte mit wissenschaftlicher Begleitung an mehreren, auch kommunalen, Kitas. Zudem wollen wir diese Projekte stufenweise auf alle Kitas mit besonderen Unterstützungsbedarf ausweiten.

Wir unterstützen den Ausbau von Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe. Sie sollen an Kindertageseinrichtungen angebunden werden, die vor besonderen Herausforderungen stehen und an denen der Anteil von Kindern, die von Armut und Bildungsbenachteiligung betroffen sind, besonders hoch ist. Wir wollen erreichen, dass kommunale Standards für Familienzentren als Orte für niedrigschwellige Beratung und Unterstützung für Kinder und Familien entwickelt werden.

3.5 Schulen sozial gerecht, inklusiv und leistungsstark

Der Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Dieses Ziel werden wir GRÜNE weiterverfolgen. Derzeit besuchen rund 60 Prozent der Schüler*innen in Karlsruhe ein Gymnasium, 25 Prozent eine Realschule, 11 Prozent eine Gemeinschaftsschule und knapp 5 Prozent eine Haupt- und Werkrealschule. Die Quote der Gemeinschaftsschüler*innen wird sich erhöhen, da die vier Karlsruher Gemeinschaftsschulen noch im Aufbau sind. Rund 5 Prozent der Schüler*innen besuchen ein sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ).

Gemeinsam mit Land und Bund trägt Karlsruhe als Kommune die Verantwortung für gute Bildung. Die frühe Bildung und Betreuung sind die originären Aufgaben der Kommune. Sie ist auch zuständig für die Vernetzung, die Gestaltung der Übergänge und die Einrichtung von Unterstützungssystemen. Investitionen in gute Bildung zahlt sich in mehrfacher Hinsicht aus.

Gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule ist die einzige weiterführende Schulart für alle Kinder. Sie ist ein Wahlangebot an Kinder und deren Eltern und bietet Lernen mit individuellen Lernformen ohne Auslese oder Sitzenbleiben. Beim ersten Abschlussjahrgang der Augustenburg-Gemeinschaftsschule wurden die Erwartungen an diese neue Schulart in vollem Umfang bestätigt. Die Schüler*innen haben weit bessere Ergebnisse erreicht, als aufgrund ihrer Voraussetzungen erwartet wurde.

Die Anmeldezahlen für die vier Gemeinschaftsschulen sind stabil, trotz der seit Jahren umfangreichen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an ihren Standorten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Störungen des Schulbetriebs zu reduzieren.

Für die Zukunft unserer Gemeinschaftsschulen ist eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule von entscheidender Bedeutung. Zunehmend machen Eltern die Anmeldung ihres Kindes davon abhängig. Wir GRÜNE haben einen Grundsatzbeschluss für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an einer Karlsruher Gemeinschaftsschule im Gemeinderat erreicht. Wir wollen dafür sorgen, dass der Grundsatzbeschluss in der nächsten Ratsperiode gut umgesetzt wird. Dadurch wird der Bildungsstandort Karlsruhe gestärkt.

Wir unterstützen alle Schulformen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schularten bei ihren jeweiligen pädagogischen Herausforderungen zusätzlich unterstützt werden. Dazu gehört für uns unter anderem der Ausbau der Ganztagschulen an Gymnasien und Realschulen, der bedarfsgerechte weitere Ausbau der Schulsozialarbeit und die Stärkung der Kooperationen mit außerschulischen Bildungspartner*innen. Es ist unser Ziel, dass sich alle Schularten perspektivisch zu integrativen Schulen weiterentwickeln.

Schulen in freier Trägerschaft sind Ausdruck der Vielfalt in unserem Bildungswesen. Nach dem Grundgesetz sind sie verpflichtet, allen Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern offen zu stehen. Das Land trägt durch eine verbesserte Förderung für freie Schulen dazu bei. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt auch weiterhin ergänzende Mittel für die freien Schulen zur Verfügung stellt und ihnen bei der Suche nach geeigneten Grundstücken unterstützt.

Bildungsgerechtigkeit und Ganztag in der Grundschule. Die Förderung in der Grundschule ist entscheidend für den Lernerfolg und damit die Bildungsbiografie der Kinder. Wir begrüßen die Erweiterung der Stundentafel durch zusätzliche Deutsch-, Mathematik- und Poolstunden. Von zusätzlichen Bildungsangeboten für kulturelle Bildung, Sport, Musik und Naturerfahrungen profitieren alle Kinder, aber besonders sozial benachteiligte Kinder sowie Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Wir setzen uns deshalb für neue Programme und außerunterrichtliche Projekte ein, die sich besonders an diese Kinder richten.

Wir halten am Beschluss des Gemeinderats fest, dass die Ganztagsgrundschule das Basismodell der ganztägigen Bildung und Betreuung für Grundschulkindern ist. Gegenüber der offenen Ganztagschule, die meist zu Mischklassen von Ganz- und Halbtagskindern führt, hat die verbindliche Ganztagschule einen erheblichen Mehrwert. Mit ihrem rhythmisierten pädagogischen Konzept führt sie zu mehr Lernerfolg, sozialer Integration und mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in allen Stadtteilen verbindliche Ganztagsgrundschulen eingerichtet werden. Das Elternwahlrecht für Halbtagsgrundschulen bleibt bestehen. An ihnen können flexible Betreuungsangebote eingerichtet werden.

Inklusion an allen Schularten. Die grün geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat mit der Gemeinschaftsschule erstmals eine inklusive Schulart im

Schulgesetz verankert. Zwar ist die Umsetzung der Inklusion an den Schulen primär eine Landesaufgabe, aber die Kommune hat erhebliche Handlungsspielräume, die inklusive Schulentwicklung gezielt zu fördern. Als Kommune ist Karlsruhe für die Barrierefreiheit an allen Schulen zuständig. Wir GRÜNE machen uns für die konsequente Umsetzung an allen Schulen stark.

Bislang sind inklusive Bildungsangebote noch Insellösungen. Darunter gibt es gute Beispiele, wie Inklusion gelingen kann. Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen von einzelnen Vorreiterschulen zu einem wohnortnahen Angebot ausgeweitet wird. Wir wollen Anreize dafür schaffen, dass sich alle weiterführenden Schularten, vor allem die Gymnasien, für Inklusion öffnen. Wir haben das von Eltern und Freude für Inklusion e. V. Karlsruhe (EFI) initiierte bewährte Elternlotsenprojekt unterstützt und werden dieses weiter fördern.

Bildung für nachhaltige Entwicklung. Angesichts der fortschreitenden Zerstörung der Biodiversität ist Umwelt- und Naturbildung für Kinder und Jugendliche dringlicher als je zuvor. Dabei geht es auch um die Vermittlung von Werten wie Gerechtigkeit, Fairness und Überwindung der Armut. Naturschutzbildung muss deshalb in den Kindertagesstätten beginnen und in den Schulen konsequent fortgesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass für Erzieher*innen und Lehrer*innen mehr Fortbildungsmaßnahmen und konkrete Projekte für Naturbildung angeboten werden. So fordern wir Workshops in Koordination mit der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe, dem Naturschutzzentrum Rappenwört, dem Naturkundemuseum, dem Waldklassenzimmer, dem Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie der Zoopädagogik.

Wir haben erreicht, dass die Mittel für die Umweltbildung an Schulen erhöht wurden und wollen die Mittel für die Kooperationen von Schulen und Naturschutzverbänden im Ganztage aufstocken. Diese Kooperationen ermöglichen eine praktische Naturschutzbildung und fördern den Respekt und die Achtung der Kinder für die Natur. Die Schulgartenarbeit ist besonders gut geeignet, um die biologische Vielfalt und den Kreislauf der Natur kennen und schätzen zu lernen. Wir wollen deshalb erreichen, dass jede Schule einen Zugang zu einem Schulgarten bekommt.

Um Kindern den Wert und die Vielfalt von regional, saisonal und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln zu vermitteln, wollen wir Kooperationen von Schulen mit Biobauernhöfen fördern. Dabei können die Schüler*innen erfahren, welchen Stellenwert eine naturverträgliche Landwirtschaft für gesunde Lebensmittel und den Erhalt der Biodiversität hat. Längerfristig streben wir die Einrichtung eines ökologischen landwirtschaftlichen Lernorts für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der Region Karlsruhe an. Als außerschulischer Lernort ist ein solcher Bauernhof besonders gut für projektorientiertes Arbeiten geeignet. Wir fordern, dass die Stadt prüft, mit welchen Strukturen ein Lernbauernhof in Karlsruhe oder der gesamten Region eingerichtet werden könnte.

3.6 Schulen für morgen ausstatten

Die Kommune ist für eine optimale räumliche und materielle Ausstattung der Schulen zuständig. Ebenso soll sie für Schulentwicklungsmaßnahmen und Unterstützungssysteme sorgen. Wir setzen uns für die Investitionen in Neubauten, Erweiterungen und Sanierungen an Schulen ein. Wir unterstützen soziale Gerechtigkeit, Inklusion sowie Weiterentwicklung aller Schulen zu Lern-Lebensräumen.

Gesunde und nachhaltige Schulverpflegung. Eine gesunde und nachhaltige Schulverpflegung gehört zur pädagogischen Ausgestaltung der Ganztagschule. Sie leistet einen Beitrag zur Entwicklung von gesundheitsfördernden Ernährungsgewohnheiten. Wir haben erreicht, dass die Stadt Karlsruhe an allen Schulen und Kitas einen Anteil von mindestens 25 Prozent Biolebensmitteln eingeführt hat. Diesen Anteil wollen wir in den nächsten Jahren auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Dabei sollen überwiegend regionale und saisonale Produkte eingesetzt werden. Die Einhaltung der Qualitätsstandards der Schul- und Kitaernährung muss regelmäßig überprüft werden. Die Schulverpflegung soll auch vegetarische und vegane Alternativen für Schüler*innen ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass an Grundschulen das Schulessen frisch zubereitet wird und das Modell der Teilfrischeküche flächendeckend eingeführt wird. Das an einer Karlsruher Grundschule durchgeführte Pilotprojekt „Achtsamkeit bei der Schulverpflegung“ hat gezeigt, dass den Kindern frisches Essen besser schmeckt, Abfall vermieden und die Ernährungsbildung deutlich verbessert wird.

Schule in der digitalen Welt. Der digitale Wandel verändert unseren Alltag sowie unsere Arbeitswelt drastisch. Damit steigen die Anforderungen an unsere Schulen und Bildungseinrichtungen: Die Kinder und Jugendlichen müssen bereits früh zusätzliche Kompetenzen erwerben, um die Grundlagen für ein selbstverantwortliches Leben zu haben. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Medienerziehung, den spielerischen Umgang mit Technik, Experimentieren in der Kita sowie Technik-AGs an Grundschulen und allen weiterführenden Schularten. Gezielt möchten wir Initiativen fördern, mit denen Kinder und Jugendliche, insbesondere Mädchen, bereits früh an MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) herangeführt werden. Zudem sollen Fortbildungsveranstaltungen zur pädagogischen Umsetzung der digitalen Möglichkeiten für Lehrer*innen angeboten werden.

Zu modernen Schulen in einer digitalen Welt gehört auch eine zeitgemäße technische Ausstattung. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie an den Karlsruher Schulen muss mit fundierten pädagogischen Konzepten einhergehen. Cybermobbing und andere Folgeerscheinungen sind ein wachsendes Problem bei Jugendlichen. Wir wollen deshalb den Ausbau medienpädagogischer Angebote zur Gewaltprävention und zur Förderung eines toleranten Miteinanders an Karlsruher Schulen stärken. Zudem soll die Stadt Karlsruhe die Kooperation von Kindergärten, Schulen und Jugendarbeit mit dem Landesmedienzentrum (LMZ) unterstützen. Dazu regen wir eine

wissenschaftliche Begleitforschung der Medien- und Informationsbildung in Karlsruhe durch die PH an.

3.7 Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen unterstützen

Gute Qualität der Bildung in der Schule und in der Ausbildung sind die Voraussetzung dafür, dass junge Menschen später ein selbstverantwortliches Leben in unserer Gesellschaft führen können. In der Einwanderungsgesellschaft brauchen viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund besondere Unterstützungsmaßnahmen, damit sie ihre Potenziale entfalten. Gute Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind notwendig, damit wir die Herausforderungen des beschleunigten technologischen Wandels bewältigen können.

Für uns GRÜNE ist es ein wichtiges Ziel, dass alle jungen Menschen nach der Schule in eine Ausbildung vermittelt werden. Die duale Ausbildung ist dabei das Herzstück der beruflichen Bildung und ermöglicht eine umfassende fachliche Ausbildung als Grundlage für eine erfolgreiche Berufsbiografie und Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Die Berufsvorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen beginnt bereits in Klasse fünf und sechs und beinhaltet Praktika in den letzten Schuljahren. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass zusätzliche Praktika in den Schulferien angeboten werden. Dazu kann die Stadtverwaltung ebenso beitragen wie viele große und kleine in Karlsruhe ansässige Betriebe.

Eine große Herausforderung ist die berufliche Integration von lernschwächeren Jugendlichen sowie jugendlichen Geflüchteten. Beide Gruppen brauchen gezielte Unterstützung und Jugendberufshilfe, um einen Berufsabschluss zu erreichen. Wir haben schon erreicht, dass alle beruflichen Schulen mit einer Schulsozialarbeiter*innenstelle ausgestattet wurden. Jetzt muss ein qualitativer Ausbau dieser Stellen für diejenigen beruflichen Schulen folgen, die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Die beruflichen Gymnasien mit ihren unterschiedlichen Profilen stärken die Durchlässigkeit im Bildungswesen. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Anzahl an Schulplätzen an den beruflichen Gymnasien ein.

Berufsausbildung für junge Geflüchtete. Viele Betriebe bilden gerne junge Geflüchtete aus. Die praktische Ausbildung gelingt in der dualen Ausbildung meistens gut. Viele scheitern wegen fehlender Sprachkenntnisse jedoch an den theoretischen Prüfungen. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass in den beruflichen Schulen Sprach- und Mathematikunterricht erteilt wird. Die jungen Geflüchteten sollen das Sprachniveau B2 sowie ausreichende Mathematikkenntnisse erlangen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Projekt Schulergänzende Förderung von Flüchtlingen und Migranten (SCHEFF) des Internationalen Bunds auch nach Auslaufen der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds weitergeführt und bedarfsgerecht aufgestockt wird.

Wir wollen Kultur- und Sportangebote für junge Geflüchtete schaffen. Diese sollen in Kooperation mit dem Stadtjugendausschuss, den Sportvereinen und Kultureinrichtungen sowie freien Künstler*innen angeboten werden.

Während der Ausbildung haben sich auf schulischer Seite das Programm der arbeitsbegleitenden Hilfen (abh) der Arbeitsagentur sowie die assistierte Ausbildung als erfolgreiche Unterstützung erwiesen. Wir werden ein wachsames Auge darauf haben, dass die arbeitsbegleitenden Hilfen allen Geflüchteten in Ausbildung gewährt werden - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Jugendberufshilfe muss weiterhin unterstützungsbedürftige Jugendliche in Ausbildungen vermitteln und begleiten. Angesichts der großen Zahlen der jungen Geflüchteten besteht ein akuter Handlungsbedarf für Sofortmaßnahmen.

Die Betriebe leisten wichtige Integrationsarbeit und dürfen dabei nicht allein gelassen werden. Wir GRÜNE fordern deshalb den Ausbau von Vernetzungsprojekten und individueller Förderung, die gezielt die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen im Blick haben. Dabei sollen ehemalige Ausbilder*innen, die Kammern sowie die Jugendberufshilfe eingebunden werden. Wichtig und notwendig sind in allen Stadien die individuelle Betreuung und Begleitung durch Mentor*innen, die Eingewanderte gezielt und passgenau unterstützen können. Ein Beispiel dafür ist das städtisch geförderte Projekt „Perspektive Now! plus“, bei dem Ehrenamtliche junge Zugewanderte in Tandems begleiten. So kann berufliche Integration gelingen.

Weiterbildung. Lebenslanges Lernen und gute Weiterbildung bieten die Chance, sich persönlich weiterzuentwickeln und sich mit gesellschaftspolitischen sowie fachlichen Themen auseinanderzusetzen. Das Herzstück der Weiterbildung in Karlsruhe ist die Volkshochschule. Sie bietet insbesondere ein breites Spektrum an Erwachsenenbildung. Darunter sind viele Angebote zur Gesundheitserhaltung und Erweiterung der Allgemeinbildung. Wir GRÜNE setzen uns für eine gute Förderung der Volkshochschule und geringe Gebühren ein, vor allem für Inhaber*innen des Karlsruher Passes und des Kinderpasses. An den Schulen des zweiten Bildungswegs (Abendgymnasium und Abendrealschule) werden wir uns auch weiter für sehr geringe Gebühren und weitgehende Gebührenbefreiungen starkmachen.

Neben der Volkshochschule sind auch die staatlichen Karlsruher Hochschulen, die Bibliotheken und andere Institutionen in weiterbildenden Formaten aktiv, die fachliche und gesellschaftspolitische Weiterbildung in die Stadt bringen. Wir GRÜNE möchten zur Vernetzung weiterbildender Angebote sowie zum Zugang zu vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten beitragen.

3.8 Hier sind Familien zuhause: Forderungen und Ideen

Wir GRÜNE werden uns in den kommenden fünf Jahren für ein familienfreundliches und bildungsgerechtes Karlsruhe einsetzen:

Ein Karlsruhe, in dem...

- ...Kinder und Jugendliche sicher in öffentlichen Räumen toben, spielen und die Natur erleben können,
- ...die Leistungen des Karlsruher Kinderpasses und des Karlsruher Passes erweitert werden,
- ...die Volkswohnung bezahlbare Wohnungen für Familien aller Art schafft,
- ...Frühe Hilfen und Familienhebammen junge Familien unterstützen,
- ...Senior*innen von der „Stadt der kurzen Wege“ und neuen Wohnprojekten profitieren,
- ...es neue Pflegeheime und Kurzzeitpflegeplätze gibt,
- ...barrierefreie Wohnungen allen zugutekommen,
- ...die Stadt barrierefrei und Begegnungsraum für alle ist,
- ...Kitas für Familien mit geringem Einkommen beitragsfrei sind,
- ...1 000 zusätzliche Kitaplätze zur Verfügung stehen,
- ...mehr Ausbildungsplätze in Kitas geschaffen werden,
- ...zusätzliches Fachpersonal die Inklusion in Kitas verbessert,
- ...auch an Gemeinschaftsschulen das Abitur abgelegt werden kann,
- ...es an allen Schularten ein Ganztagsangebot gibt,
- ...an Ganztagsgrundschulen das Essen frisch zubereitet wird,
- ...die schulischen Förderangebote für lernschwache Jugendliche und jugendliche Geflüchtete erweitert werden,
- ...die Schulsozialarbeit - insbesondere an beruflichen - Schulen ausgebaut wird,
- ...der Zugang zur Volkshochschule erleichtert wird.

4 Hier ist Verantwortung zuhause.

Karlsruhe modern aufstellen. Wir GRÜNE stehen für solide Wirtschaft, innovative Wissenschaft und moderne Verwaltung in und für Karlsruhe. Eine zukunftssichere Stadt braucht starke und nachhaltig ausgerichtete Unternehmen. Hier werden Arbeitsplätze für die Zukunft geschaffen und erhalten. Aber auch die Karlsruher Stadtverwaltung muss den Anforderungen einer zukunftsgerichteten Institution und modernen Arbeitgeberin nachkommen. Die wissenschaftlichen Institutionen in Karlsruhe treiben Innovation und Vernetzung voran.

Die Herausforderung unserer Zeit besteht darin, eine gute Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu schaffen: Für die Bürger*innen, aber auch für Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Nur so kann Karlsruhe als Stadt für heutige und kommende Generationen attraktiv und nachhaltig aufgestellt werden.

4.1 Wirtschaft fördern: nachhaltig und fair

Karlsruhe ist ein wichtiger Wirtschafts- und Industriestandort. In der wachsenden Stadt gibt es Entwicklungsmöglichkeiten, die wir GRÜNE zum gesellschaftlichen Nutzen nachhaltig gestalten wollen. Dazu gehören Wissenschaft und Hightech-Industrie, Handel und Handwerk genauso wie produzierendes Gewerbe. Wirtschaftsförderung muss neue Arbeits- und Ausbildungsplätze in den verschiedenen Branchen schaffen und erhalten, um Vielfalt in Karlsruhe zu bewahren. Tarifliche Leistungen und familienfreundliche Strukturen sind für uns weitere entscheidende Faktoren für gute Arbeitsplätze. Grüne Wirtschaftspolitik in Karlsruhe zielt darauf ab, gute, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen. Wir streben die nachhaltige Nutzung knapper werdender Flächen an und setzen auf Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Grüne Wirtschaftsförderung stärkt ökotechnologische Wirtschaftsbereiche und unterstützt das mittelständische Handwerk. Wir fördern Existenzgründungen, regionale Produkte und die dezentrale Versorgung im Einzelhandel.

Arbeitsplätze und Gewerbesteuern. Die kommunale Wirtschaft dient der Versorgung der Bevölkerung - direkt durch das Schaffen und Sichern attraktiver Arbeitsplätze und indirekt über Steuereinnahmen zur Finanzierung allgemeiner Aufgaben. Arbeitsplätze existieren und entstehen maßgeblich in der Privatwirtschaft. Kommu-

nale Wirtschaftsförderung muss deshalb vor allem dort ansetzen, wo sie gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft.

Bei der Vergabe von Gewerbeflächen muss die Stadt darauf achten, dass die anzusiedelnden Unternehmen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Sichere Arbeitsplätze, tarifliche Bindung, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sowie familienfreundliche Strukturen sind entscheidende Faktoren, um für die Stadt Karlsruhe ein wertvoller Wirtschaftspartner zu werden. Wir wollen prekäre Arbeitsverhältnisse zurückdrängen und Armut trotz Arbeit verhindern. Derzeit arbeiten viele Karlsruher*innen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen - häufig Frauen, vielfach ungewollt. Dabei sind die Löhne und Gehälter oft so niedrig, dass sie mit Förderungen aufgestockt werden müssen. Von den Karlsruher*innen, die Leistungen nach SGBII beziehen, sind aktuell 30 Prozent erwerbstätig und müssen ihr Gehalt aufstocken. Wir möchten deshalb die Wirtschaftsförderungsstrategie nachhaltig weiterentwickeln. Wir GRÜNE fordern, künftig die beiden großen Kammern für die Arbeitgeber*innen sowie die Gewerkschaften für die Arbeitnehmer*innen im Wirtschaftsförderungsausschuss einzubeziehen. Wir werden auch in Zukunft Gewerkschaften, Personal- und Betriebsrät*innen unterstützen und Partnerin bei der Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte und der politischen Umsetzung gewerkschaftlicher Ziele sein.

Flächenverbrauch reduzieren. Fläche lässt sich nicht vermehren. Die stetig wachsende Bevölkerung stellt die Karlsruher Stadtentwicklung vor die Herausforderung, Natur- und Grüngebiete zu erhalten, Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Auf Grundlage mehrerer grüner Anträge hat die Wirtschaftsförderung Karlsruhe ein Beratungsportfolio zu ressourcenoptimiertem Gewerbeflächenmanagement erarbeitet, das derzeit im Modellquartier des Gewerbegebietes Grünwinkel zur Anwendung kommt. Denn immer noch überwiegen einstöckige Gebäude und großzügige Parkplätze bei Gewerbebebauungen. Hier ist dringend ein Umdenken erforderlich. Grünes Gewerbeflächenmanagement will Flächen durch dichtere Bebauung effizienter nutzen und nicht mehr genutzte Flächen wieder in den Wirtschaftskreislauf eingliedern.

Nachhaltigkeit muss als Förderkriterium bei Flächenvergaben eine entscheidende Rolle spielen. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass bei der Vergabe von Flächen die Flächengestaltung sowie ökologische Standards der geplanten Gebäude stärker berücksichtigt werden. Die kommunale Wirtschaftsförderung muss sich mehr als bisher gemeindeübergreifend ausrichten. Wir GRÜNE fordern interkommunale Gewerbegebiete und einen regionalen Gewerbeflächenpool: Durch Absprachen mit den umliegenden Gemeinden können Konkurrenzsituationen vermieden werden, die zu unnötigen Neuausweisungen auf der grünen Wiese führen. Die Neuausweisung von Gewerbegebieten wollen wir auf ein Minimum beschränken, die Ausweisung ökologisch wertvoller Gebiete als Gewerbegebiete lehnen wir ab.

Ökotechnologische Wirtschaftsbereiche. Der Einsatz effizienter Energietechnik und der massive Ausbau erneuerbarer Energien beinhalten große wirtschaftliche Möglichkeiten für das lokale Handwerk und den örtlichen Mittelstand. Umweltfreundliche Technologien haben in Karlsruhe noch viel ökonomisches Entwicklungspotenzial. Mit der Förderung des Einsatzes und der Vermarktung von Photovoltaik, Geothermie, Biogasanlagen, energieeffizienten Baustoffen und Geräten wollen wir eine Alternative zu umweltschädlichen Konkurrenzprodukten etablieren und zugleich Arbeitsplätze in innovativen Branchen sichern.

Mittelständisches Handwerk unterstützen. Die überwiegend mittelständischen Handwerksbetriebe bilden einen wichtigen Teil der Karlsruher Wirtschaft. Sie stellen viele Arbeits- und Ausbildungsplätze und sind meist fest an ihrem Standort verankert. Aufgrund hoher Nachfrage und sinkenden Nachwuchsraten im Handwerk herrscht derzeit ein deutlicher Mangel an Fachkräften. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir uns für eine bessere Nachwuchsförderung einsetzen. Dafür ist die Neukonzeption eines modernen Handwerkerhofs für Gründer*innen ein wichtiger Baustein. Ein städtisches Aktionsprogramm zum Thema Handwerk muss zur Steigerung der Attraktivität dieser Branche beitragen. Ziel ist es, wieder mehr Schulabsolvent*innen für das Handwerk zu gewinnen. Zusätzlich sind besonders Migrant*innen, Frauen und Studienabbrecher*innen wichtige neue Zielgruppen.

Wir wollen, dass die Stadt ihre Vergabekriterien den neuen EU-Richtlinien anpasst, um regionalen Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen wieder eine reelle Chance zu geben. Diese Unternehmen bieten den Karlsruher*innen qualitätsvolle, existenzsichernde Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor Ort.

Zusammenarbeit und Netzwerkbildung in der Region. Durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik soll die Region als gemeinsamer Raum wahrgenommen und gestärkt werden. Hier sehen wir durch die TechnologieRegion Karlsruhe weiteres Potenzial, auch in der Abstimmung mit anderen Städten des Landes und in der Zusammenarbeit mit Frankreich sowie der Pfalz (PAMINA).

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung sehen wir GRÜNE in der Unterstützung von Unternehmen, Hochschulen und Verwaltungen bei der Netzwerkbildung. Im IT-Bereich hat sich schon viel entwickelt, in anderen Bereichen werden wir uns für eine größere Unterstützung bei der Netzwerkbildung einsetzen. Gerade das Expert*innenwissen der Karlsruher Hochschulen sollte als Innovationspool für die ansässigen Wirtschaftsunternehmen stärker genutzt werden.

Existenzgründungen fördern. Wirtschaftsförderung hat auch die Aufgabe, neue Talente zu unterstützen und deren Potenzial für unternehmerisches Handeln freizusetzen. Dabei sollen auch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund als Unternehmer*innen stärker in den Blick rücken. Durch Beratung und Begleitung können die Erfolgchancen von Existenzgründungen deutlich erhöht werden.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die erfolgreichen Gründungsberatungen im Bereich der Informationstechnologie und im Kreativsektor fortgeführt und für andere Branchen ergänzt werden. Wichtig ist uns hierbei, dass die Förderung einer breiten Gruppe von Gründungswilligen zur Verfügung steht. Gerade auch Kleinunternehmen können einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften leisten und müssen daher stärker unterstützt werden. Interessante Felder sehen wir hier im Reparieren und Wiederverwenden von Produkten. Beispiele hierfür sind Repair-Cafés, lokale Kleinunternehmen im Reparaturbereich Elektronik sowie Sharing Economy-Unternehmen, bei denen Benutzen statt Besitzen im Fokus steht.

Frauen gründen anders. Spezifische Beratungs-, Fortbildungs- und Finanzierungsangebote für Existenzgründerinnen sind in der TechnologieRegion weiterhin dringend erforderlich. Frauen sollen gezielt während und nach der Gründungsphase durch Coaching- und Mentoringangebote unterstützt werden. Gender Mainstreaming muss auch in der kommunalen Wirtschaftspolitik handlungsleitend sein und mit dem Instrument des Gender Budgeting, das bereits in einigen Kommunen erfolgreich umgesetzt wird, seinen Niederschlag im kommunalen Haushaltsplan finden.

Dezentrale Versorgung ausbauen. Gerade Stadtteile mit wenigen Tausend Einwohner*innen verlieren vermehrt ihre wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten. Hier müssen neue Versorgungskonzepte gefunden werden, die das Leben in den Stadtteilen belassen und die Versorgung eines Haushalts nicht von Mobilität abhängig machen. Genannt seien Marktstände, mobiler Handel, kleine und integrative Lebensmittelgeschäfte und der Direktverkauf bei landwirtschaftlichen Kooperativen. Gleichzeitig verdrängen Onlinehandel, innerstädtische Einkaufszentren und große Ketten alteingesessene Händler*innen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass bei Planungskonzepten und Genehmigungen neuer Großprojekte die möglichen Auswirkungen sehr genau geprüft werden, um sozial und städtebaulich verheerende Folgen rechtzeitig abzuwenden.

Auf regionale Produkte setzen. Hochwertige regionale Produkte steigern das Qualitätsbewusstsein der Kund*innen, erhöhen die Wertschöpfungskette von Erzeugung zu Einzelhandel und stärken die regionale Identifikation. Nebeneffekte sind Erhalt und Neuschaffung der damit verbundenen Arbeitsplätze, Verkehrsreduzierung, Verständnis für die regionale Situation und die Verknüpfung mit anderen regionalen Arbeitsfeldern wie Umwelt und Kultur.

Daher machen wir GRÜNE uns für die vielfältigen Fördermöglichkeiten regionaler Produkte stark: Festigung bzw. Einrichtung lokaler Märkte, Unterstützung bei der Vermarktung, Verbindung zur Region, Ausstellungen, Prämierungen, Verwendung regionaler Produkte in Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen sowie Unterstützung bei der regionalen Vernetzung.

4.2 Karlsruhe als Wissenschaftsstadt

Die Wissenschaft hat eine wesentliche Rolle in unserer modernen Gesellschaft. Sie ist nicht nur eine Säule unserer Wirtschaft und unseres Lebensstils, sondern auch ein Kulturgut, das es uns ermöglicht, zusammen unsere Welt besser zu verstehen und uns an ihre Veränderungen anzupassen.

Karlsruhe ist mit neun Hochschulen, mehr als 26 Forschungseinrichtungen, zahlreichen Museen und Bibliotheken sowie mit vielen innovativen Unternehmen ein exzellenter Wissenschaftsstandort. Ihre Ausbildungsleistungen, Forschungsergebnisse und künstlerischen Leistungen sind national und international anerkannt. Die Hochschulen bieten hochwertige Studien- und Arbeitsplätze. Insgesamt studieren mehr als 40 000 Menschen in Karlsruhe.

Standort Karlsruhe stärken. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe deutlicher als bisher ihre Außenwirkung als hervorragenden Wissenschafts-, Forschungs- und Hochschulstandort hervorhebt. Wir wollen die Attraktivität und Internationalität der Stadt für Studierende, Lehrende und Forscher*innen erhöhen, um noch mehr Exzellenz, Vielfalt und Originalität für Karlsruhe zu gewinnen. Wir setzen uns dafür ein, bessere Lebens- und Arbeits-, bzw. Studienbedingungen durch eine bessere Wohn- und Verkehrsinfrastruktur zu schaffen. Wir fordern die Stadt auf, gezielt nach Standorten zu suchen, die für Studierendenwohnheime geeignet sind. Wir wollen die Studierenden durch gute Angebote und Infrastruktur dazu motivieren, auch nach ihrem berufsqualifizierenden Abschluss in Karlsruhe zu bleiben und hier ihre Berufsbiografie zu beginnen.

Wir wollen die Hochschulen bei der Organisation ihrer Konferenzen durch ein gutes Raum- und Kulturangebot unterstützen. Wir wollen gute Bedingungen für Ausgründungen, den Firmengründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen heraus, schaffen. Die Stadt sollte auch in diesem Bereich eine Karlsruher Crowdfunding-Plattform unterstützen. Weiterhin soll die Stadt die regionale Vernetzung im Bereich Wissenschaft fördern.

Interdisziplinäre Vernetzung. Ziel der Wissenschaft ist nicht nur, neues Wissen oder neue Technologie zu erlangen. Die Wissenschaft bietet auch eine gemeinsame Basis, die den Menschen ein gegenseitiges Verständnis erlaubt. Die Spezialisierung der Wissenschaften hat unser Wissen erheblich erweitert, führt jedoch auch zu einer Zersplitterung der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Zudem mangelt es an einer Vernetzung von Akteur*innen aus Kultur, Wirtschaft und Stadtgesellschaft mit wissenschaftlichen Institutionen. Wir unterstützen Konzepte, die die Vernetzung der Wissenschaft mit Karlsruher Institutionen und den Bürger*innen künftig stärker vorantreiben.

4.3 Kommunale Daseinsvorsorge für morgen

Gute kommunale Daseinsvorsorge leistet einen zentralen Beitrag zu einer hohen Lebensqualität. Sie erfüllt wichtige Grundbedürfnisse, sollte vor Ort gesteuert werden und muss daher in städtischer Hand bleiben. Dazu gehört im Jahr 2019 auch der Zugang zu schnellem Internet. Der digitale Wandel setzt die lückenlose Versorgung der Bürger*innen voraus.

Wasser in städtischer Verantwortung. Trinkwasser ist ein Grundnahrungsmittel. Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und auch die Abwasserentsorgung sind zentrale Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen keinesfalls privatwirtschaftlichen Renditezwängen untergeordnet werden. Insbesondere internationale Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA gefährden hier klare rechtliche Zuständigkeiten. Wir unterstützen deshalb die Einbringung der kommunalen Ebene in die Verhandlungen internationaler Abkommen zur Stärkung der lokalen Daseinsvorsorge. Häufig kann statt wertvollem Trinkwasser auch Brauchwasser oder Regenwasser zum Einsatz kommen. Dies kann durch entsprechende Vorgaben in Bebauungsplänen erfolgen, sowie durch unterstützende Beratung und geeignete Fördermöglichkeiten von Stadt und Stadtwerken. Es sollte zudem geprüft werden, inwieweit die in Karlsruher Abwässern enthaltene Abwärme sich energetisch sinnvoll nutzen lässt.

Infrastruktur für Digitalisierung. Wir GRÜNE wollen, dass Karlsruhe zu einer Vorreiterin der Digitalisierung wird. Dabei ist für uns entscheidend, dass niemand zurückgelassen wird und die notwendigen Transformationsprozesse frühzeitig angegangen werden. Den digitalen Wandel zu gestalten, heißt auch, Trends nicht blind hinterherzurennen. Wir müssen Risiken erkennen und dafür sorgen, dass im Zuge der Digitalisierung die Errungenschaften einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft nicht aufgegeben werden. Denn auch für „Arbeit 4.0“ müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Die Beschäftigten müssen bei der Entwicklung mitgenommen werden, insbesondere durch passgenaue Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsabschätzungen müssen durchgeführt werden - dies wurde bisher vielfach versäumt. Wichtige Kernprojekte der Digitalisierung sind für uns GRÜNE der flächendeckende Ausbau eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet, die Vernetzung von Akteur*innen der Digitalwirtschaft und der weitere Ausbau von freiem und gut funktionierendem WLAN in Karlsruhe.

4.4 Grüne Haushaltspolitik: zukunftsfest wirtschaften

Im Mittelpunkt grüner Finanzpolitik steht die Generationengerechtigkeit: Wir dür-

fen keine Belastungen in die Zukunft verschieben. Die Schulden der Stadt Karlsruhe wurden in den letzten Jahren bereits auf 150 Millionen Euro reduziert. Wir wollen die Schulden weiter abbauen und streben grundsätzlich einen ausgeglichenen Haushalt an. Ab dem Jahr 2020 gilt zudem die „Schuldenbremse“. Es wird für Karlsruhe dann noch wichtiger, die richtigen Prioritäten zu setzen. Aber auch die „versteckte Verschuldung“ wollen wir auflösen: Der Sanierungsstau an städtischen Gebäuden muss abgearbeitet werden.

Aus vergangenen Fehlern lernen. Damit beim Streben nach ausgeglichenen Haushalten wichtige Projekte nicht zu kurz kommen, müssen besonders kostspielige Großprojekte im Vorfeld intensiv geprüft werden. Denn deren häufig enorme Folgekosten belasten den städtischen Haushalt auf Dauer.

Mit der Kombilösung ist bald ein Großprojekt fertig gebaut. Dabei wurden unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Neben dem Baustellenchaos haben sich die Gesamtkosten von knapp 500 Millionen Euro im Jahr 2009 auf bisher 1400 Millionen Euro erhöht. Der von der Stadt zu tragende Eigenanteil hat sich seit 2009 von 173 Millionen Euro auf über 500 Millionen Euro vervielfacht. Dieser wird vollständig mit Darlehen finanziert, die die städtische Tochtergesellschaft Kasig aufnimmt. Erst in den nächsten Jahren spüren wir die finanzielle Belastung mit rund 40 Millionen Euro pro Jahr für die aufgestauten Bau- und Folgekosten. Das schränkt den finanziellen Gestaltungsspielraum der Stadt dauerhaft massiv ein.

Unsere Alternative für eine Sanierung mit Teil-Neubau des Wildparkstadions wurde abgelehnt. Der beschlossene Neubau beläuft sich inklusive Infrastruktur auf geplante 130 Millionen Euro. Derzeit ist nicht absehbar, dass der KSC in der Lage sein wird, das Geld für das eigentliche Stadion jemals über die Pacht an die Stadt zurückzuzahlen.

Keine weiteren Privatisierungen. Die Stadt ist an vielen städtischen Gesellschaften und Stiftungen beteiligt. Die größten davon sind das Städtische Klinikum, die Volkswohnung, die Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH (KVVH, mit Stadtwerken und Verkehrsbetrieben) und die Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH. Die städtischen Gesellschaften nehmen inzwischen gemessen an wirtschaftlicher Bedeutung und Umsatz eine größere Bedeutung ein als die Stadt selbst. Von 12 100 Vollzeitstellen haben die Gesellschaften 7 500 Arbeitsplätze, die Stadt 4 600. Durch die Ausgliederung von Gesellschaften sind ganze Politikbereiche in nichtöffentliche Aufsichtsratssitzungen verlagert worden, so dass sich der Einfluss des Gemeinderats verringert hat.

Wir wollen mehr Transparenz in der Arbeit der Gesellschaften. Wir fordern eine konsequente Ausrichtung der Geschäftspolitik an den Beschlüssen des Gemeinderats. Wir haben die Gründung des Eigenbetriebs „Wildparkstadion“ unterstützt, weil er für finanzielle Transparenz sorgt, und befürworten einen Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft, damit dieser Bereich ohne die Zwänge eines Amtes freier agieren kann, aber weiter unter der Kontrolle des Gemeinderates steht. Weitere Privatisierungen, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, lehnen wir ab.

Auch Privatisierungen und Vergaben von immer mehr Dienstleistungen nach außen stehen wir GRÜNE seit jeher kritisch gegenüber. Falls bei solchen Unternehmungen Geld gespart wird, so beruht dies zumeist auf geringeren Verdiensten der Beschäftigten. Auch verliert die Stadt durch ein solches Outsourcen wichtiges Know-how und die volle Kontrolle darüber, dass die ausgelagerten Aufgaben auch im Sinne der Allgemeinheit erledigt werden.

Deinvestieren aus Kohle, Öl und Gas. Uns GRÜNEN ist wichtig, dass öffentliche Gelder in Einklang mit unseren Nachhaltigkeitszielen verwendet und angelegt werden. Das beinhaltet, dass die Stadt und die städtischen Unternehmen Investitionen in fossile Energie-Unternehmen beenden („Divestment“). Geldanlagen sollen so platziert werden, dass sie die Energiewende unterstützen.

Daher wollen wir, dass die Stadt in den Gremien, in denen sie aktiv ist, sich für Divestment einsetzt. Das gilt für die durch den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) verwalteten Pensionen für städtische Beamt*innen ebenso wie für die Finanzpolitik der Sparkasse.

Die Stadt hält Anteile an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG. Wir begrüßen den Kurs der EnBW, verstärkt auf den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen zu setzen. Für eine aktive Rolle in der Energiewende ist der Ausstieg aus der Kohleverbrennung auf der städtischen Gemarkung aus Sicht von uns GRÜNEN unabdingbar.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stadt bei der Sparkasse Karlsruhe und den Karlsruher Stadtwerken darauf hinarbeitet, Bürger*innen und Unternehmen besser über die Möglichkeiten nachhaltiger, in der Region wirksamer Geldanlagen zu informieren, und auch Investitionsmöglichkeiten zum Beispiel in regenerative Energien anbietet.

4.5 Moderne Verwaltung

Die Stadtverwaltung der Stadt Karlsruhe steht derzeit vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Während unter anderem durch den Bau der Kombilösung die Mittel knapper werden, muss die Verwaltung in ihre Zukunftsfähigkeit investieren. Sei es nun der demografische Wandel oder die Digitalisierung: Um die anstehenden Veränderungen gestalten zu können, muss die Stadt Geld in die Hand nehmen.

Zukunftsfähige Stadtverwaltung. Wenn in den nächsten Jahren ein großer Teil der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung in den Ruhestand geht, muss die Stadt sich anstrengen, um ausreichend Nachwuchs zu finden. Das gilt auch für städtische Betriebe. Um eine attraktive Arbeitgeberin zu sein, dürfen die Stadt und ihre Gesellschaften nicht nur auf Marketing-Maßnahmen setzen. Sie muss potenziellen Mitarbeiter*innen gute Arbeitsbedingungen und Perspektiven bieten. Die Stadtverwaltung muss als vorbildliche Arbeitgeberin Haltung zeigen und für gute Arbeit sorgen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, auf sachgrundlose Befristungen bei der Stadt zu verzich-

ten, Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn wie Festangestellten zu zahlen und in sämtlichen Aufsichtsräten Vertretungen der Arbeitnehmer*innen miteinzubeziehen.

Digitalisierung der Verwaltung voranbringen. Mit der Einrichtung eines IT-Amtes hat die Stadtverwaltung eine wichtige Voraussetzung geschaffen, die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen voranzutreiben. Mit der Einrichtung eines digitalen Bürger*innenbüros geht man einen ersten Schritt, Prozesse für die Bürger*innen zu beschleunigen, die nun nicht mehr auf einen Termin warten müssen bzw. schneller an die Reihe kommen. Auch die Modernisierung der Web-Auftritte der Stadt ist notwendig, um die IT-Stadt Karlsruhe angemessen zu präsentieren.

Wir GRÜNE unterstützen die Digitalisierung vieler weiterer Prozesse in der Verwaltung. Dies ist eine Investition in die Zukunft und sorgt dafür, dass die Stadt schneller und bürger*innenfreundlicher reagieren kann. Dabei muss auch der Aspekt der digitalen Barrierefreiheit mitbedacht werden. Für uns haben grundsätzlich Open-Source-Lösungen Vorrang. Diese machen uns unabhängig von großen Anbietern und ermöglichen es, Support-Aufträge an Unternehmen vor Ort zu vergeben und erleichtern, falls nötig, den Wechsel zu einem anderen Anbieter.

Städtisches Handeln am Gemeinwohl ausrichten. Seien es Vergaben, Personalpolitik, Investitionen oder die Aktivitäten der städtischen Unternehmen: Das Handeln des Konzerns Stadt Karlsruhe hat immense Auswirkungen auf das Gemeinwohl. Wir sehen großes Potenzial, dies noch stärker im alltäglichen Verwaltungshandeln zu berücksichtigen.

Ein Werkzeug hierzu können Gemeinwohlbilanzen sein. Sie überprüfen die Auswirkungen betrieblicher Handlungen auf die Bereiche Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung. Dabei werden konkrete Verbesserungspotenziale aufgezeigt. Wir möchten dieses oder ein vergleichbares Werkzeug bei einer städtischen Gesellschaft einsetzen und bei Erfolg den Einsatz nach und nach auf den gesamten Konzern ausweiten. Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen nachhaltig handeln und setzen uns deshalb dafür ein, dass die Unternehmen der baden-württembergischen Charta für wirtschaftliche Nachhaltigkeit (WIN) beitreten oder ein anderes Nachhaltigkeitsmanagementsystem anwenden.

4.6 Karlsruhe in der Region, in Europa, in der Welt

Die Stadt Karlsruhe ist vielseitig vernetzt: in Städtepartnerschaften und Projektpartnerschaften, im Regionalverband Mittlerer Oberrhein, in der TechnologieRegion Karlsruhe und in der Europaregion PAMINA. Karlsruhe hat als Rechts-, IT- und Wissenschaftsstadt die besten Voraussetzungen dafür, eine Vorreiterrolle in der regionalen

Vernetzung, aber auch im überregionalen (inter)nationalen Austausch einzunehmen. Das werden wir GRÜNE weiter fördern. Es sollte offengelegt werden, welche Mittel in diese Kooperationen fließen und welche Mitspracherechte und welchen Einfluss die Stadt Karlsruhe in den Gremien der verschiedenen Kooperationen und Zusammenschlüsse hat.

Ein wichtiger Teil der internationalen Vernetzung von Karlsruhe mit Europa und weltweit sind die Karlsruher Städtepartnerschaften. Besonders unsere älteste Städtepartnerschaft mit der französischen Stadt Nancy zeigt, welche Potenziale der Zusammenarbeit und Unterstützung in dieser Form der Vernetzung liegen. Um Karlsruhe künftig international voranzubringen, setzen wir uns neben der traditionellen Städtepartnerschaft verstärkt für projektbezogene Kooperationen mit Städten ein. Hierdurch ist es möglich, sich stärker auf Kernkompetenzen von Partnerschaften zu konzentrieren. Ein Beispiel hierfür sind die wirtschaftlichen Beziehungen zur indischen Stadt Pune. Wir möchten, dass die Stadt Karlsruhe eine globale Verantwortung übernimmt und sich in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit engagiert. Wir werden Projekte wie die Fairen Wochen und den Fächerkaffee aus dem baden-württembergischen Partnerland Burundi weiterhin unterstützen.

Energie- und Verkehrswende. Wir GRÜNE möchten die regionale Zusammenarbeit im Bereich Ökologie weiter ausbauen. So sollten Projekte der TechnologieRegion Karlsruhe angesichts der prognostizierten Erderwärmung einen stärkeren Fokus auf Förderung der Energie- und Verkehrswende legen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass weiterhin Projekte zur Energie- und Verkehrswende im Regionalverband Mittlerer Oberrhein und in der Europaregion PAMINA umgesetzt werden. Aber auch Projekte im Bereich Soziales und Gerechtigkeit begrüßen wir.

Starkes Europa für starke Kommunen. Damit für diese regionalen Zusammenschlüsse ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, setzen wir GRÜNE uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass der Europäische Sozialfonds und der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung gut ausgestattet sind. Denn Kommunen sind der Ort, wo politische Entscheidungen aller Ebenen verwirklicht werden. Sie sind das Fundament der Länder, der Bundesrepublik, der Europäischen Union. Es ist daher richtig und wichtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene getroffen werden. Von diesen Entscheidungen sind rund 70 Prozent durch Vorgaben der Europäischen Union beeinflusst. Wir setzen uns für ein starkes, buntes und demokratisches Europa ein und möchten auch auf EU-Ebene die grünen Ideen voranbringen: Am 26. Mai 2019 finden parallel zu den Kommunalwahlen auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

Unsere Vision von Europa finden Sie im EU-Wahlprogramm.
www.gruene.de/europa

4.7 Hier ist Verantwortung zuhause: Forderungen und Ideen

Wir GRÜNE werden uns in den kommenden fünf Jahren für ein modernes und erfolgreiches Karlsruhe einsetzen:

Ein Karlsruhe, in dem...

- ...die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter*innen im Ausschuss für Wirtschaftsförderung einbezogen werden,
- ...es einen modernen Handwerkerhof für Gründer*innen gibt,
- ...die Netzwerke von Unternehmen, Hochschulen und Verwaltung gestärkt werden,
- ...die Stadt das Studierendenwerk beim Bau von Wohnheimen unterstützt,
- ...die lokale Daseinsvorsorge in den Verhandlungen internationaler Abkommen (TTIP, CETA) gesichert ist,
- ...Daseinsvorsorge in kommunaler Hand bleibt,
- ...der städtische Haushalt ausgeglichen ist und die Schulden abgebaut werden,
- ...der Sanierungsstau bei städtischen Gebäuden beseitigt wird,
- ...Investitionen in fossile Energien beendet werden („Divestment“),
- ...das Glasfasernetz im Stadtgebiet ausgebaut wird,
- ...die Bürger*innen Zugang zu freiem WLAN im öffentlichen Raum erhalten,
- ...viele Behördengänge durch Online-Angebote ersetzt werden können,
- ...die Stadt auf sachgrundlose Befristungen verzichtet,
- ...Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn wie städtische Angestellte erhalten,
- ...städtische Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz erstellen,
- ...die Energie- und Verkehrswende in der Region vorangetrieben wird.

Kontakt

Tel.: 0721 / 20 31 232

info@gruenekarlsruhe.de

www.gruenekarlsruhe.de

Impressum

Vi.S.d.P. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE86 4306 0967 8033 4413 00

Gestaltung: Christine Weber, Karlsruhe

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

März 2019



www.gruenekarlsruhe.de